



Sozialistische
Wochenzeitung
Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de

Lieferando geliefert

Prügel wurden ihnen angedroht, doch die Fahrradkurriere von Lieferando in Köln gaben nicht auf und haben jetzt einen Betriebsrat.

Seite 3

Dengs Wendepunkt

Vladimiro Giacché, Wirtschaftswissenschaftler aus Rom, liefert eine Einschätzung zur Reform- und Öffnungspolitik in der VR China seit 1978.

Seite 10

Sanktionen aufheben



Unterstützt die DKP-Petition

QR-Code einscannen oder aufrufen unter:
kurzlink.de/sanktionenaufheben

1. Mai 2020 · Nr. 18 · 52. Jahrgang

PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · 2,80 €

unsere zeit

Mehr Personal mit mehr Geld ist besser für alle! Runter mit der Rüstung!



Milliarden für nukleare Teilhabe

Kriegsministerin verpulvert 100.000 Intensivbetten und 30.000 Beatmungsgeräte

Corona hin oder her, die Marschrichtung der Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ist klar: Auslandseinsätze verlängern, den Bundeswehreininsatz im Innern ausweiten und die nukleare Teilhabe in der NATO sichern.

Die „Terroristen“ schlafen nicht. Gerade in Mali, aber auch im Irak nutzten sie die aktuelle Situation, „um Gelände gutzumachen“, zitiert die „FAZ“ die Kriegsministerin – da können wir jetzt nicht weg. Gleichzeitig wird die Militarisierung im Innern vorangetrieben. 32.000 Soldatinnen und Soldaten seien im Einsatz gegen die Pandemie. Sie gehen für Bedürftige einkaufen, testen Tracking-Apps, panschen Desinfektionsmittel und nähen Schutzmasken im Home-Office.

Ganz oben auf der Liste von Kramp-Karrenbauer steht allerdings die Sicherung der nuklearen Teilhabe Deutschlands im Rahmen der atomaren Droh- und Aufrüstungspolitik der NATO gegen Russland und China. Konkret geht es um 20 US-Atombomben, die im rheinland-pfälzischen Büchel lagern. Man mag es kaum glauben, aber einem aktuellen Bericht des „Spiegel“ zufolge sind die Bomben Ende 2019 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in die USA ausgeflogen und modernisiert worden. Dem Bericht zufolge wurde eine neue Software aufgespielt, um die Zielgenauigkeit zu erhöhen. Dann ging es erneut über unsere Köpfe hinweg zurück nach Büchel.

Im Kriegsfall sollen die Atomwaffen auf US-Kommando von deutschen Bundeswehrpil-

loten ausgeflogen und abgeworfen werden. Seit langem bereiten die in die Jahre gekommenen deutschen Trägerflugzeuge den Militärs Sorgen. „Wenn 2030 der letzte Tornado außer Dienst gestellt wird, braucht es einen entsprechenden Vorlauf für die Ersatzmaschinen“, erklärte Kramp-Karrenbauer und ging ohne parlamentarische Umwege auf Shopping-Tour. Die Entscheidungen müssten getroffen werden, „auch wenn die haushaltsrechtlichen Fragen möglicherweise erst in der nächsten Legislaturperiode beantwortet werden können“.

Neben 30 US-Atombomben vom Typ F-18 „Super Hornet“ stehen 93 „Eurofighter“ und 15 F-18 „Grawler“ für die elektronische Kriegführung auf der Einkaufsliste. Allein die 30 Atombomber kosten schätzungsweise 7,5

Milliarden Euro. Die „Ärztinnen und Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) haben ausgerechnet, dass sich die Gesamtkosten des Pakets über eine veranschlagte 30-jährige Nutzungszeit auf 100 Milliarden Euro belaufen.

„Während wir Ärzte und Ärztinnen versuchen, Leben zu retten, entscheidet die Verteidigungsministerin im Alleingang, ein Trägersystem für eine Massenvernichtungswaffe zu kaufen“, so das IPPNW. Nach Berechnungen der Ärzte könnten für die 7,5 Milliarden Euro 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte sowie die Gehälter von 60.000 Pflegefachkräften und von 25.000 Ärztinnen und Ärzten für ein Jahr finanziert werden.

Wera Richter

Streik in Corona-Zeiten

Seit dem 23. April streiken beim Sonthofener Getriebehersteller Voith die Kolleginnen und Kollegen für den Erhalt des Standortes mit 500 Arbeitsplätzen und einen Sozialtarifvertrag. In einer Urabstimmung lag die Wahlbeteiligung bei 100 Prozent, 98 Prozent hatten für den unbefristeten Streik gestimmt. Johann Horn, Bezirksleiter der IG Metall Bayern, kritisierte, dass sechs Monate Gespräche mit dem Management nichts gebracht hätten und das Unternehmen ein Alternativkonzept der IG Metall abgelehnt habe. Die Gewerkschaft könne auch in Corona-Zeiten einen Arbeitskampf organisieren.

Monopolisierung in LKW-Branche

Die Konzentration im Automobilsektor geht in der Krise ungebremst weiter. Diesmal läuft ein „Big Deal“ auf dem Lkw-Markt. Daimler und Volvo haben ein Joint Venture gegründet, um Brennstoffzellen für Lastwagen herzustellen. Dies kann getrost als „Verlobung zweier Elefanten“ bezeichnet werden.

Volvo Trucks ist ein schwedischer Lastwagenhersteller mit Sitz in Göteborg und seit der Übernahme der Lkw-Sparte von Renault auf Platz 5 der Lkw-Weltrangliste. Auf Platz 1 steht Daimler. Bislang galten die beiden als harte Wettbewerber.

„Wenn Martin Daum, CEO von Daimler Truck, über die neue Zusammenarbeit von Volvo spricht, kann man fast sehen, wie seine Augen leuchten – und das, obwohl die Pressekonferenz nur telefonisch war“, schreibt das Fachmagazin „Produktion“. Der VW-Konzern steht in der Rangliste auf Platz 7. Zu VW gehören bei den schweren Lkw die Marken MAN und Scania. Verkauft werden sie unter dem Firmennamen Traton. Neben den drei Europäern gehören zu den Top 10 noch fünf Hersteller aus China, Tata aus Indien sowie DAF aus den USA. Das Bündnis von Daimler und Volvo ist als Kampfansage gegen die Konkurrenz aus China zu verstehen.

Erneut verschoben

Die drei Tarifvertragsparteien, der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt und der Zentralverband Deutsches Baugewerbe, haben am 21. April einvernehmlich vereinbart, den Beginn der diesjährigen Tarifrunde erneut zu verschieben. Der Auftakt der Verhandlungen wurde Corona-bedingt bereits im März aufgeschoben und soll nun am 19. Mai aufgenommen werden.

Kurzarbeit steigt

Die Kurzarbeit nimmt in der Metall- und Elektroindustrie in Berlin, Brandenburg und Sachsen weiter zu. Bis zum 23. April sind dort 109.970 Beschäftigte in Kurzarbeit oder von Kurzarbeit bedroht, ergab eine Umfrage der IG Metall in 394 Betrieben mit 153.162 Beschäftigten.

In 109 Betrieben wurde Kurzarbeit für die komplette Belegschaft angemeldet. In 55 Unternehmen wurde der Betrieb vollständig stillgelegt. Als Ursache für die Kurzarbeit geben 235 der befragten Betriebe Auftragsrückgänge an. 208 Betriebe geben an, dass die Lieferketten gestört oder gefährdet sind. Stefan Schaumburg, IG-Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen, verweist darauf, dass in drei Viertel der befragten Betriebe bislang kein Personalabbau vorgenommen wurde. Aber in 70 der befragten Betriebe wurden befristete Arbeitsverhältnisse nicht verlängert und in 106 Betrieben wurden Leiharbeitnehmer abgemeldet. Das zeige das Ausmaß der Krise, das vor allem die prekär Beschäftigten zu spüren bekommen.

Pflegepersonal braucht Schutz

In Krankenhäusern und Seniorenzentren fehlen die Masken



Tausende Ärzte und Pflegekräfte sind mittlerweile in Deutschland mit dem Coronavirus infiziert.

Die stetige Absenkung der Schutzmaßnahmen für das medizinische Personal in der aktuellen Situation ist ein Riesenskandal. Nach Recherchen der „tagesschau“ vom 16. April waren etwa 6.400 Ärzte und Pflegekräfte in Deutschland mit dem Coronavirus infiziert, acht davon bereits gestorben. Von diesen Infizierten sind drei von vier weiblich, das Durchschnittsalter beträgt 42 Jahre nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI).

Das Statistische Bundesamt zählt 5,7 Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen, davon sind 41 Prozent mindestens 51 Jahre alt, mehr als ein Viertel (31 Prozent) der niedergelassenen Ärzte sind sogar 60 Jahre und älter und gehören dementsprechend zur Hochrisikogruppe.

Auch Pflegekräfte und Mediziner haben chronische Lungenerkrankungen, Diabetes mellitus, sind übergewichtig oder haben Bluthochdruck. Außerdem schwächen Schicht- und Nacharbeit, Überstunden und Personalmangel das Immunsystem massiv. 10 bis 15 Prozent der Infizierten in Spanien und Italien sind Mitarbeiter des Gesundheitswesens.

Angesichts dieser Zahlen muss doch absolut klar sein, dass der Schutz des medizinischen Personals maximal sein muss und Priorität hat. Abgesehen davon, dass es zu lebensgefährlichen Situationen mit Todesfolge kommen kann, bringt das auch die Versorgung der Bevölkerung in Gefahr. Spahn und Co. erwähnen immer wieder, wie wichtig ihnen der Schutz für das Personal ist – doch Worte und Ergebnisse liegen hier unfassbar weit auseinander. Die Schutzmaßnahmen wurden in den letzten vier Wochen sukzessive abgesenkt.

Schutzmaßnahmen heruntergefahren

In der Medizin ist es üblich, nach Leitlinien zu therapieren, wenn nicht, drohen eventuell sogar strafrechtliche Konsequenzen. Vor der Corona-Krise galten Hygieneleitlinien zum Schutz des Personals (AWMF-Leitlinie für Krankenhaus- und Praxishygiene), die gesetzlich vom Arbeitgeber gewährleistet werden mussten. Hierin heißt es klipp und klar, dass Personal wie auch Besucher schon beim Betreten des Zimmers eines Patienten mit einer SARS-Infektion eine FFP3-Maske oder einen Respirator zu tragen haben. Außerdem sind ein flüssigkeitsdichter Schutzkittel, eine Schutzhaube, eine Schutzbrille und Handschuhe zu benutzen. Die Masken sollen aus hygienischen Gründen nach einmaligem Tragen entsorgt werden. Sie sind auch vom Hersteller als Einmalartikel ausgewiesen.

Das RKI empfiehlt aktuell unter „Hygienemaßnahmen bei der

Behandlung und Pflege von Covid-19-Patienten/B persönliche Schutzausrüstung“, bevorzugt eine FFP2-Maske zu tragen. Wenn diese nicht vorhanden ist, heißt es lapidar, soll ein Mund-Nasen-Schutz verwendet werden. Ein Mund-Nasen-Schutz ist bei SARS-Infektion in einer pflegerischen Situation genau Null Prozent Schutz für den Beschäftigten. Eine Haube wird nur bei starker Exposition empfohlen.

Um die FFP2-Masken unter normaler Exposition im Klinikalltag zu rechtfertigen, wird vorgebracht, dass die Viren ja nicht alleine durch die Luft schweben, sondern sich an Aerosole (Gemisch aus festen oder flüssigen Schwebeteilchen. Die Redaktion) binden. Ein Tröpfchen dieser Aerosole ist größer als das Virus selbst und kann durch FFP2-Masken ausreichend gut gefiltert werden. Die Dokumente, die auf den RKI-Seiten hierzu angegeben werden, beziehen sich letztlich aber immer auf Aerosole in Verbindung mit Influenzaviren. Die meisten Influenza-A- und -B-Viren werden vom Ausschuss für Biologische Arbeitsstoffe in die Risikogruppe 2 eingestuft. Nur das Vogelgrippevirus und das Gänsepestvirus werden genauso wie das SARS-Coronavirus in die Risikogruppe 3 eingestuft. Risikogruppe 3 bedeutet, dass eine schwere Krankheit und eine ernste Gefahr für Beschäftigte bestehen können. In der Fußnote dieser genannten Risikogruppe-3-Viren werden unmissverständlich FFP3-Masken empfohlen.

Auch vom RKI wird auf Arbeitsschutzmaßnahmen bei längerem Tragen der FFP2- und FFP3-Masken hingewiesen, wie zum Beispiel 30 Minuten Pause nach Stunden arbeiten mit Maske. Sehr fraglich, wo und wie diese Regelung Anwendung findet. In Industrie und Handwerk gibt es eine Erschweriszulage, wenn mit diesen Masken gearbeitet wird – für die Beschäftigten im Gesundheitswesen gibt es so eine Zulage bisher nicht.

Durchfeuchtete Masken

Vom ersten Krisentag an, ab dem 13. März, als die Krankenhäuser Platz schaffen sollten für Corona-Patienten, wurden „Maßnahmen zum ressourcenschonenden Einsatz von MNS- und FFP-Masken in Einrichtungen des Gesundheitswesens bei Lieferengpässen“ vom RKI, abgestimmt mit dem Bundesgesundheitsministerium, veröffentlicht. Seither werden Trainingsvideos für das Personal für das korrekte An- und Ablegen der Schutzkleidung erstellt und die Devise lautet: Einmal-Masken nicht wegschmeißen, sondern über eine Schicht von acht Stunden wiederverwenden. In dieser und auch in anderen Stellungnahmen des Bundes taucht auf,

dass selbstverständlich bei Kontamination oder Durchfeuchtung die Masken verworfen werden sollen. Ab wann eine Maske aber „durchfeuchtet“ ist – dazu gibt es keinerlei Empfehlung. In der Praxis ist die Maske eben nach acht Stunden „durchfeuchtet“. Die Perspiration insensibilis (unsichtbarer Wasserverlust über Haut und Lunge) beträgt normalerweise beim Gesunden etwa 10 ml/kg pro 24 Stunden oder 300 bis 1.000 ml in 24 Stunden. Der unsichtbare Wasserverlust über Haut und Lunge beträgt also bei 70 Kilogramm Körpergewicht circa 700 Milliliter in 24 Stunden oder circa 30 ml/Stunde. Bei körperlicher Betätigung kann das deutlich mehr sein. Ab wann ist eine Einmal-FFP-Maske also durchfeuchtet? Es ist aktuell eine rein subjektive Einschätzung bei so einer wichtigen Frage. Die Mitarbeiter bekommen teilweise nur eine einzige Maske pro Schicht ausgehändigt. Der (kleine) Vorrat wird verschlossen aufbewahrt.

Also werden die Masken auch acht Stunden getragen. Anstatt dass das RKI zu erklären versucht, ab wann eine Maske durchfeuchtet ist und damit verworfen werden sollte, wurde in der Aktualisierung der Stellungnahme zum ressourcenschonenden Einsatz der Masken vom 14. April einfach der Punkt der Durchfeuchtung ersatzlos gestrichen.

Nachdem der Standard der Schutzausrüstung direkt von Anfang an erst einmal generell abgesenkt wurde, dann eine Wiederverwendung am gleichen Arbeitstag eingeführt wurde, ist ab der dritten Woche der Krise, seit offiziell 1. April, das Sammeln der Einmal-Masken zur Wiederaufbereitung durch Dekontamination durch trockene Hitze einwirkung von 65 bis 70° Celsius (zum Beispiel in Trockenschränken über 30 Minuten) für die Zeit der Pandemie erlaubt. Die Vizepräsidentin der Bundesärztekammer empfindet diese Maßnahme als Zumutung, wie im Deutschen Ärzteblatt zu lesen ist. Der Skandal kennt keine Grenzen mehr.

Pflegekräfte gefährdet

Die Deutsche Gesellschaft für Sterilgutversorgung (DGSV) beschreibt eine solche Maßnahme als „Ultima ratio“. Sie antwortet auf die Maßnahmen des RKI: Trockene Hitze ist auch für diese besondere Situation keine praktikable, hygienische und gesicherte Methode. Die Konvektion innerhalb des porösen Materials sei nicht bekannt, die lange Ausgleichszeit sei seit Jahren ein grundlegendes Problem, die Wärmeleitung des Maskenmaterials sei extrem behindert – deswegen werde das Coronavirus nach 30 Minuten selbst bei 70° Celsius trockener Hitze nicht sicher deaktiviert.

Weiter heißt es: Die Masken sind nach Benutzung in der Regel feucht und sollen deshalb nicht in geschlossenen Gebinden zwischenlagert werden. Die Lagerung in offenen Gebinden ist aber aus hygienischer Sicht auch als problematisch einzustufen. Eine Weiterverbreitung von pathogenen Viren und gegebenenfalls sonstigen Mikroorganismen in andere Klinikbereiche ist hygienisch äußerst bedenklich. Es soll keine Wiederverwendung beziehungsweise Weiterverwendung von Masken nach Tätigkeiten an infektiösen Patienten mit ausgeprägter Exposition durch Aerosole beziehungsweise bei Durchfeuchtung der Atemmaske stattfinden. Die Masken müssen personenbezogen gekennzeichnet, gesammelt und wiederverwendet werden, da nicht alle Keime sicher abgetötet werden können. Wir freuen uns schon alle auf unsere „dekontaminierten“ Masken. Die Frage ist, wie lange wir noch unter diesen Bedingungen Corona-Patienten versorgen können. Schließlich ist man nicht zur Hilfe verpflichtet, wenn man sich selbst dafür in Gefahr begeben muss.

Was gebraucht wird

40 Millionen Masken werden bestellt, damit die Menschen sehen können, wie viel unternommen wird, wie engagiert die Herren Minister sind. Weil der „Schutz des Personals“ ja ganz oben steht. Die Situation sei „unübersichtlich“, beschwerten sich Verantwortliche im „Ärzteblatt“:

Daimler kam durch die Spende von 10.000 Schutzmasken in die Schlagzeilen. Rechnen wir den Bedarf selbst aus: Ein Corona-Patient in einem Isolierzimmer wird mindestens drei Mal pro Schicht (in acht Stunden) von der Pflege und mindestens einmal vom Arzt besucht, dazu kommen Lagerungstherapien, bei denen mindestens drei Mitarbeiter beteiligt sind. Also, wenn nichts Außergewöhnliches passiert, sind in acht Stunden sieben Masken notwendig und in 24 Stunden 21 Stück – das ist die kleinste anzunehmende Menge.

In Stuttgart gibt es zum Beispiel derzeit relativ stabil circa 25 beatmete Patienten, das wären 525 Masken am Tag. Die Spende von Daimler würde in Stuttgart dann nur für diese Beatmungspatienten, ohne die Patienten auf den peripheren Stationen, geschweige denn für Patienten in Altenheimen, etwa 19 Tage ausreichen.

Die Bundesregierung hätte dafür sorgen können – oder kann immer noch jetzt sofort dafür sorgen –, dass die Industrie ihr Vorräte in dieser besonderen Pandemie-Situation abgeben muss. Wenn ein Betrieb jetzt nach der vierten Woche der Krise ankommt und Masken „spendet“, dann gehört da kein Applaus hin, sondern eine Klage wegen unterlassener Hilfeleistung.

Nach der vierten Woche der Krise sollte man auch annehmen, dass eine Produktion im eigenen Land endlich funktioniert. Denn wo auf dieser Welt, wenn nicht hier in Deutschland, kann eine eigene Produktion für Masken besser funktionieren? So wie es aussieht, bringt die Maskenproduktion einfach nicht genügend Gewinne. Einmal mehr stehen sich Wirtschaft und Gesundheit in dieser Krise diametral gegenüber und man muss sich für eine Seite entscheiden.

Herr Spahn lässt verlauten, dass ab Mitte August (!) die Lieferung der Masken aus inländischer Produktion gesichert sein wird – ganze sechs Monate nach Krisenbeginn. „Ich bin dadurch sehr viel zuversichtlicher bei diesem Thema“, meint Spahn dazu in einem Bericht in der „Welt“. Das übersteigt wirklich alles. Wie viele Mitarbeiter werden sich bis dahin infiziert haben und wie viele gestorben sein?

Angela Münch

Die Autorin ist Notfallmedizinerin und Ärztin auf einer Intensivstation in Stuttgart. Sie verfasste diesen Beitrag am 19. April 2020.



Lieferando, wie es sich gerne selbst sieht

Wahlen unter Polizeischutz

Fahrradkuriere erkämpften sich bei Lieferando einen Betriebsrat

Schlechte Bezahlung, rechtlose Fahrradkuriere und katastrophaler Arbeitsschutz bei „Lieferando“. Die sogenannten „Rider“ wehrten sich und gründeten in Köln mit Hilfe der Gewerkschaft NGG und der Initiative „Lieferrn am Limit“ einen Betriebsrat – gegen den Widerstand und Untergrabungsversuche der Betriebsleitung. UZ sprach mit Semih Yalcin, Betriebsratsvorsitzender bei Lieferando in Köln, und mit Orry Mittenmayer von der Initiative „Lieferrn am Limit“.

UZ: Orry, wir haben uns vor fast genau zwei Jahren das letzte Mal gesprochen. Damals hast du mit deinen Kollegen gegen den vehementen Widerstand der Betriebsleitung bei „Deliveroo“ einen Betriebsrat gegründet. Jetzt das Gleiche bei Lieferando, oder gibt es Unterschiede?

Orry Mittenmayer: Die Muster sind ähnlich, jedoch sagte Deliveroo damals ganz klar, dass sie keinen Betriebsrat wollen, weil das nicht zur Kultur eines jungen und modernen Unternehmens passe. Lieferando ist da anders herangegangen. Sie haben eine eigene Liste aufgestellt und versucht, die Belegschaft zu spalten. Sie haben argumentiert, dass die Fahrer von „Foodora“, die erst kürzlich von Lieferando geschluckt wurden, nicht zum Unternehmen gehören.

Semih Yalcin: Das ist aber eine künstliche Trennung. Der Personaleinsatz erfolgt gemeinsam, die Klamotten sind dieselben und nach innen und nach außen treten wir einheitlich auf. Dagegen haben wir zwei Mal vor dem Arbeitsgericht in Köln geklagt und beide Male Recht bekommen.

Orry Mittenmayer: Jedoch berichten Fahrer von einer Art Zweiklassensystem bei Lieferando. Ex-Foodora-Fahrer werden benachteiligt, weil die Verträge von Foodora besser waren, da sie einen Betriebsrat hatten. Lieferando-Fahrer werden bevorzugt und bekommen schneller alle Infos und Schutzmaterialien, während bei den Foodora-Fahrern alles immer erst mit Zögern passiert.

UZ: Und wie ist die betriebseigene Betriebsratsliste entstanden.

Semih Yalcin: Es gab zuerst eine gewerkschaftsnahe Liste, die „Guardians of the Galaxy“, für die ich auch angetreten bin. Dann hat sich eine Liste gegründet, deren vordere Plätze mit Vorgesetzten aus dem Kölner Lieferando-Büro, dem „Hub“, besetzt waren. Davor gab es schon einen „Hub-Rat“, der als eine Art Gegenmodell zu einem Betriebsrat dienen sollte. Seine Aufgabe war es, Kleinigkeiten umzusetzen und die Betriebsabläufe zu verbessern. Die restlichen Kandidaten stammten aus diesem Hub-Rat.

UZ: Wie liefen dann die Wahlen ab?

Semih Yalcin: Die Wahlen fanden am 6. April im Betriebsratsbüro in der Kölner Innenstadt statt. Zuvor hatte Lieferando versucht, die Wahlen im Hub stattfinden zu lassen. Der Betriebsleiter von Lieferando Köln, der sogenannte „City-Coordinator“ stellte sich dann am Eingang des Wahllokals hin und machte Werbung für die betriebseigene Liste. Er kandidierte auch auf dieser Liste und ist jetzt Betriebsrat.

Ich war im Wahlvorstand und nachdem sich eine Traube um ihn gebildet hatte, die ihn zur Rede stellen wollte, bin ich zu ihm hin und habe ihn aufgefordert, er solle das unterlassen. Er hat sich nur kurz daran gehalten. Ich war dann nicht mehr vor dem Wahllokal, aber er soll dann Sprüche gebracht haben, wie „Jetzt geht euch der Arsch auf Grundeis“ oder „Ihr werdet eh nur Scheiße im Betriebsrat bauen“ und soll angeblich Prügel angedroht haben. Er wollte nicht aufhören, die Wahlen zu beeinflussen, dann hat der Wahlvorstands vorsitzende die Polizei gerufen. Die erteilte dem City-Coordinator schließlich einen Platzverweis. Dann konnte die Wahl reibungslos vonstatten gehen.

UZ: Die gewerkschaftsnahe Liste konnte die Mehrheit bei den Wahlen erringen. Wie sieht jetzt die Zusammenarbeit mit den betriebseigenen Betriebsräten aus?

Semih Yalcin: Das war ein großer Erfolg, weil Lieferando alles getan hat, um uns das Leben schwer zu machen. Der Arbeitgeber hat uns zum Beispiel nicht die E-Mail-Adressen der Mitarbeiter zur Verfügung gestellt, damit wir nicht mit der Belegschaft kommunizieren können.

Ich denke, mit einigen werden wir gut zusammen arbeiten. Mit anderen wiederum weniger, denn wir sind in einer Konfrontation. Der Arbeitgeber will uns loswerden. Wir werden es sehen, wenn die Verträge der kritischen Betriebsräte auslaufen und dann wohl nicht verlängert werden. Das ist ja eine bekannte Taktik.

UZ: Vor zwei Jahren gab es ein großes Medienecho auf die Betriebsratsgründung bei Deliveroo und „Lieferrn am Limit“. Heute hört man fast nichts. Woran liegt es?

Orry Mittenmayer: Das liegt zum einen an der Corona-Krise, zum anderen konzentrieren wir uns von „Lieferrn am Limit“ stärker darauf, Basisarbeit zu machen. Wir sprechen die Fahrer persönlich an, rufen sie an und verwickeln sie in Gespräche. Mit der NGG zusammen machen wir sogenannte „Rider days“. Eine Belegschaft mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad besucht eine andere Stadt, die noch einen niedrigen Organisationsgrad hat. Dort machen wir Veranstaltungen, die wir in der dortigen Rider-Szene bewerben.

UZ: Apropos Corona-Krise, wie sieht es bei Lieferando mit dem Arbeitsschutz aus?

Orry Mittenmayer: Der Arbeitsschutz ist katastrophal. Wochenlang hat Lieferando weder Masken noch Desinfektionsmittel noch Handschuhe ausgeteilt, was extrem fahrlässig ist. Zwischendurch hatten sie Desinfektionsmittel ausgeteilt und dann behauptet, dass unsere Kritik Schwachsinn wäre.

Aber warum dauert das vier bis fünf Wochen, bis die Rider sich schützen? Die Rider mussten ungeschützt durch die Stadt radeln und sich potenziell anstecken oder eine potenzielle Gefahr sein für Kunden, Familien, Freunde und Mitbewohner.

Semih Yalcin: Lieferando hat die kontaktlose Lieferung eingeführt. Wirklich kontaktlos ist sie nicht, das ist

mehr so eine Art Symbolpolitik. Der Kunde nimmt sich das Essen selber aus der Box. Aber vorher hat der Rider das Essen und die Tüte auch angefasst.

Über einen „Corona-Call“ bekommen wir Betriebsräte von der Arbeitgeberseite einmal die Woche Infos. Aber es ist sehr undurchsichtig. Es hieß, jetzt werden Sachen verschickt und ein Teil der Belegschaft hat schon ein Päckchen erhalten. Ich selber warte zum Beispiel immer noch auf dieses Päckchen, wo Desinfektionsmittel, Handschuhe und Masken drin sein sollen.

Orry Mittenmayer: Vor zwei Wochen hieß es noch, es soll einen Kostenauslagensatz geben. Die Verantwortung für die Beschaffung von Schutzmitteln sollte auf die Rider abgewälzt werden. Die Pauschale sollte aus der Leistung der Rider errechnet werden. Das hätte geheißen, dass du dich zu Tode strampeln und unglaublich viele Orte beliefern musst, bis die Pauschale so hoch ist, damit du dir ausreichend Schutzmaterialien leisten kannst.

Das Gespräch führte Christoph Hentschel

Petition unterstützen

Die DKP fordert mit einer Petition den Bundestag und die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung alle Sanktionen aufzuheben, die den weltweiten Austausch von Medizingeräten, Gesundheitsprodukten, Medikamenten, Erfahrungen und Vorgehensweisen behindern oder unmöglich machen. Die Bundesregierung beteiligt sich an diesen politischen Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation, wohl wissend, dass damit unter anderem Medikamente in der EU festgesetzt werden, die für die Versorgung von Patienten in Venezuela lebensnotwendig sind. Die Sanktionen gegen Kuba behindern das dortige Gesundheitssystem. Mit Stand vom 27. April haben in Deutschland über 6.200 Menschen diese Petition unterstützt. Die UZ hat Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gefragt, was sie bewegen hat, diese Petition zu unterzeichnen. Die Petition kann unterzeichnet werden unter: <https://www.change.org/p/bundestag-alle-sanktionen-aufheben-die-den-kampf-gegen-die-pandemie-behindern>

Als Beschäftigte in einem Krankenhaus sind mir die Bilder der völlig erschöpften Pflegenden, der Schwerstkranken und vielen Toten in Bergamo sehr nahe gegangen. Ist doch auch unser auf Gewinn ausgerichtetes Gesundheitssystem vor einem solchen Kollaps nicht gefeit. Und niemand eilte diesen Kolleginnen und Kollegen in Italien zur Hilfe. Nichts war zu spüren von dem noch zu Europawahlzeiten bejubelten europäischen Geist.

Umso mehr hat mich die Ankunft der kubanischen und chinesischen Ärztinnen und Ärzte in Italien berührt. Da war sie zu spüren, die Zärtlichkeit der Völker! Solidarität!

Solidarität ist auch von uns gefragt. Deshalb unterstütze ich die Petition, die das Ende der Sanktionen fordert. Diese Sanktionen töten und die Bundesregierung macht sich mit der Unterstützung des US-amerikanischen Embargos mitschuldig.

Jutta Markowski
ver.di-Vertrauensfrau und Betriebsrätin

Die Sanktionen waren bereits ohne Pandemie skandalös und eine Einmischung in die Politik dieser Staaten. In der aktuellen Lage sind sie eine aktive Gefährdung von Menschenleben und gehören sofort aufgehoben.

Stefan Mitschke
IG-Metall-Vertrauensmann bei Audi in Ingolstadt



Die Petition zur Aufhebung der Sanktionen ist für die Arbeiterklasse in den betroffenen Ländern von entscheidender Bedeutung, weil sie die Folgen der Sanktionen wie fehlende Medikamente und Gesundheitsprodukte am deutlichsten spürt. Die Reichen haben das Geld und können sich diese immer besorgen. Die imperialistischen Länder, vorneweg die US-Regierung, wollen keine Selbstbestimmung und Souveränitätsrechte der einzelnen Nationen. Mit den Sanktionen versuchen sie, missliebige Staaten und Regierungen gefügig zu machen.

Doch unabhängige Entwicklungen der Länder sind wichtige Voraussetzungen für sozialen Fortschritt, der den lohnabhängigen Klassen ein besseres Leben ermöglicht. Deshalb ist diese Petition ein wichtiger Beitrag für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse.

Lenin schrieb 1916: „Andererseits müssen die Sozialisten der unterdrückten Nationen auf die vollständige und bedingungslose, auch organisatorische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation besonders bestehen und sie ins Leben rufen. Ohne dies ist es unmöglich, auf der selbstständigen Politik des



Proletariats sowie auf seiner Klassen-solidarität mit dem Proletariat der anderen Länder bei all den verschiedenen Streichen, Verrätereien und Gaunereien der Bourgeoisie zu bestehen.“

In diesem Sinne: Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Christa Hourani,
ehemalige Betriebsrätin und VK-Leiterin Daimler Zentrale, aktiv bei der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften VKG

Gerade in dieser Zeit wird deutlich, dass die Aufrufe der Regierenden von Zusammenhalt und „Gemeinsam schaffen wir das“ nur Gerede ist. Auch in der Corona-Hilfe gibt es Unterschiede zwischen „großen“ und „kleinen“ Leuten, also nicht nur bei den Werktätigen, sondern auch zwischen dem großen Kapital bei den Konzernen und dem kleinen Kapital bei den Kleinunternehmungen. Dabei wird immer vergessen, dass auch die Steuergelder aus den Massensteuern kommen und nicht von den Großen.

Noch deutlicher wird die Widersprüchlichkeit innerhalb der EU, auch hier zählte plötzlich wieder das nationale Interesse. Dass aber der Kapitalismus im Weltmaßstab gemeinsame Interessen verfolgt, die mit einem humanistischen Anspruch nichts mehr gemein haben, wird an den Handels- und Finanzsanktionen gegen Kuba, China, Venezuela und gegen Russland, Iran oder Syrien deutlich. Selbst im Zeichen der Corona-Pandemie wird zum Teil alles getan, um selbst humanitäre Hilfe zu verhindern. Deshalb unterstütze ich die Petition.

Rainer Perschewski
EVG-Bundesbetriebsgruppensprecher



Die Entwicklung einer kämpferischen und klassenbewussten Gewerkschaftsbewegung ist ohne internationale Solidarität und Zusammenarbeit nicht möglich. Kämpfe vor Ort für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, eine gute Gesundheitsversorgung, die Rechte der arbeitenden Menschen, für ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung stehen immer auch in einem internationalen Zusammenhang. Sanktionen wie gegen Venezuela, Kuba, Russland, die auch von der Bundesregierung vorangetrieben werden, um Länder, die sich dem Imperialismus nicht unterordnen wollen, in die Knie zu zwingen, schaden nicht nur den arbeitenden Menschen in diesen Ländern, sie behindern auch den weltweiten Kampf gegen die Pandemie. Sie widersprechen den Interessen aller arbeitenden Menschen.

Deswegen gilt auch dieses Jahr: Heraus zum 1. Mai – Keine Abwälzung der Krisen auf die arbeitende Bevölkerung, die Konzerne müssen zahlen – Das Gesundheitswesen in öffentliches Eigentum – Schluss mit Aufrüstung und Sanktionen!

Renate Koppe
ver.di, Mitglied der Betriebsgruppenleitung, Mitglied des Bezirksfachbereichsvorstands, Stellvertretende Personalratsvorsitzende

1. Mai verboten

Die Stadtverwaltung Siegen hat die Demonstration und Kundgebung des Siegener Bündnisses „Heraus zum 1. Mai“ verboten. Das Bündnis sei nicht in der Lage, die geforderten Sicherheitsmaßnahmen zu erfüllen, die 50 angemeldeten Teilnehmer widersprüchen den Erfahrungen der letzten Jahre, als beim „Roten Mai“ mehr als 1.000 Menschen teilnahmen. Zudem seien die angemeldeten Schutzmasken nur ein Vorwand, um die Verfolgung von Straftaten durch Vermummung zu erschweren. Bei Redaktionschluss versuchte das Bündnis mittels Eilantrag vor Gericht eine Genehmigung durchzusetzen.

Kostenlose Masken

Seit Montag gilt bundesweit eine Maskenpflicht, wenn man den ÖPNV benutzen muss oder im Supermarkt einkauft. Die DKP fordert die kostenlose Verteilung von Schutzmasken an die Bevölkerung. Die DKP Bottrop beispielsweise verteilte am Mittwoch 1.000 Masken, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Der Bottroper DKP-Ratsherr Michael Gerber sagte: „Wir wollen mit dieser kostenlosen Verteilung einen konkreten Beitrag zum Gesundheitsschutz und der Solidarität in der Corona-Zeit leisten. Vielfach sind Masken ausverkauft oder können nur zu überhöhten Preisen im Internet bestellt werden. Arme Menschen können sich dies vielfach nicht leisten.“

Milliardengeschenke

Der Berliner Senat hat einen Nachtragshaushalt über drei Milliarden Euro vorgestellt. Rund 2,6 Milliarden Euro sollen davon für Hilfeleistungen für Unternehmen verwendet werden, sagte Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD). Für Beatrix Kramm, die Präsidentin der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, ist das aber noch nicht genug und sprach nach der Vorstellung des Haushaltsentwurfs von einer „schallenden Ohrfeige für die mittelständischen Unternehmen“. Dahingegen fragt der „Berliner Anstoß“, die Zeitung der DKP Berlin, ob jemand „mit der laufenden Krise irgendwann von der Politik vernommen hätte, die Abschaffung des Hartz-IV-Regimes oder eine volle Lohnfortzahlung für alle Arbeiter und Angestellten seien eine gute Idee“?

Antifaschismus ist Gemeinnützig

Der bayerische Verfassungsschutz (VS) hat seinen Bericht veröffentlicht. Auf Grundlage der „Erkenntnisse“ des Landesamtes aus München hatte das Berliner Finanzamt im vergangenen Jahr der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit entzogen, da die VVN-BdA eine „linksextremistisch beeinflusste“ Organisation sei. „Als Beweis für unsere ‚linksextremistische Beeinflussung‘ gilt dem bayrischen Innenministerium in diesem Jahr die Beteiligung an einer antimilitaristischen Kundgebung in München und die Mitveranstaltung des Vortrags in Augsburg mit dem Thema ‚Die Militarisierung der EU‘“, schreibt die VVN-BdA Bayern in einer Stellungnahme. „Hier werden linke Hip-hop-Bands, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und Initiativen wie ‚Ende Gelände‘ auf die gleiche Ebene wie rechtsterroristische Netzwerke gestellt“, sagt der Rechtsextremismus-Experte Robert Andreasch gegenüber dem „Bayrischen Rundfunk“. Das bayrische Landesamt für Verfassungsschutz falle immer wieder auf durch die Diffamierung zivilgesellschaftlich-demokratischen Engagements bei gleichzeitiger Verharmlosung rechtsextremistischer Umtriebe und Untätigkeit bei rechtsterroristischen Aktivitäten, schreibt die VVN-BdA Bayern.

NSU-Terror: Staatlicher Schlusstrich

Nach zwei Jahren stellt Gericht die Urteilsbegründung im NSU-Prozess fertig

Die insgesamt 3.025 Seiten umfassende Begründung des Urteils im Prozess gegen Beate Zschäpe und andere Neonazis wegen der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) wird der Öffentlichkeit vorerst vorenthalten. So beließ es das Oberlandesgericht (OLG) München, an dem der Prozess durchgeführt worden war, in der vergangenen Woche bei der knappen Presseinformation, dass der 6. Strafsenat des OLG „die schriftliche Begründung des am 11. Juli 2018 verkündeten Urteils fertigge-

stellt“ habe. Das Urteil sei mittlerweile zu den Akten genommen worden und die Zustellung der Urteilsgründe erfolge an die revisionsführenden Verfahrensbeteiligten in Kürze. Von dann an hätten die Revisionsführer „einen Monat ab Zustellung der schriftlichen Urteilsgründe Zeit, die bereits eingelegte Revision zu begründen“, so das Gericht. Deutliche Worte der Kritik am Vorgehen des Gerichts kommen unterdessen von Vertretern der Nebenklage. So habe der Senat „die ihm zur Verfügung stehende Zeit zur Fertigstellung des Urteils praktisch vollständig aus-

geschöpft“, heißt es auf einer von den Rechtsanwälten Alexander Hoffmann und Dr. Björn Elberling betriebenen Internetseite. Zwar sei dieses Vorgehen des Gerichts „natürlich rechtlich zulässig“, habe „aber durchaus problematische Folgen angesichts der beinahe zwei Jahre, die seit der mündlichen Urteilsverkündung vergangen sind, und vor allem vor dem Hintergrund der großen Bedeutung, die dem endgültigen Abschluss des NSU-Strafverfahrens beigemessen werden muss“. „Es entsteht der Eindruck, das Gericht wolle auf diese Weise nochmal betonen, dass es sich bei dem Urteil gegen Zschäpe, Wohlleben, Schultze und Eminger um etwas völlig Alltägliches handelt und der NSU-Komplex eh abgeschlossen ist“, so die Juristen.

Während die Urteilsbegründung der Nebenklage noch nicht vorlag, soll es bereits einzelnen Journalistinnen und Journalisten vorgelegen haben, was die Vertreter der Nebenklage deutlich verärgert. Offiziell dürfen Medienvertreterinnen und -vertreter die Urteilsbegründung anfordern, sobald sie allen am Verfahren beteiligten Parteien zugestellt wurde. Uneingeschränkt daraus zitiert werden darf jedoch aus Gründen des Persönlichkeits- und Datenschutzes keineswegs. Für die Nebenklagevertreter ist aktuell jedoch die „wichtigste Frage“, wie der Generalbundesanwalt mit seiner Revision gegen den Teilfreispruch des Angeklagten André Eminger weiter vorgeht. „Das Gericht kaufte Eminger, dem überzeugten, gewaltbefürwortenden Neonazi, dem engsten Vertrauten des NSU-Kerntrios, ab, dass er lange Jahre bis 2008 keine Ahnung gehabt habe, was die mit den von ihm besorgten Fahrzeugen und so weiter vorhaten“, kritisieren die Rechtsanwälte auf der von ihnen betriebenen Internetseite. Während die Generalbundesanwaltschaft einzig in Sachen Eminger in Revision geht, hatten die Verteidiger von Beate Zschäpe, die das Gericht im Juli 2018 zu einer lebenslange Haftstrafe verurteilt hatte, ebenfalls Revision gegen das Urteil eingelegt. Wie auch immer die einzelnen Revisionsbemühungen ausgehen werden, eines ist schon jetzt klar: Noch immer ist der NSU-Komplex alles andere als aufgeklärt. Weder wurde das faschistische Netzwerk, welches die Morde und Anschläge des NSU-Kerntrios unterstützt hat, zur Verantwortung gezogen. Noch gilt dies für die Schattenmänner in den Inlandsgeheimdiensten der Länder und des Bundes und den Polizeibehörden, die Unterlagen und Aktenbestände vernichtet und die Aufklärung der schweren Verbrechen behindert haben. Auch von dem von der etablierten Politik nach der Selbstenttarnung des NSU wortgewaltig angekündigten entschlossenen Kampf gegen Rechts ist noch immer kaum etwas zu spüren. Es droht, dass die NSU-Akte in naher Zukunft endgültig geschlossen und diese beispiellose rassistische Mordserie weitestgehend unaufgeklärt ad acta gelegt wird.

Markus Bernhardt

Siehe Seite 9



Foto: Henning Schlottmann / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0

„Keinen Schlusstrich“ fordern Antifaschistinnen und Antifaschisten seit Jahren, wie hier auf einer Demonstration in München 2018.

Zum Gärtner gemacht

Essener Polizeipräsident ernennt Ehefrau zur Extremismus-Beauftragten

Das innerhalb der Polizei, nicht nur in NRW, rechte und faschistische Gesinnung immer mehr Raum gewinnt, ist nicht neu. Nicht umsonst ist der Anteil von AfD-Anhängern und -Mitgliedern innerhalb der Polizei deutlich höher als im Durchschnitt der Bevölkerung.

Die Landesregierungen der letzten Jahre haben dies weitgehend ignoriert. Der Fall eines Polizisten aus Hamm, der als führendes Mitglied einer faschistischen Terrorgruppe aufgefliegen war und der jahrelang ohne Intervention seiner Kollegen und Vorgesetzten im Polizeipräsidium in Hamm seine Nazi-Gesinnung zur Schau stellen konnte, brachte NRW-Innenminister Herbert Reul jetzt unter Zugzwang. Auf seinen Erlass hin werden derzeit in der NRW-Polizei sogenannte „Extremismus-Beauftragte“ installiert. Diese sollen künftig Hinweise auf eine „extremistische“ Betätigung entgegennehmen und Gegenmaßnahmen einfordern.

Im Essener Polizeipräsidium wurde Silvia Richter zur Extremismus-Beauftragten ernannt. Für die Ernennung von Frau Richter spreche insbesondere deren langjährige Tätigkeit in Polizeibehörden, insbesondere in der Abteilung Staatsschutz, so der Pressesprecher der Essener Polizei, Christoph Wickhorst. Besser konnte er mit dieser Einlassung nicht deutlich machen, dass es Innenminister Reul und auch dem Essener Polizeipräsidenten nicht darum geht, ernsthaft gegen Nazi-Umtriebe in der Polizei vorzugehen, sondern vielmehr nur darum, sich mit der Schaffung dieser Position ein Feigenblatt umzuhängen.

Frau Richter kommt aus eben jenem Bereich der Polizei, dessen Aufgabe es bisher schon gewesen wäre, gegen Nazi-Umtriebe in der Polizei vorzugehen, und der dies bislang tunlichst unterlassen hat. Unter den Augen des Essener Staatsschutzes wuchsen und wachsen in der Stadt die rechtsradikalen „Bürgerwehren“ und Polizisten konnten es sich leisten, mit diesen offen zu fraternisieren, sich sogar für Pressefotos mit diesen ablichten zu lassen.

Erst die Intervention von Antifaschisten zwang den Essener Polizeipräsidenten dazu, einen solchen Beamten zu maßregeln. In Essen wie anderswo ist es immer das gleiche Bild: Rechtsradikale Umtriebe in der Polizei werden oftmals nur durch Antifaschisten, manchmal durch mutige Polizeikollegen, aber am allerwenigstens durch den Staatsschutz aufgedeckt, der diese Dinge lieber unter den Teppich zu kehren scheint.

Mit der Ernennung von Frau Richter hat man also jemanden aus dem Bereich zur Extremismus-Verantwortlichen gemacht, der das Anwachsen der faschistischen Kräfte in der Polizei erst begünstigt hat. Mit Recht muss gefragt werden, welches Interesse soll eine Frau Richter haben, die eigenen Fehler der Vergangenheit aufzudecken, das eigene Nest zu beschmutzen.

Eine besonders pikante Note erhält das Ganze noch dadurch, dass die Namensgleichheit mit dem Essener Polizeipräsidenten Frank Richter nicht von ungefähr kommt. Sie ist dessen Ehefrau. Eben jenes Polizeipräsidenten also, in dessen Verantwortungsbereich der allzu auffällige laxer und eher verharmlosende Umgang mit faschistischen Bürgerwehren und mit diesen fraternisierenden Polizisten ebenso fällt wie polizeiliche Übergriffe gegen Antifaschisten.

Offiziell wurde Frau Richter durch leitende Mitarbeiter der Essener Polizei für diese Position empfohlen und der Polizeipräsident hat die Ernennung seiner Ehefrau dann nur noch aufgrund dieser Empfehlung vorgenommen. Dass nunmehr nicht nur im Essener Polizeipräsidium von Vetternwirtschaft gesprochen wird, wundert wohl niemanden mehr. Trug seine Ehefrau bereits den Spitznamen „Frau Präsidentin“, so soll, unbestätigten Gerüchten zufolge, Frank Richter nunmehr hinter vorgehaltener Hand nur noch als „Mister Donald“ in Anlehnung an die Vetternwirtschaft des US-amerikanischen Präsidenten bezeichnet werden.

Peter Köster

Für Arme nichts übrig

Neues Corona-Gesetz soll die Krisenlasten auf die Krankenkassen abladen

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche den Entwurf zum „Zweiten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ vorgelegt. Er soll Anfang Mai im Schnellverfahren das Parlament passieren. Folgt man Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD), sind die hier getroffenen Regelungen – wie auch schon das erste Bevölkerungsschutzgesetz – Beleg dafür, dass „unser Staat dieser Krise gewachsen“ sei. Mit dieser Ansicht dürfte sie ziemlich allein stehen, rief doch das Bekanntwerden des Entwurfs heftige Gegenreaktionen beim Pflegepersonal, den Krankenkassen, den Kliniken und Sozialverbänden hervor. Der 73-seitige Gesetzesentwurf setzt sich im Wesentlichen das Ziel, die Grundlage für Covid-19-Massentests zu schaffen, die Meldepflichten von Krankenhäusern und Ärzten auszubauen sowie für die Krankenhäuser „angemessene Aufwandsentschädigungen“ in Aussicht zu stellen.

Nach acht Wochen Pandemie hat sich nun auch bei der Bundesregierung herumgesprochen, dass die wegen „Materialknappheit“ bisher nur sporadisch durchgeführten Tests zur Beurteilung der tatsächlichen Infektionslage unzureichend waren. Der Standard-PCR-Stäbchentest, für den bisher die Krankenkassen je Test 59 Euro ausgleichen, soll flächendeckend und symptomunabhängig zum Einsatz kommen. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) geht von 4,5 Millionen Tests pro Woche aus, was bei den Kassen monatlich mit 1,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen würde. Die AOK zeigte Spahn die kalte Schulter: Keine Bereitschaft zur Kostenübernahme. Es handle sich nämlich um „eine Maßnahme zum allgemeinen Bevölkerungsschutz“ und damit um „Gefahrenabwehr“, für die der Staat selbst zuständig sei, konterte der Chef des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch.

Auch der DGB springt in seiner Stellungnahme vom 24. April den Kassen bei und fordert eine Finanzierung der Tests aus Steuermitteln. Völlig unklar ist daneben, woher die Laborkapa-

zitäten zur Prüfung der Tests kommen sollen: Anfang März lag die wöchentliche Laborkapazität in Deutschland noch bei etwa 35.000 Corona-Tests, momentan werden nach Angaben des Robert-Koch-Instituts circa 400.000 Tests pro Woche ausgewertet. Diese Quote soll jetzt abermals um mehr als das 11-Fache gesteigert werden. Der im Gesetzesentwurf zu diesem Zweck vorgesehene Rückgriff auf die Tierarztpraxen dürfte wenig bringen: Laut Mitteilung des Bundesverbands praktizierender Tierärzte liegen die hier vorhandenen wöchentlichen Kapazitäten nur bei etwa 70.000 Tests.

Auch die Kliniken schlagen Alarm: Das St.-Theresien-Krankenhaus in Nürnberg sandte am 21. April einen Brandbrief an den Bundesgesundheitsminister: „50 Euro pro Fall für den zusätzlichen Aufwand sind ein schlechter Scherz. Wenn wir den Mitarbeitern keine Schutzkleidung stellen, können sie nicht arbeiten. Wenn wir auf die Verteilung von Schutzkleidung durch den Bund gewartet hätten, dann wären wir nicht mehr arbeitsfähig.“

In seiner Presseerklärung vom 23. April betont der Klinikverbund Hessen, statt bei „den tatsächlichen und tagtäglichen Schwierigkeiten anzusetzen“ erwarte der Koalitionsentwurf von den Kliniken „vor allem die Lieferung von Daten“ – und das unter Androhung von Sanktionen.

Der Gesetzesentwurf ist letztlich auch gekennzeichnet durch das, was er nicht enthält: Eine Aufstockung der Hartz-IV-Sätze, nachdem die Lebensmittelversorgung durch die „Tafeln“ zusammengebrochen ist und Kinder nicht mehr in der Schule oder Kita mit einem Mittagessen versorgt werden. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, stellt der Regierung ein Armutszeugnis aus: „Es ist beschämend, dass die Bundesregierung ausgerechnet für arme Menschen in ihrer Not in dieser Krise offenbar im wahrsten Sinne des Wortes so gut wie nichts übrig hat.“

Ralf Hohmann

IRINI soll Frieden bringen

Bundesregierung entsendet Soldaten an die Küste Libyens



Foto: Wuseloo7 / Wikimeida Commons / CC BY-SA 3.0
Das deutsche Kriegsschiff „Werra“ könnte ab August zum Einsatz kommen. Bis 2019 fischte es Geflüchtete aus dem Mittelmeer. Die EU-Operation „Iniri“ sieht keine Rettungsaktionen vor.

Während alle Augen auf der Corona-Pandemie ruhen, meldete das schwedische Friedensforschungsinstitut „SIPRI“, dass Deutschland unter den weltweit größten Rüstungskäufern zwei Plätze hinaufgeklattert ist und nun auf Platz 7 gastiert. Neuerdings kann die Bundeswehr an der Küste Libyens die Waffen anwenden, die die Bundesregierung für insgesamt 45,6 Milliarden Euro im letzten Jahr eingekauft hat. Die Bundesregierung entsendet 300 Soldaten im Rahmen der EU-Operation „Irin“ (Griechisch für „Frieden“), um das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen Libyen zu überwachen und durchzusetzen.

Nachdem die Libyen-Konferenz, die die Bundesregierung mit der Unterstützung Russlands am 19. Januar in Berlin durchführte, praktisch gescheitert ist, suchen die Strategen in der Bundeshauptstadt nach einer neuen Möglichkeit, Einfluss auf das nordafrikanische Land gelten zu machen. Die Konferenz versprach einen Waffenstillstand zwischen den Bürgerkriegsparteien, die sich seit 2014 mit Unterstüt-

zung aus dem Ausland bekämpfen. Es sei ein Durchbruch erreicht worden, meldeten die Medien, doch ignorierten die Kriegsparteien diesen und die Kämpfe entbrannten bald erneut.

Deutschlands Interesse an Libyen liegt an der Lage des Landes. Von Libyen aus versuchen Geflüchtete, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Schon mit der Regierung von Muammar al-Gaddafi hatte die EU Abkommen geschlossen, deren Ziel es war, die Flüchtlingsströme schon auf dem afrikanischen Kontinent zu kappen. Nach der imperialistischen Militärintervention im Jahr 2011 gegen die Regierung al-Gaddafis versank das Land jedoch im Chaos. So beinhaltet das Mandat der Bundeswehr neben der Überwachung des UN-Waffenembargos auch die Ausbildung und Aufrüstung der libyschen Küstenwache und den Kampf gegen Ölschmuggel. Aber gerade die libysche Küstenwache, die seit 2013 mit der Hilfe der EU aufgebaut wurde, wird für den Ölschmuggel verantwortlich gemacht. Menschenrechtsaktivisten bezeichnen die libysche Küstenwache nicht ohne Grund als „mit Schiffen

operierende kriminelle Milizen“, deren Aufgabe es ist, mit allen Mitteln die Migration nach Europa zu unterbinden.

Die Ende März beschlossene EU-Operation „Irin“ ist angelaufen. Jedoch sind Schiffe und Flugzeuge bisher noch nicht im Einsatz. Bis jetzt beschränkt sich die Mission darauf, Waffenlieferungen nach Libyen mit Satelliten zu beobachten. Grund dafür ist, dass der Prozess der Truppenstellung innerhalb der EU, der schon zu Monatsbeginn hätte abgeschlossen werden sollen, noch im Gang ist. „Das Ergebnis der Truppenstellerkonferenzen ist unbefriedigend und reicht nicht aus, das Waffenembargo in einem so großen Gebiet wirkungsvoll zu überwachen“, schreibt die „Welt“. Ab August ist der Einsatz eines Marineschiffes geplant. Es soll vor der Küste von Ostlibyen patrouillieren, fernab der bisherigen Migrationsrouten. Die Bundesregierung möchte vermeiden, dass Kriegsschiffe in Seenot geratene Flüchtlinge aufnehmen und in der EU an Land bringen. Der Bundestag muss dem Einsatz noch zustimmen.

Christoph Hentschel

Das Ende der „großen Einmütigkeit“

FDP und AfD drängen auf umfassende Lockerungen

Ende März hatten die Abgeordneten des Bundestages den von der Großen Koalition vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zugestimmt. In der vorigen Woche ging es an zwei Beratungstagen im Wesentlichen um die gegenwärtige Situation und mögliche nächste Schritte, aber auch um europäische Maßnahmen gegen die Pandemie. Von „Einmütigkeit“ war da – und nicht nur in der Diskussion zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel – nicht mehr viel spüren.

Die Kanzlerin hatte am vorigen Donnerstag unter anderem erneut vor zu schnellen Lockerungen gewarnt. Sie habe die eine Woche zuvor getroffenen Bund-Länder-Beschlüsse aus Überzeugung mitgetragen. „Aber die Umsetzung seither bereitet mir Sorgen. Sie wirkt sehr forsch, um nicht zu sagen, zu losch.“

Die Partei „Die Linke“ und „Bündnis 90/ Die Grünen“ sehen das Krisenmanagement der Bundesregierung und der Länder kritisch, wenn auch teilweise aus unterschiedlichen Gründen, den „Lockdown“ aber ohne Alternative. Die Vertreter der Linkspartei kritisierten in der Debatte an beiden Tagen unter anderem Grundrechtseinschränkungen wie den Umgang mit dem Demonstrationsrecht, vor allem aber die unzureichende Unterstützung für sozial Schwache, für Kinder und Familien, die Höhe des Kurzarbeitergeldes in der Pandemie sowie die anhaltenden Verzögerungen bei der Einführung der Grundrente aufgrund des Widerstandes aus der Union. Dabei wäre Geld genug da, wie der Fraktionsvorsitzende

Dietmar Bartsch in der Debatte zur Regierungserklärung klarstellte. Er erinnerte an die Pläne der Verteidigungsministerin: „Sie wollen 45 neue Kampfbomber, teilweise atomwaffenfähig, anschaffen. Der Verteidigungshaushalt steigt und steigt. Kurz vor der Pandemie haben Sie ihn um 6,4 Milliarden Euro erhöht und jetzt wollen Sie der Kassiererin die Rente kürzen? Das ist inakzeptabel!“ Uns bedroht keine fremde Armee, uns bedroht ein Virus. Deswegen brauchen wir jetzt einen der Corona-Krise entsprechenden Verteidigungsetat. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie Initiativen für weltweite Abrüstung ergreifen.“ Wenn viel mehr Geld ins Gesundheitswesen geflossen wäre, so Bartsch, „und nicht in Aufrüstung, dann hätten wir heute eine ganz andere Situation“. Zudem dürfe man – das hatte zuvor auch SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich gefordert – Konzernen, die weiter Dividenden und Boni ausschütten, keine Staatshilfen geben.

Dagegen drängen – anders als die anderen im Bundestag vertretenen Parteien – FDP und AfD auf schnellere und umfassendere „Lockerungen“ und fordern „weniger Staat“. Der Kovorsitzende der AfD-Fraktion, Alexander Gauland, warf der Bundeskanzlerin in seinem Redebeitrag eine „Basta-Mentalität“ vor. Die Quarantänemaßnahmen liefen nunmehr „selbstorganisiert“, der Staat sei „weitgehend überflüssig“. Schutzmaßnahmen seien in die private Verantwortung der Bürger zu überführen. FDP-Chef Christian Lindner bezweifelte in seinem Beitrag die Verhältnismäßigkeit des Zustands. Man habe das Herunterfahren des Lan-

des und die Corona-Milliardenpakete für Bürger und Unternehmen im Bundestag mitgetragen, so Lindner. Die Zweifel an der Eignung einzelner Maßnahmen seien aber gewachsen. Und deshalb ende „heute auch die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements“. Er forderte dazu auf, sich auch damit auseinanderzusetzen, „ob tatsächlich weitere planwirtschaftliche Eingriffe“ nötig seien. „Aber irgendwann werden wir auch die Interventionsketten in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung unterbinden müssen. Denn der Staat ist mit Sicherheit nicht der bessere Unternehmer. An dieser Einsicht hat sich auch nach Corona nichts verändert.“

Später am Tag wurde dann noch der Antrag der AfD „Corona-Krise bewältigen – So viel Freiheit wie möglich, nicht mehr Einschränkungen als nötig“ diskutiert und von den anderen Fraktionen abgelehnt. Die AfD will unter anderem alles – außer Schulen und Kitas – öffnen lassen, wenn „Mindestabstand und die Einhaltung der Hygienevorschriften“ gewährleistet werden können. Begründet wird dies mit der Lage der Wirtschaft und damit, dass sonst das „Vertrauen in die verfassungsmäßigen Grundrechte und den Rechtsstaat nachhaltig“ erschüttert würde. Aber der Staat soll dann doch eingreifen, Mundschutzmasken besorgen, Tests gewährleisten und so weiter. Vor allem aber die Grenzschießungsmaßnahmen „unter Anwendung der Notstandsklausel der EU-Verträge“ beibehalten und „für die Zeit der Corona-Pandemie auch auf Asylsuchende“ ausdehnen.

Nina Hager

Demokratie beschnitten

DKP fordert Verschiebung der Kommunalwahlen in NRW

Die DKP-Bezirke Ruhr- und Rheinland-Westfalen fordern die Verschiebung der Kommunalwahl um sechs Monate auf den März 2021. Der geplante Wahltermin ist der 13. September. Die Kommunistinnen und Kommunisten sehen in einer verlängerten Legislaturperiode der kommunalen Abgeordneten eine Einschränkung der Demokratie, dem sie unter „normalen“ Umständen nie zustimmen würden. In Pandemie-Zeiten stehen die Zeichen aber anders.

Mit einer reinen Briefwahl, wie sie von einigen CDU/SPD-Leuten in die Diskussion gebracht wird, sehen sie ein großes Problem hinsichtlich der Wahlbeteiligung. Diese ist in gesunden Zeiten schon niedrig. Zudem müssen Parteien oder Wählervereinigungen, die nicht in den Parlamenten vertreten sind, mit ihrer Einreichung von Wahlvorschlägen zum 16. Juli ebenfalls eine erhebliche Anzahl Unterstützungsunterschriften beibringen.

„Unser Ziele müssen sein, die Sammlung der Unterstützungsunterschriften auszusetzen und eine Verschiebung der Kommunalwahl um maximal sechs Monate. Dann haben wir die Möglichkeit, einen guten Wahlkampf zu machen. Der würde dann zwar im Winter stattfinden, aber das nehmen wir dann gerne in Kauf“, sagte die Bezirksvorsitzende der DKP Ruhr-Westfalen, Marion Köster. Peter Lommes, Vorsitzender des DKP-Bezirks Rheinland-Westfalen, ergänzt: „Die Forderung nach einer Verschiebung der Kommunalwahl und damit für eine verlängerte Legislaturperiode ist nur wegen der besonderen Umstände der Pandemie erforderlich. Wenn jetzt NRW-Ministerpräsident Laschet davon spricht, dass Wahlen in einer Demokratie mit die höchsten Güter und nicht leichtfertig zu verschieben sind, wissen wir, dass er und die Landesregierung das Ziel haben, diese Wahl unter sich auszumachen.“ Beide DKP-Bezirke werden Klagen einreichen, um die Sammlung der Unterschriften auszusetzen.

Das DKP-Ratsmitglied Michael Gerber hat mit Schreiben an den Bottroper Bürgermeister ebenfalls die Verschiebung der Wahlen gefordert und sagt: „Die Vorbereitung von Kommunalwahlen ist nur möglich, wenn demokratische Grundrechte wie öffentliche Versammlungen, Demonstrationen, Kundgebungen und Volksfeste sowie Informationsstände der Parteien nicht eingeschränkt sind.“ Kommunalwahlen unter Bedingungen der Restriktionen von Krisenstäben, die massive Beschränkungen von Grundrechten vornehmen, sind keine freien Wahlen.

Dave Varghese, Kandidat der DKP zu den Oberbürgermeisterwahlen in Dortmund, muss seine Kandidatur mit 470 Unterschriften absichern und sagte gegenüber UZ: „Ohne sich gezielt unter Menschen auf der Straße mischen zu können, ist diese hohe Hürde allein aus den Reihen der Mitglieder nicht zu nehmen. Und bevor die Bürgerinnen und Bürger an die Wahlurne treten, müssen ihnen die Lokalpolitiker vor Ort Rede und Antwort stehen können. Die regierenden Politiker müssten erklären, warum Probleme wie Ausgrenzung und Wohnungsnot nicht abgenommen haben.“

Manch einer unter ihnen wird sich insgeheim freuen, in Zeiten von Kontaktverboten um kritische Diskussionen auf der Straße heranzukommen. Andersherum müssen die Bürgerinnen und Bürger vor einer Wahl auch ein Recht darauf haben, sich über politische Alternativen zu informieren, die ihre Stimme ins Parlament tragen wollen.“

Gerd Dorka, Ratsherr der DKP in Gladbeck und Kandidat der DKP zu den Kreistagswahlen, spricht sich ebenfalls für eine Verschiebung der Wahl aus: „Der Wahlkampf der DKP lebt insbesondere durch die persönlichen Kontakte, die auf absehbare Zeit eingeschränkt sind.“

Werner Sarbok

Gesundheit vor Profite!

Schilderkundgebung des FriedensNetz in Saarbrücken



Erste seit Corona genehmigte Kundgebung im Saarland.

Das „FriedensNetz Saar“ hat am letzten Samstag die erste behördlich genehmigte Kundgebung während der Corona-Krise im Saarland durchgeführt. Diese Aktion wurde von über zehn Organisationen und Bewegungen landesweit getragen. Jede Gruppierung war mit einer Vertreterin beziehungsweise einem Vertreter mit einer Forderung vertreten und insgesamt waren 30 Teilnehmer dabei. Die DKP war mit einem Schild „Gesundheit statt Profite!“ und der Losung „Wer sich nicht wehrt, lebt auch jetzt verkehrt!“ vertreten. Es ging darum, ein Zeichen des demokratischen Protests in der Corona-Krise zu setzen. Die Maßnahmen zum Infektionsschutz wie Abstandsregeln wurden durchweg eingehalten.

Die vertretenen Organisationen wehrten sich dagegen, dass in einer Phase der Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte Fakten geschaffen werden, wie der unverminderte Aufrüstungskurs mit der geplanten Anschaffung von US-amerikanischen F18-Atombombern und von Kampfdrohnen. Die Corona-Krise führe zudem

vor Augen, wie wichtig ein funktionierendes und gut ausgestattetes Gesundheitssystem sei. Jahrelang wäre beim Personal gespart und Kliniken privatisiert worden. Angesichts der Corona-Krise und zukünftiger Prävention von Pandemien müssten Gelder für das Gesundheitswesen massiv erhöht werden. Die Bundesregierung gebe gleichzeitig Milliarden Euro für Rüstung und Militär aus. Daher forderten die Demonstranten: Geld für Gesundheit und Klima statt für Rüstung!

Das „FriedensNetz Saar“ forderte zudem die unverzügliche Auflösung der Lager und die Aufnahme aller Geflüchteten in der EU. Die Bundesregierung sehe tatenlos zu, wie Geflüchtete an den Außengrenzen der EU unter inhumanen Bedingungen dem Virus schutzlos ausgeliefert seien. Das „FriedensNetz Saar“ wendet sich gegen die soziale Schieflage bei den staatlichen Hilfsprogrammen, den weiteren Ausbau staatlicher Überwachung und die unverhältnismäßigen Einschränkungen demokratischer Rechte vor dem Hintergrund der Corona-Krise.

Thomas Hagenhofer

Waffenruhe verlängert

Das von Saudi-Arabien angeführte Kriegs Bündnis hat die einseitig ausserufene Waffenruhe für den Jemen um einen Monat verlängert. Die Koalition komme damit laut der saudischen Nachrichtenagentur „SPA“ einer Bitte des UN-Gesandten Martin Griffiths nach. Griffiths habe um mehr Zeit gebeten, unter anderem um Fortschritte bei den Verhandlungen über einen dauerhaften Waffenstillstand erzielen zu können.

Während der zweiwöchigen Waffenruhe, die bis Donnerstag vergangener Woche gegolten hatte, beruhigte sich die Gewalt kaum. Nach Angaben von Augenzeugen kam es jeden Tag zu neuen Kämpfen.

Millionen an WHO

Nach dem angekündigten Zahlungsstopp der USA will China der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit 30 Millionen US-Dollar unter die Arme greifen, kündigte ein Sprecher des Pekinger Außenministeriums an. Seit dem Ausbruch des Coronavirus ist es bereits die zweite Zahlung Chinas an die WHO. Bereits im März hatte die Regierung in Peking angekündigt, 20 Millionen Dollar an die Organisation zu spenden. Das Geld werde eingesetzt, um die Pandemie unter Kontrolle zu bringen und die Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern zu unterstützen.

Mitten in der Coronavirus-Pandemie hatte US-Präsident Donald Trump einen Stopp der Zahlungen an die WHO veranlasst. Trump machte die Organisation für die Vielzahl an Toten in der Krise mitverantwortlich. Durch „das Missmanagement“ der WHO und deren „Vertrauen auf Angaben aus China“ habe sich die Epidemie dramatisch verschlimmert und global ausgebreitet.

Tod nach Hungerstreik

Der 28-jährige Mustafa Kocak ist am vergangenen Freitag am 297. Tag seines Hungerstreiks im geschlossenen Vollzug im türkischen Izmir gestorben.

Kocak, der zu verschärfter lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt worden war, beteuerte seine Unschuld und wollte mit dem Hungerstreik ein gerechtes Gerichtsverfahren erreichen. Immer noch im Hungerstreik befindet sich Ibrahim Gökecek, der Bassist von Grup Yorum. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe am Montag befand er sich seit 315 Tagen im Hungerstreik.

Spendenaufwurf der DKP

Während kubanische Ärzte- und Medizinerbrigaden unter anderem in Venezuela, Jamaika, anderen karibischen Ländern ebenso wie in Italien im Einsatz gegen das Virus Sars-CoV2 sind, wird die US-Blockade weiter verschärft.

Kubas Gesundheitssystem gehört zwar zu denen, die am besten auf eine Pandemie vorbereitet sind. Mit dem Anti-Virus-Mittel „Interferon alpha 2B“ hat die sozialistische Insel in dieser Krise vielen anderen Ländern, darunter China, geholfen. In dieser Situation gefährdet die Blockade der USA aber auch die Errungenschaften des kubanischen Gesundheitswesens. Durch den totalen Einbruch des Tourismus durch die Pandemie fehlen zusätzlich wichtige Devisen für die Beschaffung von Nahrungsmitteln und das Aufrechterhalten der wirtschaftlichen Aktivitäten. Das sozialistische Kuba braucht jetzt unsere Hilfe. Deshalb unterstützt die DKP den gemeinsamen Spendenaufwurf des Netzwerks Cuba, der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und von Cuba Sí „Unterstützung für Kuba in Zeiten der Corona-Pandemie“.

Wir bitten um Spenden auf das Spendenkonto des DKP-Parteivorstandes:

GLS-Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Der Krisenbeschleuniger

Corona ist nicht die Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs

In den USA haben die gemeldeten Covid-19-Fälle die Millionengrenze erreicht. Fast 60.000 Menschen sind dort daran gestorben. In den letzten fünf Wochen haben sich 26,4 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Das sind 16 Prozent aller dem US-Arbeitsmarkt zur Verfügung Stehenden. Es gibt kilometerlange Schlangen vor den Essenausgabeplätzen. Der Ölpreis ist unter dem Mangel an Nachfrage und dem Druck der übervollen Lager zusammengebrochen und erreichte den Allzeitrekord von – minus (!) – 40,32 US-Dollar pro Barrel. Der Kongress legte ein viertes Hilfspaket von 483 Milliarden Dollar auf. Die Zentralbank (Fed) hat angekündigt, alles, bis hin zu Schrottanleihen (Junk Bonds), aufzukaufen. Die in Rede stehenden Unterstützungssummen, Kongress und Fed zusammengenommen, nähern sich rasch der 10-Billionen-Dollar-Marke. Die gesamtstaatliche Verschuldung des US-Imperiums, aktuell bei rund 120 Prozent des BIP, dürfte nun etwa ebenso schnell nach oben schießen wie die Konjunktur dabei ist einzubrechen. Die künstliche Beatmung der US-Ökonomie mit Hilfe zweistelliger Billionensummen, welche die Fed im letzten Jahrzehnt in den Markt pumpte und so für eine regelrechte Kreditexplosion sorgte, hatte für eine schwächliche Wiederbelebung des Pleite gegangenen Finanzzombies USA gesorgt. Der neoliberalen Kreditexplosion steht allerdings eine ebenso markante Reichtumsexplosion gegenüber. Von 1990 bis 2020 nahmen die Vermögen der US-Milliardäre um satte 1.130 Prozent zu. Mit dem Einstieg in den ebenso absurden wie kontraproduktiven Wirtschafts- und Technologiekrieg gegen die eurasische Kooperation, insbesondere gegen die Volksrepublik China, hatte



Armenspeisung für kinderreiche Familien in den USA.

die Monetarisierung der US-Wirtschaftspolitik allerdings ihre ohnehin fragwürdigen Fähigkeiten eingebüßt. Der ökonomische Crash 2020 ist nun ebenso tiefgreifend wie rasant, einer der schärfsten Zusammenbrüche seit der Großen Depression der 1930er Jahre.

Der IWF schätzt den Einbruch der US-Ökonomie im Jahr 2020 auf 5,9 Prozent des BIP. Dabei schwingt die Hoffnung mit, dass sich nach der Beendigung des „Lockdown“ die Dinge einigermaßen stabilisieren werden. Das ist alles andere als sicher. Das Congressional Budget Office (CBO) sieht die Nettoverschuldung 2020 bei 3,7 Billionen Dollar. Ein Wert, prozentual zum BIP, wie zuletzt im Zweiten Weltkrieg. Eine Untersuchung des „Pew Research Center“ kommt zu dem Ergebnis, dass 43 Prozent der US-Haushalte von Kündigungen oder Lohnkürzungen getroffen wurden. Ein großer Teil der US-Bürger kämpft buchstäblich um die Existenz. Die Ratingagentur Moody's sieht ein Drittel aller Immobilienkredite akut gefährdet. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stehen für weit mehr als 60 Prozent der US-Realwirtschaft. Ein

großer Teil von ihnen ist durch Nullzinspolitik des letzten Jahrzehnts massiv verschuldet und steht nun, ohne Einnahmen, unmittelbar vor dem Konkurs. Die Finanzhilfen des Kongresses und der Fed schützten, wenn sie denn tatsächlich ankämen, vielleicht vor der Insolvenz, aber dadurch entstehen keine Einnahmen, nur weitere Schulden. Es dürfte auch für die Gelddruckmaschinen der Fed nicht so leicht sein, die überschuldete und nun zum Stillstand gekommene US-Ökonomie komplett durch die Krise zu finanzieren. Die Frage ist: Wie sieht das, was dann überlebt hat, am Ende aus? Die Ratingagentur Fitch vermutet einen Anstieg der Konkursrate von derzeit 3 auf 19 Prozent zum Ende des Jahres. Es bedarf nicht sehr viel Phantasie zu der Annahme, dass es, wie immer in solchen Phasen, einen gewaltigen Akkumulations- und Konzentrationsschub geben wird. Viele werden sehr viel ärmer und einige sehr, sehr viel reicher werden.

Ebenfalls nicht herbei finanzieren lässt sich eine finanzkräftige Nachfrage nach den Produkten der ökonomisch wie ökologisch absurden Fracking-Industrie. Die Lager sind voll. Vor der Küste Kali-

fornien liegt eine ganze Tankerarmada auf Reede. Das extrem finanzintensive und daher hochverschuldete Fracking-Business muss weiter produzieren, um seine teuren Quellen nicht zu ruinieren und zumindest irgendeinen Umsatz zu machen. Rentabel ist Fracking ohnehin nur bei Preisen jenseits der 75 Dollar/Barrel und bei Zinsen nahe Null. Das ist, trotz aller Einschränkungen der Förderkapazitäten durch die OPEC+ in den letzten Jahren, erkennbar nicht mehr der Fall. Die US-Fracker hatten ihr Produktionsvolumen, gewissermaßen gegenläufig zur OPEC+, immer mehr ausgeweitet. Nun ist es mit der vielbeschworenen „Energiedominanz“ des Weißen Hauses nicht mehr weit her. Eine Analyse von Goldman-Sachs sieht eine Erschöpfung der globalen Lagerkapazität in den nächsten drei bis vier Wochen. Dann dürfte der Ölpreis endgültig zusammenbrechen.

Noch ist es zu früh für abschließende Beurteilungen, aber jedes der oben zitierten Einzelphänomene wäre an sich schon alarmierend genug. Zusammengenommen formen sie eine beklemmende Perspektive auf die sich vor unseren Augen wieder zu voller Größe entfaltende Krise des neoliberalen Verwertungsmodus. Diese Krise, die 2007 begonnen hat und nur durch gigantische Summen verkleistert wurde, ist nun auf höherem Niveau wieder offen ausgebrochen. Sie wäre es auch ohne Corona. Die „Retungsprogramme“ für die Finanzindustrie rechnen nun in Billionen. Die Milliarde ist hier keine relevante Größe mehr. Am Ende des Tages steht die Frage: Was bleibt von der „Energiedominanz“ bei Öl und Gas? Was bleibt von der Weltreservewährung Dollar? Was bleibt von diesem Imperium?

Klaus Wagener

Unter schwarzer Flagge

Israelis protestieren gegen Demokratieabbau

„Schwarze Flaggen – der Kampf um die Demokratie“ – unter diesem Slogan versammelten sich am 19. April Tausende Demonstranten auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv, um gegen die neu gebildete rechte Regierung von Gantz und Netanjahu zu demonstrieren. Schwarze Flaggen wurden in Israel seit März zum Symbol des Kampfes gegen die Politik von Netanjahu und den Abbau demokratischer Rechte. Damals waren Hunderte Autos mit schwarzen Flaggen im Protest gegen antidemokratische Maßnahmen im Konvoi nach Jerusalem gefahren.

Der Rabin-Platz war schon Schauplatz vieler Proteste, doch im Zeichen von Corona war es diesmal eine besondere Kundgebung. Die Demonstranten trugen Masken, Teilnehmer mussten zwei Meter Abstand voneinander halten, Gruppen von jeweils 10 Personen wurden in größerem Abstand voneinander gebildet und so füllten einige tausend Teilnehmer einen Platz, der Zehntausende fasst.

Vertreter der „Vereinigten Liste“ warnten vor den Annexionsplänen der neuen Regierung, die Trumps „Deal des Jahrhunderts“ umsetzen will. Und selbst ein früherer Verbündeter von Gantz, der Knesset-Abgeordnete Yair Lapid von der Partei Yesh Atid („Es gibt eine Zukunft“) sprach auf der Kundgebung. Er klagte Netanjahu an, die israelische Demokratie zu zerstören, und Gantz, dies zuzulassen.

Bei der Gründung des Wahlbündnisses „Blau-Weiß“ war vereinbart worden, Benny Gantz und Yair Lapid würden sich im Falle eines Wahlsieges als Ministerpräsidenten abwechseln. Stattdessen einigte sich nun Gantz mit Netanjahu auf eine gemeinsame Regierung.

Gantz hatte immer wieder betont, nicht in eine Netanjahu-Regierung eintreten zu wollen. Doch bot ihm die Corona-Pandemie die Gelegenheit, frühere Ankündigungen vergessen zu machen. In Zeiten von Corona müsse es eine gemeinsame Notstandsregierung geben.

Der Deal zwischen Gantz und Netanjahu zur Bildung einer Notstandsregierung beschäftigt sich allerdings nicht mit Wegen aus der Corona-Krise. Steigende Arbeitslosigkeit und bis zu 25.000 Unternehmen, die wegen der Bekämpfung von Corona möglicherweise schließen, werden zu weiteren neoliberalen Maßnahmen führen. Personen, die im Gesundheitswesen arbeiten, erleben das bereits. Wer sich wegen einer beruflichen Corona-Infektion selbst isolieren muss, erleidet Gehaltsabzüge.

Stattdessen geht es in dem Deal um die Kontrolle der Justiz: Akribisch wird das Vorgehen bei der Besetzung von Richterposten beschrieben. Und es gibt einen Zeitplan für eine mögliche Annexion des Westjordanlandes.

Benny Gantz hatte im Januar – schon vor der Veröffentlichung von Trumps „großem Plan“ – versprochen, nach der Wahl die Annexion des Jordantales voranzubringen. Daran kann er nun gemeinsam mit Netanjahu arbeiten.

Beginnend mit dem 1. Juli kann Netanjahu dem Kabinett beziehungsweise der Knesset einen Plan vorlegen, wie die israelische Souveränität auf die Westbank ausgeweitet werden soll – soweit die US-Regierung das unterstützt. So erweist sich der Deal zwischen Netanjahu und Gantz als kleiner Bruder von Trumps „Deal des Jahrhunderts“. Für die Kommunistische Partei Israels bedeutet die Bildung der neuen rechten Regierung das Ende der Zwei-Staaten-Lösung.

Netanjahu triumphiert vorerst über die Abgesänge, die schon auf ihn angestimmt wurden. Für die nächsten 18 Monate soll er Ministerpräsident bleiben, ungeachtet der Prozesse wegen Korruption, die gegen ihn laufen.

Der Vorsitzende der „Vereinigten Liste“, Ayman Odeh, forderte auf der Kundgebung in Tel Aviv zu einer breiten jüdisch-arabischen Koalition für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf.

Manfred Ziegler

Solidarität trotz Blockade

Kubaner kämpfen in 22 Ländern gegen Corona

„In diesem Jahr ist der Internationale Kampftag der Arbeiterklasse dem Leben gewidmet“, kündigte die Zeitung „Trabajadores“, das Zentralorgan des Gewerkschaftsdachverbandes „Central de Trabajadores de Cuba“ (CTC), zahlreiche virtuellen Aktivitäten zum 1. Mai in Kuba an. Vor einem Jahr hatten – angeführt von 60.000 Beschäftigten des Gesundheitswesens – in Havanna noch Hunderttausende auf der Straße für internationale Solidarität und gegen verschärfte Sanktionen der USA demonstriert. „Unseren Internationalismus und unsere Solidarität kann niemand blockieren“, skandierten Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger, die in weißen Kitteln an der Spitze des kilometerlangen Zuges marschierten. Dazu trugen die Gesundheitsarbeiterinnen und -arbeiter Fahnen der 68 Länder, in denen Kuba trotz der US-Blockade medizinische Missionen unterhält. Doch auch ohne Demonstrationen fühle sich die kubanische Bevölkerung am diesjährigen 1. Mai der internationalistischen Tradition verpflichtet, versicherte „Trabajadores“ am Montag vergangener Woche. Den Beweis dafür liefert Kuba derzeit erneut mit der Entsendung von Solidaritätsbrigaden in viele Länder der Welt.

Ende April hatten sich bereits rund 1.500 kubanische Mediziner in 22 Nationen am Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie beteiligt. Das Gesundheitsministerium in Havanna prüft derzeit die Anfragen weiterer Länder, die alleine mit dem Versuch, die Ausbreitung des Virus Sars-CoV2 einzudämmen, überfordert sind. Die für Einsätze bei Katastrophen und Epidemien ausgebildeten Spezialisten gehören zu dem 2005 auf Initiative Fidel Castros gegründeten „Internationalen Ärztekontingent Henry Reeve“. Mitglieder dieser Spezialeinheit, die im tropenmedizinischen „Instituto Pedro Kouri“ in Havanna ausgebildet werden, hatten 2014 tausende Patienten in Westafrika vor dem Tod bewahrt, weil Kuba nach Ausbruch der Ebola-Epide-

mie als erstes Land der Welt hunderte Mediziner geschickt hatte. Die dort gesammelten Erfahrungen kommen jetzt Covid-19-Patienten in aller Welt zugute. Anfang dieser Woche nahm ein aus 217 Mitgliedern bestehendes Team von Virologen, Epidemiologen und Intensivmedizinern die Arbeit in Südafrika auf. Nach Angola, Togo und Kap Verde hat damit das vierte Land des afrikanischen Kontinents Hilfe aus Kuba erhalten. In Europa und Nahost sind bisher jeweils eine Hilfseinheit in Andorra und Katar sowie zwei Medizinerbrigaden in den norditalienischen Regionen Lombardei und Piemont im Einsatz. Auch elf Länder der Karibik sowie Honduras, Mexiko, Venezuela und Nicaragua setzten im Kampf gegen die Pandemie auf die Erfahrungen kubanischer Ärzte und die Unterstützung, die das Land trotz verschärfter US-Blockade leistet.

Während Kuba damit Leben rettet, versuchen die USA jegliche Kooperation mit der Insel zu unterbinden. Das richtet sich gegen Kuba, trifft aber auch die Bevölkerung anderer Länder. Nachdem zum Beispiel die rechten Regierungen in Brasilien und Ecuador sowie das Putschistenregime in Bolivien die medizinische Zusammenarbeit mit Havanna auf Druck der USA beendet hatte und tausende kubanische Ärzte diese Länder verließen, sind die dortigen Gesundheitssysteme kollabiert. Die internationalen Reaktionen auf die Pandemie seien „schockierend“, kommentierte der US-amerikanische Analytiker Noam Chomsky und warnte davor, dass „die Regierungen der westlichen Länder das Problem und nicht die Lösung“ seien. „Das einzige Land, das echten Internationalismus bewiesen hat, ist Kuba. Ein Land, das die USA wirtschaftlich strangulieren wollen und das wie durch ein Wunder überlebt hat, um der Welt weiterhin zu zeigen, was Internationalismus ist“, sagte Chomsky am 21. April in einem Interview der spanischen Nachrichtenagentur „Efe“.

Volker Hermsdorf

Ruin, Umweltkatastrophe, Terror ...

Covid-19 verschärft die Probleme Nigerias



Foto: Friends of the Earth International / flickr.com / CC BY-SA 2.0

Die Ölindustrie vergiftet die Umwelt Nigerias nachhaltig.

Das bisher prominenteste Opfer von Covid-19 in Nigeria ist Abba Kyari. Die rechte Hand des Präsidenten Muhammadu Buhari hatte sich im März bei einem Arbeitsbesuch in München infiziert, wo er Gespräche mit dem Siemens-Konzern führte. Corona gilt in Afrika als „europäische Krankheit“. Zu Beginn der Pandemie waren es vor allem Menschen mit Kontakten zu Europäern, die sich infiziert hatten. Bis zum Redaktionsschluss am Montag zählte der bevölkerungsreichste afrika-

nische Staat offiziell 1.273 Infizierte und 40 Todesopfer.

Der Ausbruch der Seuche trifft Nigerias Wirtschaft in einem Augenblick, in dem sie schon unter dem Verfall des Ölpreises in die Knie geht. Bei der Planung des zum Teil schuldenfinanzierten 35-Milliarden-US-Dollar-Staatshaushalts für 2020 war noch von einem Ölpreis von knapp 60 US-Dollar pro Barrel und einer täglichen Förderkennziffer von über 2 Millionen Barrel ausgegangen worden –

jetzt liegt das Preismaximum zwischen 20 und 30 Dollar. Mehr als die Hälfte der Einnahmen des Landes stammen aus Ölsteuern und Gebühren für Förderlizenzen, die Auswirkung des Preisverfalls werden also immens sein. Nun sind 35 Milliarden Dollar – bisheriger Rekordhaushalt! – für einen Staat mit geschätzt 200 Millionen Einwohnern nicht viel. Vor allem für ein aufgrund seiner riesigen Erdöl- und Erdgasvorkommen potentiell so reiches Land scheint die Summe lächerlich gering.

Der Reichtum Nigerias fließt in die Kassen von Exxon, Shell, ENI und anderer Ölkonzerne. Überdies gehen dem nigerianischen Staat auch durch die allgegenwärtige Korruption der herrschenden „Eliten“ Jahr für Jahr Milliarden verloren. Seit Beginn der Ölförderung in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts und vor allem in den letzten 50 Jahren haben mehr als zwei Millionen Tonnen Rohöl das Ökosystem des Nigerdeltas geflutet und nachhaltig versucht. Eine Umweltkatastrophe, deren Auswirkungen auf Leben und Gesundheit der dort lebenden Menschen nicht überschaubar ist und deren zaghafte Bekämpfung ständig wachsende Kosten verursacht. Und im Norden des Landes bindet der Kampf mit der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram immer noch beträchtliche Staatsmittel für die Armee. Erst am 19. April sind bei einem Überfall bewaffneter Gruppen auf mehrere Dörfer im Bundesstaat Katsina 47 Menschen getötet worden.

Die Ratingagentur Standard & Poor's hat die Kreditwürdigkeit Nigerias kürzlich von B (Hochspekulativ) auf B- (Ausfälle wahrscheinlich) heruntergestuft. Damit ist der Regierung in Abuja faktisch der Gang auf die Kapitalmärkte versperrt. Es bleibt nur der Gang zum Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank, bei denen

das Land schon hoch verschuldet ist – und das Betteln um einen Schuldenerlass oder wenigstens die Aussetzung des Zinsdienstes.

Schulden bei diesen Institutionen sind an Bedingungen gebunden, die sich mit dem Wort „Austerität“ zusammenfassen lassen. Ihre Auswirkungen auf die Landeswährung Naira sind absehbar. Ein noch steilerer Wertverlust als in der Vergangenheit.

Es verwundert nicht, dass unter diesen Bedingungen die Staatsausgaben für das Gesundheitswesen nicht mehr als 5 Prozent ausmachen – gegenüber mindestens 15 Prozent, wie von der Afrikanischen Union empfohlen. Fünf Krankenhausbetten pro tausend Einwohner – Nigeria hat Covid-19 nichts entgegenzusetzen. Die Situation ist nicht vergleichbar mit der von 2014, als das Land schon einmal von einer Doppelkrise geschüttelt wurde: Dem Ölpreissturz von 100 Dollar/Barrel auf 50 Dollar und der gleichzeitigen Ausbreitung des Ebola-Virus in Westafrika. Das Coronavirus ist ungleich infektiöser als Ebola: Vor sechs Jahren wurden 19 Ebola-Infizierte in Nigeria gezählt, von denen sieben starben.

Der Problemlöser des Präsidenten, Abba Kyari, kann nun Muhammadu Buhari nicht mehr helfen bei der Suche nach dringend erforderlichen Lösungen.

Manfred Idler

Vermächtnis Florence Nightingales?

In Britannien kollabiert der Nationale Gesundheitsdienst, auch Dank der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte

Wie in allen Nationen, die von dieser Pandemie betroffen sind, stehen Britanniens Krankenschwestern, Ärzte, weitere Angehörige der Gesundheitsberufe und andere in Krankenhäusern Arbeitende an vorderster Front im Kampf gegen das Coronavirus. Sie sind jedoch völlig unzureichend ausgerüstet und ihr Leben unnötig gefährdet.

Seit ihrer Regierungsübernahme im Jahr 2010 haben die Tories, die zuvor von den Liberaldemokraten und später von der Democratic Unionist Party unterstützt wurden, den Nationalen Gesundheitsdienst (NHS) unerbittlich angegriffen in der Hoffnung, ihn so weit zu untergraben, um ihn durch einen privatisierten Dienst ersetzen zu können, der eher dem System in den USA ähnelt. Dies führte zu dem nie dagewesenen Umstand, dass 2016 die Ärzte in Ausbildung in den Streik traten. Eine Simulation im Jahr 2015, mit der die Vorbereitung des NHS für eine Katastrophe eines Ausmaßes wie der derzeitigen Pandemie getestet werden sollte, zeigte zudem, dass der NHS „kläglich vorbereitet“ sei.

Als im Januar China das Virus bekämpfte, blieb Britannien untätig und versäumte es sogar, einfache Dinge, wie Testen derjenigen zu veranlassen, die ins Land einreisen, oder die Einschränkung von Reisen nach Asien zu veranlassen. Im Februar, als sich die Pandemie zunehmend auch auf Italien auswirkte, wurde immer noch wenig unternommen. Anfang März war Britannien schließlich gezwungen, in irgendeiner Form zu handeln. Die britische Regierung erklärte jedoch, ihr Ziel sei eine „Herdenimmunität“, wobei der Premierminister sogar so weit ging, vorzuschlagen, die Kampagne als „Operation letzter Atemzug“ zu bezeichnen. Am 2. März berichteten britische Medien, dass nur acht von 1.618 Personen den Plänen der Regierung vertrauten. Nach breitem Druck des Volkes wurde die Regierung zum Handeln gezwungen, was zum Beginn der Quarantäne Britanniens führte.

Als Ergebnis eines Jahrzehnts der Sparmaßnahmen, kombiniert mit den jüngsten Fehlern, sind unsere Mitarbeiter im Gesundheitswesen schlecht vorbereitet und vom Tod bedroht. Beson-



Schutzkleidung für medizinische Angestellte ist Mangelware.

ders skandalös ist der Mangel an persönlicher Schutzausrüstung (PSA) für Mitarbeiter des NHS.

Dieser Mangel rief eine Vielzahl von Reaktionen hervor, bereits Anfang Februar forderte der damalige Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn die Regierung auf, die notwendige Ausrüstung im ganzen Land zu verteilen. Die Reaktion der Regierung war, den NHS wie eine Wohltätigkeitsorganisation zu behandeln – indem sie die Bürger bat, „für die Helden zu klatschen“, dem Personal Medaillen verlieh oder Einzelpersonen ermutigte, Geld für den NHS zu sammeln. Die Tatenlosigkeit und der fadenscheinige individualistische Ansatz wird durch den Neoliberalismus angetrieben, der bereit ist, Leben wegzuwerfen, wenn es die Wirtschaft vor dem Kollaps bewahrt.

Viele haben versucht, die Schuld auf den Brexit zu schieben und dabei die Unfähigkeit der EU ignoriert, Italien zu helfen. Die einfache Realität ist jedoch, wenn Britannien im Januar, als Covid-19 in China ausbrach, die notwendigen Maßnahmen ergriffen und die PPE im ganzen Land verteilt hätte, wäre die Situation weit weniger düster.

Überall im Staat sind die Gewerkschaften mobilisiert und wohl seit dem Bergarbeiterstreik von 1984 am aktivsten. Sie kämpfen an allen Fronten, sie zwingen die Regierung, Selbstständigen zu helfen, sie zwingen die Regierung, dafür zu sorgen, dass es während der Pandemie keine Zwangsräumungen gibt, sie zwingen die Regierung, dafür zu sorgen, dass die Arbeiterinnen und

Arbeiter auch dann noch ihren Lohn erhalten, wenn sie nicht an vorderster Front arbeiten. Als Akt der Solidarität mit den Notfalldiensten stimmte die CWU (Gewerkschaft der Kommunikationsarbeiter, die die Postangestellten Britanniens vertritt) einstimmig für die Verschiebung des Streiks, um die landesweiten Bemühungen zur Bekämpfung des Virus zu unterstützen.

Für die Beschäftigten im Gesundheitswesen werden Streiks immer wahrscheinlicher, doch wie beim Streik im Jahr 2016 bedeutet dies nicht notwendigerweise eine vollständige Schließung von Krankenhäusern und Notdiensten. Unite, die Gewerkschaft, die einen großen Teil der Beschäftigten im Gesundheitswesen vertritt, versucht, den Druck auf die Regierung aufrechtzuerhalten, damit sie den Beschäftigten das zur Verfügung stellt, was sie brauchen.

Für eine Nation, die die edle Florence Nightingale hervorgebracht hat, zeigt dieser Moment des Scheiterns, dass wir als Staat unsere Beschäftigten im Gesundheitswesen in allen Bereichen im Stich gelassen haben. Dieses Versagen wird nicht nur ein Rückschlag sein, der zum Untergang des NHS, wie wir ihn kennen, führen könnte, sondern auch zu einer Situation, in der die Zahl der Todesopfer noch verheerender ist. Wir, die Kommunistische Partei Britanniens, kämpfen zusammen mit unseren Verbündeten in der Gewerkschaftsbewegung so gut wir können für das Wohl der Arbeiterinnen und Arbeiter und das Leben der Bürger unserer Nation.

Ben Lunn, Glasgow

Auf Kosten der Arbeiter

Widerstand gegen die Normalisierungspläne der Regierung in Chile

Als „kriminell“ kritisieren Gewerkschaften und Linksparteien in Chile die Versuche der Regierung, zur Eindämmung des Coronavirus ergriffene Maßnahmen zu Lasten der Beschäftigten und Jugendlichen zu lockern. So nahm das Bildungsministerium erst auf Druck der Lehrervereinigung, der UNESCO und anderer Organisationen davon Abstand, die Schulen am 27. April wieder zu öffnen. Erst kurz vor dem avisierten Termin war Chiles Regierung zurückgerudert und hatte angekündigt, die „schrittweise“ Rückkehr der Schüler in die Klassen werde erst dann erfolgen, wenn der Höhepunkt der Krise vorüber sei. Dieser war zuletzt nicht absehbar, täglich wurden rund 500 neue Ansteckungsfälle in dem südamerikanischen Land bestätigt. Insgesamt waren am vergangenen Wochenende mehr als 12.000 Infektionen offiziell bestätigt worden, mehr als die Hälfte davon in der Hauptstadt Santiago de Chile und ihrer Umgebung.

Dem der Kommunistischen Partei Chiles nahestehenden Rundfunksender „Radio Nuevo Mundo“ gegenüber hatte die Gewerkschafterin Paulina Cartagena zuvor gesagt, ihr Gremium habe vor Gericht eine einstweilige Anordnung beantragt, weil die Entscheidung der Regierung von Staatschef Sebastián Piñera die Gesundheit sowohl der Pädagogen als auch der Schülerinnen und Schüler gefährde. Zudem kritisierte Cartagena, dass Chiles Regierung in dieser Situation den Bildungshaushalt weiter zusammenstreiche, wodurch Stellen für Psychologen und Sozialarbeiter wegfallen würden. Diese seien in der auch für junge Menschen schwierigen Situation besonders notwendig.

Die wirtschaftlichen Folgen der Krise sind dramatisch. Das Land zeichnet einen tiefen Einbruch des Bruttoinlandsproduktes, es gibt Massenentlassungen in einem nie gekannten Ausmaß. Die Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes CUT, Bárbara Figueroa, machte dafür die Politik der Regierung mitverantwortlich. Sie habe unzureichende Maßnahmen gegen das Virus ergriffen, so dass die Ausbreitung nicht gebremst werden könne. Als Beispiel nannte sie, dass sich das Kabinett

nicht um informelle und selbstständige Beschäftigte – zum Beispiel Straßenhändler – gekümmert habe, während die Großkonzerne mit Steuersenkungen und Staatshilfen bedacht würden.

Für besondere Empörung sorgte auch die Entscheidung der Regierung, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wieder an ihre Arbeitsplätze zurückzurufen. Das sei nicht nur gefährlich, kritisierte Figueroa, sondern unterstelle den Angestellten zudem, im „Home-Office“ ihren Aufgaben nicht gerecht werden zu sein. Bevor man die Büros wieder öffne, müsse die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten gesichert sein, verlangte sie bei einer digitalen Pressekonferenz gemeinsam mit Vertretern der öffentlichen Dienst aktiven Gewerkschaften. Figueroa warnte zudem, dass die Politik der Regierung gegenüber ihren Angestellten auch den Unternehmern in der Privatwirtschaft das Signal gebe, die ohnehin schon um jeden Preis ihre Geschäfte wieder aufnehmen wollten. Das Risiko müssten dann jedoch die Arbeiter tragen, die sich mit dem schnell ausbreitenden Virus anstecken könnten. Die einzige effektive Strategie, die Krankheit einzudämmen, sei bislang, Abstand zu halten. Die Gewerkschaften riefen ihre Mitglieder deshalb auf, die Wiederaufnahme der Arbeit in den Büros zu verweigern.

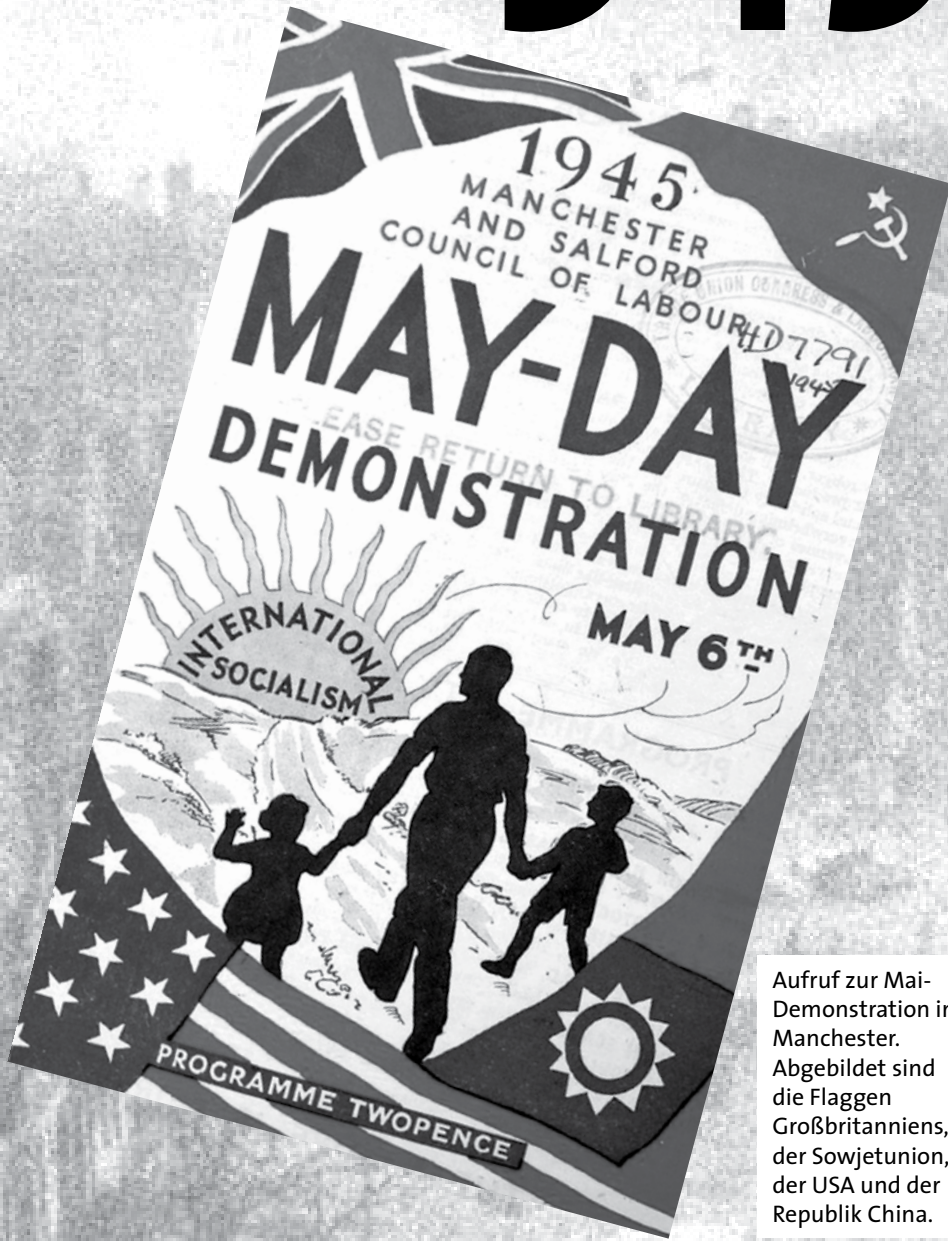
Sechs Oppositionsparteien, unter ihnen die Kommunisten, haben sich derweil zu einem „Pakt für das Leben und die Würde“ zusammengeschlossen. Das Bündnis erinnert in einer Erklärung daran, dass die Krise das Land mitten in der Kampagne für eine neue Verfassung überrascht habe. Das Referendum darüber wurde auf den Herbst verschoben, doch das Coronavirus habe noch einmal deutlich gemacht, dass das neoliberale Entwicklungsmodell nicht in der Lage sei, die aktuelle Wirtschaft-, Gesellschafts- und Gesundheitskrise zu beherrschen. Gefordert wird unter anderem die Nationalisierung aller strategisch bedeutsamen Unternehmen, weil das Leben der Chilenen nicht Gegenstand von Börsenspekulationen sein dürfe.

Manuela Tovar

1. Mai 1945



Schlagzeile aus New York



Aufruf zur Mai-Demonstration in Manchester. Abgebildet sind die Flaggen Großbritanniens, der Sowjetunion, der USA und der Republik China.

In Erwartung des Sieges

Seit einem Tag wehte über dem Reichstag die rote Fahne des Sieges. In Moskau hatte man gehofft, am diesem 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, der als „Tag der Internationale“ beziehungsweise „Tag der internationalen Arbeitersolidarität“ seit 1918 in der UdSSR Feiertag war, bereits die Einnahme Berlins feiern zu können. Doch dort wurde in den Straßen noch gekämpft. Deutsche Truppen standen zudem immer noch zwischen Wismar und Hamburg, in Schleswig-Holstein, in Teilen Sachsens und Bayerns, im lettischen Kurzeme (Kurland) und in Breslau (Wrocław). Prag war noch nicht befreit – wie Gebiete Österreichs nördlich und südlich der Donau. Die Niederlage des faschistischen Deutschlands war trotzdem nicht mehr abzuwenden.

Obleich die Kämpfe an diesem 1. Mai in Berlin weitergingen, fand die geplante Parade der Moskauer Garnison und von Offiziersschülern auf dem Roten Platz trotzdem statt. Über sie ist – anders als über die Siegesparade vom 24. Juni 1945 – heute kaum noch etwas bekannt. In Moskau war es an diesem Tag sonnig und warm, die Stimmung außergewöhnlich. Überall wurde gesungen, zehntausende Einwohner waren auf den Straßen und feierten – so wie wenige Tage später am 9. Mai den Tag des Sieges – mit den Truppen. „Ich habe nie wieder vorher oder nachher so viel Glück erlebt wie damals. Wir haben alle auf diesen Tag gewartet – und er kam ...“, erinnerte sich später ein Teilnehmer der Parade. Auf dem Roten Platz begrüßten Militärs und Mitglieder der Regierung und der Führung der KPdSU, unter ihnen Stalin, Kalinin, Malenkov, Woroschilow, die vorbeiziehenden Truppen. Auch in anderen Städten der Sowjetunion wurde an diesem 1. Mai gefeiert.

An diesem Tag trafen sich deutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten, oft gerade erst aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern befreit, um zum ersten Mal nach zwölf Jahren faschistischer Diktatur in Freiheit den Kampftag der Arbeiterklasse zu feiern. In Bagow (Potsdam-Mittelmark), in dessen Gutshaus etwa 100 der Befreiten eine Nacht verbrachten, sprachen der Kommunist Martin Schmidt und der Sozialdemokrat Otto Buchwitz. Wie der Historiker Günter Benser berichtete, gedachten sie der Opfer des Faschismus und gelobten, die Einheit der Arbeiterklasse zu schaffen. In einem Keller in Berlin-Lichtenberg fanden sich deutsche Antifaschisten und Sowjetsoldaten zu einer Maifeier zusammen. Auch in den befreiten Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald wurde der 1. Mai feierlich, aber gegen den Willen der US-amerikanischen Militärbehörden, begangen. Benser schrieb: „Nicht unterdrücken ließ sich eine Maidemonstration in Nordhausen, die ehemalige Häftlinge des KZ Dora und antifaschistische Einwohner der Stadt vereinte.“ In anderen Städten der Re-

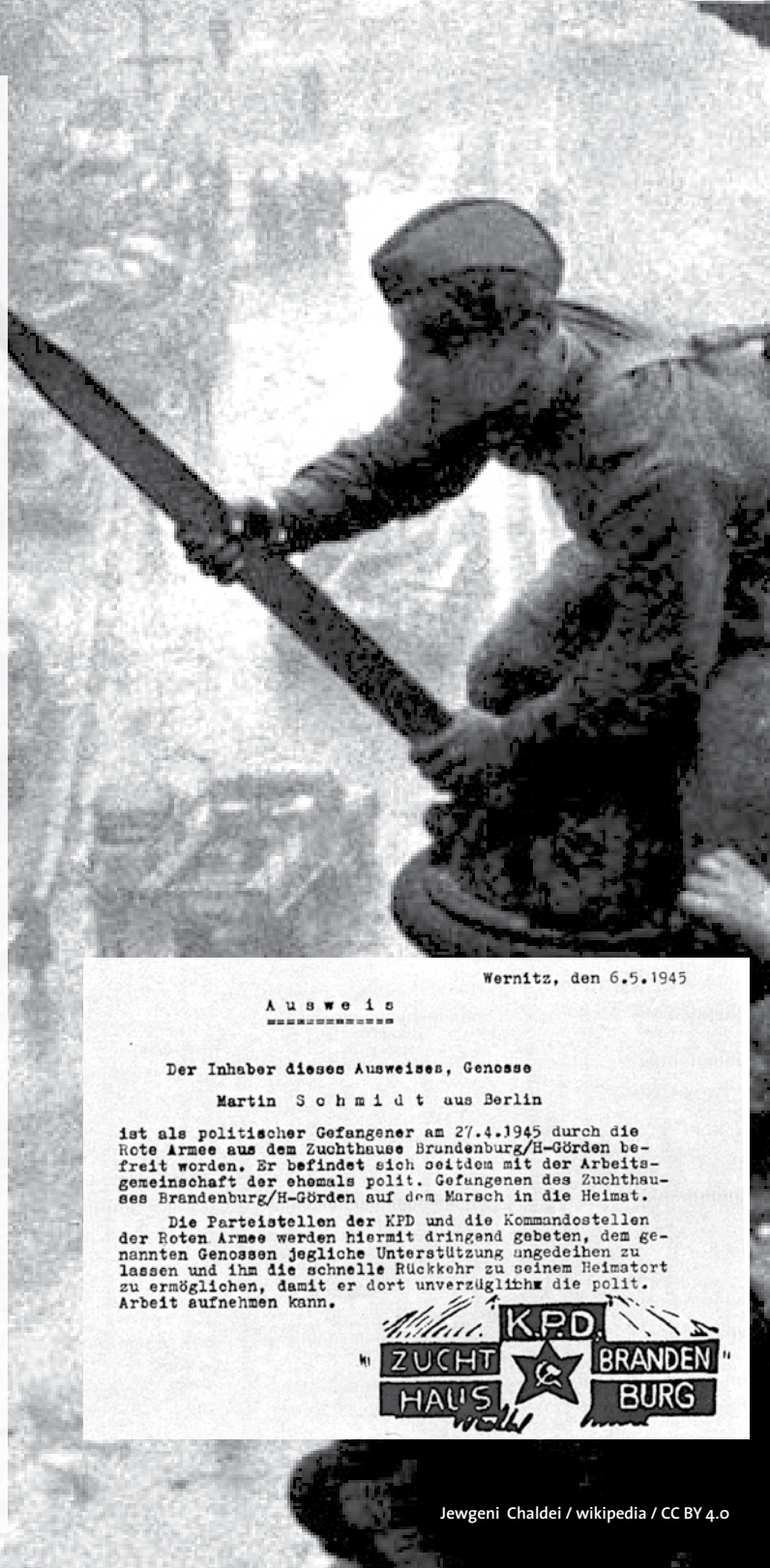
gion, so unter anderem in Erfurt, konnten Antifaschistinnen und Antifaschisten nur illegal feiern. „Mit einem roten Band im Knopfloch demonstrierten die Arbeiter in Eisleben. Halle und Zwickau den Besatzungstruppen, dass der 1. Mai lebendig ist.“ (G. Benser: Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. Illustrierte historische Hefte, Nr. 19, Berlin 1980) Auch in anderen befreiten Orten in Deutschland mag es damals solche oder ähnliche Aktionen gegeben haben.

Gefeiert wurde dieser 1. Mai in vielen Ländern der Welt, auch in Europa. Hier unter anderem in Großbritannien, in der Schweiz, in befreiten Städten Jugoslawiens, in Schweden, Ungarn, Österreich und in Frankreich. In Schweden streikten zu dieser Zeit und seit Monaten Metall- und Gießereiarbeiter für ihre Rechte. In Budapest wurde auf einer Demonstration unter anderem die Durchführung einer demokratischen Bodenreform gefordert. Im von sowjetischen Truppen bereits am 13. April befreiten Wien wurden Aufmärsche und Kundgebungen in den Bezirken organisiert, oft unter Beteiligung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Vertretern der ÖVP. Wenige Tage zuvor, am 27. April, war von Vertretern der drei Gründungsparteien der Zweiten Republik (SPÖ, ÖVP und KPÖ) die Unabhängigkeit des Landes erklärt worden.

Demonstriert wurde an diesem Tag auch in Paris – vom Place de la Bastille zum Place de la Nation. Die CGT hatte dazu aufgerufen, um den Sieg über den Faschismus zu feiern, aber auch um die Arbeiter- und Gewerkschaftstradition der Vorkriegszeit wieder zu beleben. Wie die „Humanité“, die Zeitung der Kommunistischen Partei Frankreichs, am 3. Mai 1945 berichtete, zogen an diesem Tag bis zu eine Million Menschen in einem langen Zug durch die Stadt: Mitglieder der KPF, sozialistischer sowie anderer linker Organisationen, Arbeitersportlerinnen und -sportler und viele weitere Antifaschistinnen und Antifaschisten. Es demonstrierten – an der Spitze des Zuges – aus Gefängnissen und Lagern Befreite, oft noch in Häftlingskleidung. Im Zug waren auch Freiwillige, die im Spanischen Krieg auf der Seite der Republik gekämpft hatten. Rote Fahnen, Fahnen der Republik, Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion waren zu sehen. Auf einem Transparent wurde an die glorreiche Revolution von 1789, die Pariser Kommune von 1871 und den Aufstand der Widerstandsbewegung in Paris gegen die faschistischen Besatzer vom August 1944 erinnert. Aber auch Arbeiter- und Frauenrechte wurden eingefordert. So forderten Frauen „Gleiche Arbeit, gleiches Entgelt“.

Einen Tag später berichteten die Nachrichtensender endlich vom Fall Berlins. Es blieben nur noch wenige Tage bis zur endgültigen Kapitulation des faschistischen Deutschlands.

Nina Hager



Es ist eine Illusion, dass wir von einer Besserung sprechen können. Wir stehen immer noch am Anfang der Pandemie ... Die Regierung hat mit den Lockerungen ein falsches Signal gesendet ... aus virologischer Sicht gibt es ... keine Grundlage, den Lockdown jetzt schon zu lockern“, erklärte die Braunschweiger Virologin Melanie Brinkmann im „Spiegel“. Nicht nur sie befürchtet eine zweite, stärkere Ansteckungswelle. Entscheidend im Kampf gegen das Virus kann nur die Entwicklung von wirksamen Medikamenten und eines Impfstoffes sein.

Zu den kritisierten Lockerungen gehört die schrittweise Öffnung der Schulen. Mit rund 2,6 Millionen Kindern und Jugendlichen beginnt nun der Schulbetrieb. Schülerinnen und Schüler sollen Abschlussprüfungen machen, Viertklässler sollen für die weiterführenden Schulen vorsortiert werden.

GEW und DGB setzen sich hingegen dafür ein, auf schulische Prüfungen – Abitur, Mittlerer Bildungsabschluss, erster Bildungsabschluss – in diesem Jahr wegen der besonderen Situation zu verzich-

Michael Götze über das Versagen der deutschen Bildungspolitik

Schulöffnung für wen?

ten. Die GEW, der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Bundeselterrat (BER) benennen als Herausforderungen bei Schulöffnung den Gesundheitsschutz, verbindliche Ansprechpersonen für Schulleitungen, die Gestaltung von Räumen bei gleichzeitiger Bewahrung individueller Lernsettings, die Belastung für Lehrkräfte durch den Unterricht in geteilten Lerngruppen sowie durch Präsenzunterricht und die parallele Betreuung der Schülerinnen und Schüler zu Hause sowie die Frage der Definition der Risikogruppen und der daraus folgenden Konsequenzen.

Was hier als „Herausforderungen“ benannt wird, beschreibt den desolaten Zustand des deutschen Schulwesens: Lehrermangel, zu große Lerngruppen,

heruntergekommene Schulgebäude und andere Mängel mehr. Die „Corona-Krise“ und die nun beschlossene Wiederöffnung der Schulen zeigen die wesentlichen Probleme des deutschen Bildungswesens verschärft auf.

Es fehlt an Lehrerinnen und Lehrern und pädagogischem Personal. Die Schulen werden jetzt bei Öffnung ohne die Risikogruppen mit weniger Lehrkräften und mehr, weil kleineren Lerngruppen und mit weniger Unterrichtszeit pro Woche auskommen müssen. Die Schulen sind bei weitem nicht entsprechend ausgestattet und vorbereitet. Es fehlt unter anderem an warmem Wasser zum Händewaschen, Schutzmasken und vielerorts an den räumlichen Möglichkeiten. Eine größere Zahl von Schulen wird die hygi-

enisch notwendigen Standards nicht einhalten können.

Trotzdem halten die Landesregierungen an der baldigen Öffnung der Schulen fest. Darin wird deutlich, welche Bedeutung dieses Bildungswesen für die kapitalistische Gesellschaft hat. Die „Wirtschaft“ braucht qualifizierte Arbeiter und Angestellte. Zudem ist dieses Bildungswesen Garant für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Schichtung.

Die Chancengleichheit zeigt sich offen an den Möglichkeiten der Familien, zu Hause Lernstoffe zu verarbeiten. In den einen Familien gibt es Laptops, Drucker, Smartphones, Zeit und Fähigkeiten. In anderen sind die Wohnungen zu klein, fehlt die technische Ausstattung, sind die Fähigkeiten – zum Teil auch sprachliche –

nicht ausreichend und die Eltern vollauf damit beschäftigt, den Lebensunterhalt zu sichern.

Die Lehrerverbände hatten deshalb darauf gedrängt, Kinder in Notlagen sowie Schülerinnen und Schüler aus sozioökonomisch benachteiligten Elternhäusern in den Fokus zu rücken. Die Landesregierungen hingegen setzen auf Abschlussprüfungen und Sortierung der Viertklässler auf die weiterführenden Schulen. Selektion ist wichtiger als Bildung.

Unsere Forderungen angesichts der in der Krise offensichtlich gewordenen Mängel im Bildungswesen sind: Mehr Personal, bessere Ausstattung und die Orientierung am Wohl der Menschen und nicht am Wohl „der Wirtschaft“ mit ihrem Profitstreben. Die Fixierung auf Tests, Prüfungen und die Chancengleichheit geben unserer Forderung nach „einer Schule für alle“ eine neue Chance. Schulöffnung ist das falsche Signal. Das richtige Signal ist eine Diskussion um die grundlegende Umgestaltung des Bildungswesens.



Foto: Anton Schubert / Wikipedia / CC BY-SA 2.0 DE

Zuckerbrot und Peitsche. Regierungen von mehr als 130 Ländern, in denen 80 Prozent der Weltbevölkerung leben, unterstützen die Forderung von UN-Generalsekretär Guterres, zur Bekämpfung der Corona-Pandemie die Sanktionen weltweit aufzuheben. Auf der **Bundespressekonferenz** wollte „RT Deutsch“ wissen, wie die Regierung Merkel dazu stehe. Christopher Burger, Sprecher des Auswärtigen Amtes, machte auf doof: Diese Forderung könne er nur von der russischen Regierung. „Zwangsmaßnahmen von UNO oder EU“ (sic!) seien kein Selbstzweck, sondern „wir“ setzen sie ein, wenn es anders nicht möglich ist, politische Ziele zu erreichen, beispielsweise in Situationen, wo schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Sie könnten in dem Maße gelockert oder verschärft werden, wie sie an das Ziel, an das sie gebunden sind, näher herankommen oder eben nicht. Eine Pandemie kann da durchaus helfen. Das hat er nicht gesagt, aber womöglich gedacht. WR

Olaf Harms zum Kampftag der Arbeiterklasse in Corona-Zeiten

Protest auf der Straße

Es ist nicht einzusehen, dass Hunderttausende täglich zur Arbeit fahren, wo oft kein Mindestabstand eingehalten werden kann, und die Geschäfte teilweise wieder öffnen, aber Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter am 1. Mai mit ihren Losungen nur auf dem Bildschirm zu sehen sein sollen.

Wenn wir die Corona-Bedingungen einhalten, also vor allem Abstand halten, können wir nicht nur mit unseren Forderungen auf die Straße, wir müssen es. Im Schatten der Corona-Pandemie finden massive Angriffe auf unsere Grundrechte statt. Hier müssen der DGB und seine Einzelgewerkschaften flexibel handeln und die Interessen der Beschäftigten vertreten. In diesem Sinne unterstützen wir die gewerkschaftliche Initiative www.heraus-zum-ersten-mai-2020.de

Wir gehen auf die Straße gegen die massiven Angriffe auf Arbeiterrechte. Das Arbeitszeitgesetz wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion außer Kraft gesetzt. Auf einmal soll die 60-Stunden-Woche wieder möglich sein und erkämpfte Ruhezeiten werden gestrichen.

Wir gehen auf die Straße gegen die milliardenschweren Rettungspakete für Banken und Großkonzerne. Auf einmal ist Geld da, um die Wirtschaft heil durch die Krise zu bringen. Wer das

bezahlen soll, ist auch klar: Die Arbeiter, Angestellten, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner.

Wir gehen auf die Straße für das Demonstrationsrecht und das Recht auf Meinungsfreiheit. Den sogenannten neuen Normalzustand akzeptieren wir nicht.

Wir gehen auf die Straße gegen die unhaltbaren Zustände im Gesundheitswesen. Es ist ein Skandal, dass private Kliniken jetzt Kurzarbeit anmelden, weil sie lukrative Operationen absagen müssen. Die „Corona-Krise“ zeigt wie im Brennglas, dass das Gesundheitswesen in öffentliche Hand gehört.

Wir gehen auf die Straße gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung. Wie dreist ist das denn, wenn Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer inmitten der Krise auf Einkaufstour geht und milliardenteure US-Atombomber kauft? Das Aufrüstungsziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach NATO-Kriterien muss endlich vom Tisch.

Wir brauchen die Milliarden, mit denen jetzt Banken und Konzerne gerettet werden, und das Geld, das für Rüstung und Krieg ausgegeben wird, für ein öffentliches Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungswesen mit ausreichendem Personal und höheren Löhnen.

Deshalb: Heraus zum 1. Mai!

Kutlu Yurtseven zum Urteil im NSU-Prozess

NSU tötet weiter

Als das Urteil im NSU-Prozess im Juli letzten Jahres verkündet wurde, waren wir in München. Wir standen vor dem Gericht und waren erschüttert und angewidert. Es war und bleibt unfassbar, dass Ralf Wohlleben und André Eminger quasi freigesprochen wurden. Es war und bleibt unfassbar, dass Neonazis im Gericht, auf der Empore, das Urteil feiern und beklatschen und Zuschauerinnen und Zuschauer bedrohen konnten. Wir standen mit Betroffenen und den Familien der Opfer des NSU-Terrors vor dem Gericht und sie hatten Tränen in den Augen. Einige vor Erschütterung, andere vor Wut.

Kein Wort vom Richter über den Schmerz der Menschen, kein Wort über die jahrelangen Qualen, die sie durch Behörden und Medien erleben mussten. Keine Spur der Empathie oder des Respekts den Menschen gegenüber, die fünf Jahre lang gehofft haben, dass dieses Gericht die vorhandenen Verstrickungen von Behörden und Nazis, die rassistischen Netzwerke und den NSU Komplex tatsächlich offenlegen könnte, anstatt die schon von der Staatsanwaltschaft propagierte Trio-Theorie mit vier Unterstützern zu zementieren.

Wir haben damals gesagt, dieses Urteil ist vor allem durch das Vorgehen gegenüber Wohlleben und Eminger ein fatales Zeichen. Es ist nicht zu verstehen, dass Menschen, die rassistischen Terror unmittelbar unterstützen, mit einem derartigen Strafmaß entlassen werden – Eminger schon am Tag der Urteilsverkündung, Wohlleben eine Woche später. So werden Rassisten und Nazis in ihren Taten bestärkt und nicht abgeschreckt.

Die Bedrohungen von Seda Basay-Yildiz, der Rechtsanwältin der Familie Simsek, durch Polizisten, der Mord an Walter Lübcke in Kassel, die rassistischen Anschläge und Morde in Halle und Hannau sind Resultate des Verhaltens der Behörden und des Gerichts innerhalb des NSU-Komplexes.

Die Verschriftlichung des mündlichen Urteilsspruches macht noch einmal deutlich, dass dieses System rechten Terror verharmlost oder totschweigt. Denn nicht nur die NSU-Akten in Hessen werden wohl mit langen Sperrfristen versehen, nein, auch bei diesem schriftlichen Urteil wird darüber nachgedacht, es mit einer langen Sperrfrist der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Noch Fragen?

Kutlu Yurtseven ist Sänger der Microphone Mafia

Stimmung in der EU kippt

Unmut über deutsche Dominanz wächst • Kolumne von Jörg Kronauer

Selten ist der Unmut über die deutsche Dominanz in einer ganzen Reihe von EU-Staaten so klar zutage getreten wie in der „Corona-Krise“. Die Risse im europäischen Staatenkartell brechen immer weiter auf.

Angefangen hat es mit dem Exportverbot für medizinische Schutzausrüstung, das die Bundesregierung am 4. März verhängte – nur wenige Tage, nachdem Italien, von der Pandemie überrollt, die EU offiziell um Hilfe gebeten hatte. Unterstützung gab es nicht vom angeblich doch so solidarischen „Europa“, sondern nur aus China. Dann kam die einseitige deutsche Grenzschließung am 16. März, nur wenige Tage, nachdem Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in einer Fernsehansprache ausdrücklich gebeten hatte, derlei Maßnahmen nur gemeinsam auf EU-Ebene einzuführen. Berlin hatte Paris nicht nur düpiert; es kam hinzu, dass französische Pendler mit der Grenzschließung zu Tausenden von ihren Arbeitsplätzen in Deutschland ausgesperrt wurden, wenn sie denn nicht im Gesundheitswesen arbeiteten, also für die Bundesrepublik „systemrelevant“ waren. Mediziner dürfen weiterhin ins Saarland einreisen, laufen dort aber, sofern sie als Franzosen erkannt werden, Gefahr, mit Eiern attackiert und zur Heimkehr nach „Corona-Frankreich“ aufgefordert zu werden.

Sorgt das bis heute für heftigen Unmut im Nachbarland, so schwoll rasch auch noch der Streit um die „Corona-Bonds“ an, eine gemeinsame Ausgabe von Euroanleihen, für die alle Eurostaaten geradestehen würden. Sie wären vorteilhaft für die besonders schwer von der Krise getroffenen südlichen Euro-

länder, die auf günstigere Zinsen hoffen könnten; allerdings würde Deutschland ein wenig draufzahlen, weil es mit höheren Zinsen zu rechnen hätte. Die Kosten für Berlin werden auf maximal zwölf Milliarden Euro im Jahr geschätzt – kein Pappenstiel, aber nicht viel im Vergleich zu den Summen, mit denen die Bun-



desrepublik von der EU und vom Euro profitiert. Die Bertelsmann-Stiftung berechnete jüngst die Einkommenszuwächse, die Deutschland dem Binnenmarkt verdankt, auf 86 Milliarden Euro allein im Jahr 2017, während das Freiburger Centrum für Europäische Politik den Nutzen des Euro für die Bundesrepublik von seiner Einführung bis 2017 auf beinahe 1,9 Billionen Euro bezifferte, die Kosten des Euro für Frankreich hingegen auf 3,6 Billionen Euro, diejenigen für Italien auf 4,3 Billionen.

Kann man da nicht wenigstens ein bisschen was von den eigenen Profiten abgeben, gar nicht solidarisch, nicht

einmal fair, nur ein bisschen weniger räuberisch? Nein, hat die Bundesregierung entschieden, man kann nicht. Und sie hat sich damit bislang auch durchgesetzt. Nur: Der Unwille, von Berlin immer mehr ausgepresst zu werden, schwillt auch bei denjenigen Teilen der Eliten in anderen EU-Staaten an, die bislang noch bereitwillig kooperierten. Deutschland stelle sein nationales Interesse über „das europäische Projekt“, treibe also eine Politik à la „America First“, beschwerte sich die konservative spanische Tageszeitung „El Mundo“. Die ebenfalls eher konservative „Kathimerini“ aus Griechenland warnte, das Nein zu den Corona-Bonds könne sich „für Europa als noch vernichtender erweisen als das Virus selbst“. Und die linksliberale, bisher EU-freundliche italienische „La Repubblica“ rechnete ganz offen mit der „Hauptstadt der hegemonialen Nation in Europa“ ab. Das Covid-19-Virus habe „in wenigen Wochen die Illusionen hinweggefeht“, die man sich über die EU gemacht habe; es habe „die Heucheleien zertrümmert“.

Inzwischen singt Berlin, um den Unmut zu dämpfen, laut das Hohelied von der angeblichen europäischen Solidarität. In der Praxis aber bleibt es hart: Es gibt kaum Hilfe, keine Corona-Bonds, die Grenzen bleiben zu. Die Stimmung beginnt denn auch zu kippen. Ein Beispiel: Die Hälfte der italienischen Bevölkerung spricht sich inzwischen für einen EU-Austritt aus. Und unter den Ländern, die kürzlich in einer Umfrage als „Feinde“ Italiens genannt wurden, landete Deutschland mit 45 Prozent auf Platz eins.

Dengs Wendepunkt

Die Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas seit 1978 • Von Vladimiro Giacché

Im März erschien im Neue Impulse Verlag als Masch-Skript die Broschüre „Wirtschaft und Eigentum – Staat und Markt im heutigen China“. Geschrieben hat es der Wirtschaftswissenschaftler Vladimiro Giacché, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts Centro Europa Ricerche (Rom). Mit freundlicher Genehmigung des Verlages dokumentieren wir die Einschätzung zur Reform- und Öffnungspolitik in der Volksrepublik China seit 1978.

Reflexion der Wirtschaftspolitik unter Maos Führung

Was sind die Stärken und die Schwächen dieser Periode in der heutigen Wahrnehmung der Kommunistischen Partei Chinas? Han Baojiang, stellvertretender Direktor der Wirtschaftsabteilung der Zentralen Parteischule der KPCh, sagte 2010, das chinesische Modell vor 1978 sei letztlich das einer Wirtschaft gewesen, die auf dem Modell der UdSSR Stalins aufgebaut habe und für die vor allem charakteristisch gewesen seien: 1. verallgemeinertes öffentliches Eigentum, 2. ein egalitäres Verteilungssystem und 3. eine hochgradig geplante Volkswirtschaft.

Es wird anerkannt, dass dieses Modell, das 1. auf verallgemeinertem öffentlichem Eigentum beruhte, dem Land eine industrielle Basis gegeben hat, damit die nationale Unabhängigkeit sicherte (auch durch die Entwicklung der Atombombe und der H-Bombe) und das geschaffen hat, was in China als „sozialistisches Grundsystem“ bezeichnet wird. Andererseits sei dieses Modell, so Han Baojiang, durch einen inneren Widerspruch beeinträchtigt gewesen: „Sein Widerspruch war, dass es ein sozialistisches System mit geringer Produktivität war“. Was 2. das Verteilungssystem betrifft, so habe die Gleichmacherei in den öffentlichen Unternehmen zu einer geringen Qualität der Arbeit geführt. Schließlich habe 3. das übernommene Modell der Planwirtschaft eine sehr ineffiziente Ressourcenallokation beinhaltet. Das habe eine ineffiziente Nutzung des Kapitals mit starken internen Ungleichgewichten zu Lasten des Konsums und des Dorfes zum Ergebnis gehabt.

Wie Herrera und Zhiming beobachten, ist die Vorstellung einer substanziellen Stagnation unter Mao jedoch falsch, auch wenn sich das Wachstum in der folgenden Zeit beschleunigt hat. Von 1952 bis 2015 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum in China sogar 8,3 Prozent, das sich wie folgt auf die einzelnen Zeiträume verteilt: zwischen 1952 und 1978 6,3 Prozent pro Jahr, zwischen 1979 und 2015 9,9 Prozent. Aber sehen wir uns diese zweite Periode genauer an.

Die zweite Phase: von 1978 bis heute

1978 leitete Deng die „Politik der Reform und Öffnung“ ein. Sie fördert die Entwicklung von Handelsbeziehungen und die Öffnung zum Weltmarkt. Der Ausdruck „Politik der Reform und Öffnung“ kann so verstanden werden, dass er diese gesamte zweite Periode charakterisiert und nicht nur Dengs Arbeit im engeren Sinne. Auch Xi Jinping bekräftigte, dass „Reform und Öffnung in ständiger Entwicklung sind, sie werden niemals enden“, wie der Titel seiner Rede lautet, die er am 31. Dezember 2012 auf der zweiten Sitzung der Studiengruppe der Politischen Leitung des XVIII. Parteitags der KPCh hielt.

Die Politik der Reformen begann auf dem Dorf, wo die Produktionsgenossenschaften abgebaut wurden, ohne jedoch den Boden zu privatisieren. Stattdessen wurde das „System der Familienverantwortung“ bekräftigt. Es wurde 1978 „unten“ (im Dorf Xiaogang) geboren und sieht drei Schlüsselemente vor: 1. das Bodeneigentum bleibt in den Händen des Dorfes, aber 2. die Nutzungsrechte werden an die Familien verteilt und 3. gemäß einer „Verantwortungsvereinbarung“



Damals konnten die Führer des Imperialismus über die chinesische Wirtschaft noch lachen.

zwischen den Vertragspartnern ist jeder für Gewinn/Verluste auf seinem eigenen Grundstück verantwortlich. Auf diese Weise gibt es eine beispielhafte Synthese zwischen verschiedenen Rechtssystemen: 1. dem sozialistischen/kollektivistischen, 2. dem traditionellen chinesischen, familienzentrierten und 3. einem Vertrag traditionell-bürgerlichen Zuschnitts. Aber vor allem ist es eine Synthese, die funktioniert. Die Vorteile des Systems liegen auf der Hand: Die familiäre Verantwortung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des kollektiven Eigentums ermöglicht es den Familien, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen, und verhindert zugleich den Verkauf von Land und damit die Anhäufung von Reichtum in wenigen Händen. Das System war äußerst erfolgreich und verbreitete sich schnell in ganz China: 1984 folgten 99 Prozent der Produktionseinheiten diesem Modell. Dank der Verbreitung dieses Systems nahm das Wachstum der Landwirtschaft in diesem Zeitraum von 2,9 Prozent pro Jahr im Jahr 1978 auf 7,7 Prozent pro Jahr im Jahr 1984 zu; die landwirtschaftlichen Ernten wurden in wenigen Jahren um 42 Prozent gesteigert und das Bruttoinlandsprodukt auf dem Lande verdoppelte sich. Dieses System wird auch heute noch angewandt. Es hat sich – zusammen mit der „Ein-Kind-Politik“ (1980 eingeführt und 2015 eingestellt) – als entscheidend für die Erreichung der Nahrungsmittelselbstversorgung Chinas erwiesen.

Reformen in Städten und Unternehmen

Der nächste Schritt war die Einführung von Marktbeziehungen auch in den Städten. Dies geschah seit 1985 durch eine Gesellschaftsform eigener Art: die „Township- und Dorfbetriebe“, in der Wirtschaftsliteratur allgemein als TVE (Township and Village Enterprises) bezeichnet; dies sind ländliche Betriebe, deren Geschäft aber nicht landwirtschaftlich ist. TVE sind das Produkt der Reorganisation der ländlichen Industriebetriebe, die den Gemeinden gehörten. Diese Unternehmen dürfen „außerhalb des Plans“ auf lokaler Basis verkaufen. Die Eigentumsrechte liegen bei der ländlichen Gemeinde; die Gewinne bleiben bei der Gemeinde, um in TVE oder für lokale Wohlfahrtsaufgaben reinvestiert zu werden. Diese

Unternehmensform war bis Mitte der 1990er Jahre sehr erfolgreich: Gab es 1980 noch 1,4 Millionen TVE mit 30 Millionen Beschäftigten, so stieg die Zahl bis 1996 auf 23,4 Millionen mit insgesamt 135 Millionen Beschäftigten. 1995 produzierte dieser Sektor 30 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts. Die Industrieproduktion dieser Unternehmen war 1995 ebenfalls höher als die der großen Staatsunternehmen (SOE, State Owned Enterprises). Die staatlichen Unternehmen nahmen in den verschiedenen Provinzen unterschiedliche Merkmale an. Nach 1996 wurde das Phänomen reduziert: viele TVE wurden umstrukturiert, andere wurden zu Privatunternehmen.

Seit Mitte der 1980er Jahre wurden in China auch Privatunternehmen im engeren Sinne eingeführt. Dies war ein schrittweiser Prozess. Sie wurden seit 1984 zugelassen, aber die ersten Rechtsvorschriften zu diesem Thema wurden erst vier Jahre später erlassen. Seit 2001 können auch Business Owners (also Kapitalisten) der Kommunistischen Partei beitreten. Aber erst 2004 wurde die Verfassung geändert, um das Recht auf Eigentum aufzunehmen: „Das von den Bürgern rechtmäßig erworbene Privateigentum – es ist jetzt in Artikel 13 der Verfassung verankert – ist unverletzlich.“ Heute sind zwei Drittel der Unternehmen in China mengenmäßig in Privatbesitz (POE, Private Owned Enterprises); sie machen ein Viertel der Kapitalisierung von Industrieunternehmen, 45 Prozent der Produktion und ein Drittel der Industriegewinne aus (ein Anteil, der sich bis 2016 im Vergleich zu 2007 fast verdoppelt hat).

Hinzu kommen die ausländischen Direktinvestitionen (FDI, Foreign Direct Investment), die von multinationalen Konzernen in chinesische Industrieunternehmen getätigt werden. Wichtig ist, dass ausländische Investitionen nur in Form von Joint Ventures mit lokalen Unternehmen erlaubt sind und somit ein Technologietransfer möglich ist. Was den Beitrag des ausländischen Kapitals betrifft, so ist jedoch zu beachten, dass die Akkumulation in China in den letzten Jahrzehnten im Gegensatz zu Vietnam nie übermäßig von ausländischem Kapital abhängig war; außerdem scheint die Rolle ausländischer Unternehmen in China nach 2007/2008 abgenommen zu haben. In jedem Fall macht

die Gesamtzahl der POE und FDI 70 Prozent der Industrieunternehmen aus, die 40 Prozent der Industrieanlagen kontrollieren, fast 60 Prozent der Industrieproduktion realisieren und 60 Prozent der Gewinne erzielen.

Probleme der Industrie

Die Probleme der Industrie, mit denen die Reform- und Öffnungspolitik konfrontiert ist, sind: strukturelle Ungleichgewichte, mangelnde De-facto-Koordination (selbst im Kontext einer stark zentralisierten Wirtschaft) und der Mangel an angemessenen Anreizen für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Daher wird eine größere Autonomie der Staatsunternehmen (SOE) gefördert und werden materielle Anreize eingeführt: Es gibt die schrittweise Einführung einer Marktlogik auch für diese Unternehmen, deren Reform man als notwendig erachtet und auf verschiedene Weise durchführt, die man aber dennoch für unverzichtbar hält: Mit anderen Worten, in China gibt es, anders als in Russland und in den osteuropäischen Ländern, keine allgemeine Privatisierung von Staatsunternehmen.

Stattdessen wurde ein ordnungspolitischer Rahmen geschaffen, der schrittweise Marktbeziehungen in die Wirtschaft einführt. Auf der Seite des internationalen Handels wurde das staatliche Außenhandelsmonopol beendet. Das Ergebnis war eine Steigerung des Außenhandelsvolumens und seiner Bedeutung für das BIP, von 9,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1978 auf 44,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009. Um die Entwicklung zu erleichtern, wurden Sonderwirtschaftszonen (SEZ) eingeführt, in denen Industrieansiedlungen Steuer- und andere Vergünstigungen erhalten. In Bezug auf die Werte wird das Streben nach Reichtum gefördert. Das Motto „Reich werden ist glorreich“, das Deng (wahrscheinlich apokryph) zugeschrieben wird, drückt nicht nur gut das Ziel der Entwicklung von Geschäften und unternehmerischen Aktivitäten aus, das ein integraler Bestandteil der „Politik der Reform und Öffnung“ ist, sondern erinnert auch an Bucharins Aufruf zum Reichwerden, der sich 1925 während der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) an die russischen Bauern richtete; und der Bruch der NEP mit dem Kriegskommunismus war objek-

tiv ein Meilenstein in der ersten Phase von Dengs Reformen.

Im Laufe der Jahre entstand ein Widerspruch zwischen (Mikro-)Reformen von unten und dem angewendeten staatlichen Planungsmodell; dies führte zu ganzheitlichen (Makro-)Reformen. Seit 1993 wird von einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ gesprochen, in der der Markt der „grundlegende Faktor bei der Ressourcenverteilung“ ist. In jüngster Zeit, im Jahr 2014, ist der Markt zum „entscheidenden Faktor“ geworden.

Entwicklungsstrategie 2050

All dies ordnet sich jedoch ein in eine Entwicklungsstrategie (auf regionaler wie auf nationaler Ebene), die vom Staat und der Kommunistischen Partei geführt wird. Es gab nie eine reine und einfache Offenheit gegenüber der Marktdynamik; 1990 bis 1991 schien man diesen Weg einzuschlagen, wandte sich aber sofort wieder davon ab. Die Rezepte des Washington Consensus, der unter anderem eine massive Privatisierung der öffentlichen Unternehmen forderte, wurden nicht befolgt und eine Industriepolitik wurde beibehalten.

Mit anderen Worten, es handelt sich um eine zweigleisige Reform, eine Reform auf zwei parallelen Schienen, bei der der vom Staat entworfene Plan sich mit der Marktdynamik verbindet. Es zeigte sich, dass das Ergebnis dieses spezifischen chinesischen Weges viel besser war als die in Russland und in Osteuropa angewandte Schocktherapie, die auf drei grundlegenden Elementen beruhte: Preisliberalisierung, Privatisierung von Unternehmen und das Streben nach einem ausgeglichenen Haushalt (makroökonomische Stabilität). Der Übergang zum Kapitalismus in den Ländern der ehemaligen UdSSR und Osteuropas forderte bekanntlich einen extrem hohen wirtschaftlichen und sozialen Preis, und während die Erfolgsfälle selbst in der langen mittleren Periode an den Fingern einer Hand abzählbar sind, hatten 2013 sogar sieben der betroffenen Länder, die von 80 Millionen Menschen, das heißt 20 Prozent der Gesamtbevölkerung der ehemals sozialistischen Länder, bewohnt werden, das Einkommen von 1990 nicht nur nicht wieder erreicht, sondern lagen noch weit darunter.

Wachstum von Wohlstand und Ungleichheit

In den Jahrzehnten nach dem Beginn der Reformen hat China eine enorme Entwicklung, aber auch ein starkes Wachstum der Ungleichheit erlebt, allerdings vor dem Hintergrund eines starken und allgemeinen Anstiegs des wirtschaftlichen Wohlstands (das starke Wachstum der Arbeitsproduktivität ging mit einem deutlichen Anstieg der Löhne einher); der Gini-Koeffizient erreichte 2008 einen Höchststand von 0,491 und ist seither leicht rückläufig; während deutliche Unterschiede in der Verteilung des Wohlstands nicht nur sozial, sondern auch geografisch zu erkennen sind. Dies hat mit den unterschiedlichen Entwicklungszeiten in den verschiedenen Teilen Chinas zu tun (von den Küstengebieten, die als erste ein starkes wirtschaftliches Wachstum erlebten, bis hin zu den neueren entwickelten Gebieten im Landesinneren), aber natürlich auch mit den bekannten Veränderungen der Verteilungs- und Eigentumsformen.

Pandemie und Klassenkämpfe

Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei Die Linke, hat für die chinesische Akademie der Gesellschaftswissenschaften den Beitrag „Die Pandemie macht die Systemfrage sichtbar“ verfasst. Wir stellen den Leserinnen und Lesern den Artikel, der uns von der Monatszeitschrift RotFuchs weitergeleitet wurde, online zur Verfügung.
kurzlink.de/Pandemiesystemfrage

Mehr als ein Ökomärchen

„Honeyland“ jetzt auch fürs Heimkino

Ein verstaubter PKW mit Wohnwagen rumpelt über einen unbefestigten Pfad zu einem Bergdorf im Nordosten Mazedoniens, während am klaren blauen Himmel ein Flugzeug Kondensstreifen zieht. In einem Vortzug sitzt ein junger Punk mit steiler Irokesenfrisur neben einer etwa 55-jährigen Landfrau mit seltsamem Gepäck. Bilder aus einem Land der Anachronismen, in dem die Zeit stillzustehen und selbst die Katzen zu schlafen scheinen. Die Frau ist Hatidze Muratova, eine türkischstämmige Imkerin und die Hauptfigur in dem vielfach preisgekrönten Dokumentarfilm „Honeyland“ von Tamara Kotevska und Ljubomir Stefanov. Deren Regie lotet die Grenzen des Genres so weit aus, dass seine Handlung sich auch wie ein Spielfilm oder ein Ökomärchen erzählen ließe.

In Hatidzes Dorf führt keine Straße. Hier lebt nur sie mit ihrer todkranken Mutter, ihre Brüder leben anderswo in der Umgebung. Ihren Lebensunterhalt bestreitet sie mit ihrer so mühe- wie liebevoll betriebenen Wildbienen-Imkerei. Die bringt auf dem Markt in der Hauptstadt Skopje guten Erlös, so dass sie von ihren Fahrten dorthin auch mal kleine „Luxusgüter“ wie Bananen mitbringen kann. Ihr ruppiger Ton, wenn sie die Mutter wie ein Baby löffelweise füttert, täuscht Unwilligkeit vor – sie würde die Mutter nie im Stich lassen.

Auch als mit Caravan und LKW eine türkische Nomadenfamilie mit sieben Kindern ins Dorf rollt, die sich dort niederlassen und auch Imkerei betreiben wollen, bleibt Hatidze freundlich und gibt dem neuen Nachbarn Sam gute Ratschläge. Selbst kinderlos geblieben, liebt sie es, mit Sams Kindern zu spielen und sie in ihre Imkerei einzuführen. Aber der Imkererlös, der für zwei reichte, reicht nicht für Sams neun, und so lässt der sich zu einem folgenschweren Fehler verleiten: Statt wie üblich den Bienen eine Hälfte ihres



Hatidze und die Bienen: eine grandiose Geschichte über das friedliche Zusammenleben von Mensch und Tier.

Honigs zu überlassen – das hält sie davon ab, andere Bienenvölker anzugreifen –, setzt Sam aufs schnelle Geld und verkauft alle Waben. Der Konflikt mit Hatidze ist damit unvermeidlich.

1994 hatte der aus Skopje stammende, aber seit 1985 in New York lebende Regisseur Milcho Manchevski für „Before the Rain“ eine Oscar-Nominierung erhalten. Mit seiner doppelten Oscar-Nominierung für „Honeyland“ kam das kleine Balkanland Mazedonien 2019 wieder ins Blickfeld der Cineasten, diesmal mit einem im eigenen Land produzierten Film. Der Film hat bei internationalen Festivals gehörig und zu Recht „abgeräumt“; bisher sind es allein über 25 Preise und unzählige Nominie-

rungen, darunter so wichtige Auszeichnungen beim Sundance Film-Festival. Leider verschwand der Film schon im November viel zu früh aus den deutschen Kinos, nun ist dieses Kleinod wenigstens im Heimkino wieder zu besichtigen – wie passend zur Diskussion um das Spannungsfeld zwischen nachhaltigem und profitorientiertem Wirtschaften in Zeiten von Corona.

Schon die ersten Bilder aus dem Halbdunkel von Hatidzes spärlich erleuchteter Hütte oder eine Kamerafahrt, die ihr an steilem Abhang auf dem Weg zu ihren in Felsspalten lebenden Bienenvölkern folgt, geben einen Eindruck von ihrem fast archaischen Verhältnis zur Natur. Mit ihren Warzen,

ihren runzligen Zügen und ihrem eher murmelnden Gesang ist sie alles andere als eine Schönheit. Umso erfreulicher, dass die Regisseure, die eigentlich nur einen kurzen „Kulturfilm“ über die Gegend drehen sollten, das Potenzial dieses Stoffes erkannt haben. Für Tamara Kotevska ist ihr Film denn auch ein Beispiel dafür, dass eigentlich jeder Mensch zum Protagonisten im Dokumentarfilm taugt, wenn man ihm nur mit der nötigen Offenheit und Sensibilität entgegentritt. Eine Lektion, die man hier mit Vergnügen lernen kann in 85 Minuten. Bestellmöglichkeiten über „Neue Visionen Filmverleih“ als DVD und VoD.

Hans-Günther Dicks

Zwei kritische Geister

Lessing rechnet mit seiner Zeit ab und Christoph Hein mit der Gegenwart

Christoph Hein ist ein entschiedener Anhänger von Gotthold Ephraim Lessing (1729 bis 1781), er gehört in sein Panorama der erwählten Geister und wird von ihm als ein Geistesverwandter betrachtet. Zwei Aufklärer als Brüder im Geiste, beide Dichter, Denker, Theatermacher und Kritiker. Insofern wundert es nicht, dass Hein sich Lessing in einer Erzählung nähert. Hein wählt dafür eine besondere Situation: Der auf den Tod kranke Lessing lässt im Gespräch mit seiner Stieftochter Amalia, mit der ihn mehr als väterliche Verantwortung verbindet, sein Leben Revue passieren und erinnert seine Vorhaben, seine Taten und das Erreichte. Von seinen großen und anspruchsvollen Zielen ist zu hören und von den Enttäuschungen, die ihm Mitmenschen und Gesellschaft bereiteten. Im Oktober 1842 schreibt die mittlerweile 81-jährige verwitwete Posträtin Maria Amalia Henneberg, geb. König, an eine Bekannte über ihr Verhältnis zu Lessing, dessen Stieftochter sie war, und seinen Tod 1781. Der Großvater der Briefempfängerin, Alexander Daveson, ein schillernd-zwielichtiger Freund Lessings, war mit Amalia in dessen Todesstunde in Braunschweig anwesend.

Das ist spannend, interessant und in altersweiser Briefstruktur dem Aufklärer Lessing angemessen. Selbst der Ton, in dem Hein diese Amalie schreiben lässt, die mit großem historischem Abstand ein Geständnis über den letzten Lebensabschnitt des Stiefvaters schreibt, ist beeindruckend zeitgemäß und diesem literarischen Genre angemessen. Dabei verschweigt sie das letzte Wort, das er an sie richtet – es gäbe sicher Aufschluss über ihre wirk-

liche Beziehung, über die es Gerüchte gibt, die aber weiter im Dunkel bleibt. In der Literaturgeschichte findet sich der Ausspruch des Hofmedicus Brückmann, dass Lessing zu Amalie gesagt habe: „Sei ruhig, Malchen.“ Hein zitiert den Weinhändler Johann Hermann Angott, in dessen Haus Lessing starb: „Es ist vollbracht, Malchen.“ Daveson habe dagegen gehört: „Es hat nicht sein sollen, Malchen.“ Er kam damit dem letzten Wort nahe, doch war es vielleicht noch ein wenig anders. Hein lässt Intimeres ahnen, eine von Lessing beabsichtigte Ehe mit der Stieftochter, über die damals in der Öffentlichkeit, später in der Literaturgeschichte gesprochen wurde. Das ist die anregende Handlung der Erzählung. Ihre Absicht geht weit darüber hinaus.

Hein benutzt die Möglichkeit der geborgten Biografie, um über mehr als Lessings Sterben und seinen Tod zu berichten. Heins Beziehung zu Lessing ist von Beginn an von Anerkennung geprägt: Für ihn ist es ein Schriftsteller, der die Forderungen der Zeit erkannte und ohne Rücksicht auf die eigene Befindlichkeit seine literarischen Fähigkeiten für deren Verwirklichung nutzte. Das bedeutete indessen Widerspruch, Verzicht auf Bequemlichkeit, auch auf Wohlstand und Ehre; diese Menschen, so Heins Lessing, „haben die Bequemlichkeit, unmündig zu sein, verworfen und wollen allein den eigenen Verstand, die eigene Erfahrung nutzen“. Doch damit scheitern sie.

Lessings Scharfsinnigkeit und protestantische Klarheit findet sich wieder in Heins geistiger Präzision und pointierter Sachlichkeit. Zu Lessing gehört die Idee der Toleranz, zuerst auf

die Religion bezogen: Hein erinnert schon früher mehrfach an das Beispiel der Ringparabel, erweiterte aber den Begriff in einer Variation von Immanuel Kants Antwort auf die Frage, was Aufklärung sei: „Toleranz ist der Ausgang des Menschen aus dem beschränkten Egoismus seiner selbst, seiner Gesellschaft, seines Staates, der die für ihn und die Menschheit unaufgebar scheinenden Werte benennt, um sie in einer den anderen achtenden Haltung zu vertreten und zu verteidigen.“ („Zum Fremdwort Toleranz“, 2004).

Die in der neuen Erzählung gewählte Situation findet sich schon als Ablehnung rigoroser: Unerwünscht waren Amalia die „Schreiber von Tagesanzeigern“, denen „nichts an der Wahrheit“, aber alles an der Sensation lag und die Lessings Andenken „besmutzen“ wollten. Für Lessing aber war die Wahrheit „die höchste Tugend“, so zitiert ihn Hein. Kritik übte Lessing an den Literatur- und Theaterverhältnissen, über die er im Zusammenhang mit einem Nachspiel zu seinem Theaterstück „Nathan der Weise“ mit dem Titel „Der Derwisch“ (Er habe sein „Testament“ im Kopf „fertig“) nachdachte. Man könne gar nicht „übel genug denken“ von der „deutschen Kunst und Literatur“, sagt er zu seiner Stieftochter und berichtigt von enttäuschten Hoffnungen. Auch vom Theater ist Heins Lessings enttäuscht, dort sei nichts zu erfahren „als Dummheiten“, „Unkosten und Verdruß“. Gerüchte kursierten, schließlich

die umfassende Absage: Lessing ist überdrüssig der Arbeit, „der Theater, der Zeitungen, der Polemiken. Ich will auf keine Kanzel mehr“.

Man stutzt und fragt, ob das noch Lessing oder schon Hein ist, der über seine unerfreulichen Erfahrungen mit der Presse, besonders im Zusammenhang mit seinem im letzten Jahr erschienenen Text „Gegenlauschangriff“, nachdenkt, der seine erniedrigenden Erlebnisse mit der ihm angetragenen Intendanz am „Deutschen Theater“ in Berlin erinnert – die Details ließen sich mehren. Stück für Stück wird die Lessing-Erzählung zu einer kritischen Bestandsaufnahme des Schriftstellers Christoph Hein über sein literarisches Wirken und seine Laufbahn in der Gegenwart.

In einem anderen Zusammenhang erklärte er schon 1978 einem Interviewpartner, dass das literarische Erbe von Lessing, Goethe und Schiller nur durch Schriftsteller existiere, denn Literatur sei ein „sich in beständiger Auseinandersetzung mit der Gesellschaft befindender Prozess“. Dieser Prozess war für Lessing eine Enttäuschung, ist für Hein immer mehr eine Enttäuschung geworden. Auf eine derartige Enthüllung der kulturpolitischen Wirklichkeit konnte die den herrschenden Verhältnissen dienende Presse kaum anders reagieren als mit Schweigen oder unwürdiger Kritik und das tat sie denn auch.

Rüdiger Bernhardt

Christoph Hein: Ein Wort allein für Amalia. Mit Illustrationen von Rotraut Susanne Berner. Berlin: Insel Verlag 2020. Insel-Bücherei Nr. 1479, 86 Seiten, 14,- Euro

Kultursplitter

Eine Katastrophe

Der Umgang der herrschenden Klasse mit der Pandemie zeigt eines deutlich: Die Sicherung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist erstes Gebot, die Milliardensummen dienen dem Ziel, die Kapitalkräfte zu stärken und ihre Macht zu sichern. Dafür werden Notstandsmaßnahmen umgesetzt und Grundrechte außer Kraft gesetzt. Im Artikel 27 der „Allgemeinen Menschenrechte“ heißt es: „Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.“ Dieses Recht ist nun mehr oder minder außer Kraft gesetzt, virologische Beschreibungen der Pandemie werden eins zu eins von der herrschenden Politik übernommen und umgesetzt.

Die Kulturwirtschaft ist massiv bedroht, nach derzeitigen Zahlen verliert die darstellende und die bildende Kunst bis zu 75 Prozent ihres Jahresumsatzes, die Musikwirtschaft rechnet mit bis zu 60 Prozent, die Filmwirtschaft befürchtet über 70 Prozent Umsatzeinbruch. Was bedeutet das für die Betroffenen? Toni Köhler-Terz, Mitglied des Parteivorstands der DKP und Vorsitzender der Kulturkommission der Partei, führt aus: „Das Einkommen der Künstler, Veranstalter, Galeristen, Theater, Kinobetreiber und anderen beträgt seit Anfang März zumeist Nullkommanull. Die Soforthilfen decken in aller Regel nicht einmal die Betriebskosten – und nur dafür werden sie gezahlt – der kleinen Unternehmen und Vereine; für Lebensunterhalt, Wohnung, Essen, Krankenkasse bei den selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern gibt es kein Geld. Das ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber anderen Branchen – ein Auftritt, den man heute nicht machen kann, der ist nicht nachzuholen, diese Einnahmen sind für immer weg, für Veranstalter wie Künstler. Besonders schlimm, nach der Krise kann man auch nicht sofort beginnen, da gehört viel Vorbereitung, Proben, Einstudieren, aber auch viel vorherige Organisation dazu, was nicht in wenigen Tagen zu leisten ist. Die bis dato in der Mehrzahl schon prekär lebenden Musiker, Schauspieler, Maler, Grafiker, Techniker, Rahmenbauer, Servicekräfte, Bühnenarbeiter, Sicherheits- und Cateringunternehmen, Kleinhändler auf den Festivals ... Hunderttausende sind betroffen und stehen vor dem Aus.“

Alle Teilbereiche der Kulturwirtschaft stellen gleiche oder ähnliche Forderungen und sammeln Unterstützungsunterschriften. Im Wesentlichen lassen sich diese so zusammenfassen: Die Einschränkungen im öffentlichen Raum treffen Künstler und Kulturschaffende besonders hart. Deshalb muss unbedingt für eine ausreichende Grundsicherung außerhalb Hartz IV für mindestens ein halbes Jahr gesorgt werden. Eine sofortige Beendigung der Kontakteinschränkungen unter Berücksichtigung notwendiger Abstandsregeln und damit eine schnelle Öffnung kultureller und soziokultureller Einrichtungen bei strengen hygienischer Auflagen, damit erstmal überhaupt wieder geprobt und später wieder aufgeführt werden kann. Notwendig sind auch Entschädigungszahlungen für den entgangenen Umsatz an kleine Kulturunternehmen, die ohne diese nicht überleben werden. Endlich umgesetzt werden muss auch die Forderung nach Ausstellungshonoraren für bildende Künstler. Ein ausreichender Wiederaufbaufonds für die Kulturbranche muss bei den Planungen der Mittel von Bund und Ländern vorgesehen werden. Die Förderung von Kunst und Kultur, besonders der kulturellen Bildung, muss Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Diese sind dazu ausreichend mit Mitteln auszustatten. Die Kulturwirtschaft selbst ist aufgefordert, neue Formen und Wege in der ideologischen Auseinandersetzung zu entwickeln.

Herbert Becker

Hier Stress, dort Kurzarbeit

Interessenvertretung stößt in der Pandemie an ihre Grenzen. Betriebsräte im Gesundheitswesen unter Druck

Die Corona-Pandemie setzt die Beschäftigten im Gesundheitswesen unter Druck. Wie können sie ihre Interessen im Betrieb trotzdem schützen? UZ hat Kolleginnen und Kollegen im Krankenhaus und in der Pflege gefragt.

Behandlungen abgesagt, weniger Patienten als Vorsorge für den Höhepunkt der Pandemie: Manche Kliniken waren in den letzten Wochen nur zu 50 oder 60 Prozent ausgelastet. Die Beschäftigten sagten: Jetzt können wir einmal so arbeiten, wie es nötig ist – wie es aber normalerweise unter dem dauernden Personalmangel nicht möglich ist. Die Klinikbetreiber bekommen die freien Betten vom Staat bezahlt, die „Freihaltepauschale“ beträgt pro Bett und Tag 560 Euro.

Die Geschäftsführung eines privaten Klinikkonzerns hat in diesen Wochen vom Betriebsrat (BR) gefordert, die Beschäftigten sollten zunächst Überstunden abbauen und Resturlaub verplanen – und dann Minusstunden sammeln, auch über die tarifliche Grenze hinaus. Als der BR nicht zustimmen wollte, legte die Personalabteilung nach: Sie kündigte an, Pflegekräfte und Ärzte in Kurzarbeit zu schicken. Der Träger wollte also die Lohnkosten sparen und trotzdem die Pauschale aus Steuergeldern einnehmen – auf Kosten der Beschäftigten.

UZ sprach mit der Stellvertretenden BR-Vorsitzenden, die weder ihren Namen noch den ihrer Klinik in der Zeitung lesen will. „Die Arbeitgeber begründen ihre Entscheidungen mit Corona-Maßnahmen und vergessen dabei die Mitbestimmung“, sagt sie. In dieser Situation hat der BR nicht die Möglich-

keit gesehen, sich gegen die Drohung der Geschäftsführung durchzusetzen. Um die angedrohte Kurzarbeit abzuwenden, stimmte er einer Betriebsvereinbarung zu, die erlaubt, Minusstunden anzusammeln.

führung anstelle von Festangestellten auch Medizinstudenten einsetzt, die als Hilfskräfte für den Fall einer Überlastung der Klinik mit Corona-Patienten eingestellt wurden. „Die Stammitarbeiter bauen Minusstun-

den Kontakt hatten, solange sie keine Symptome haben – aber nur in Fällen von besonderem Personalmangel. In dieser Klinik ließ die Geschäftsführung auch ohne Personalmangel Mitarbeiter zur Arbeit kommen, die vom

zwar auf den Gesundheitsschutz beziehen“, erklärt die Betriebsrätin, „wenn aber die Hygiene-Chefärztin sagt, da sind keine Tests erforderlich, das ist mit dem Gesundheitsamt so abgestimmt, dann sind wir als BR da raus.“ Sie schätzt ein: „Es geht nur darum, wer die Tests zahlt, um wirtschaftliche Fragen – nicht darum, die Mitarbeiter und Patienten zu schützen.“

ver.di kann nicht genau einschätzen, wie viele Minusstunden die Kollegen in den letzten Wochen ansammeln mussten. In manchen Häusern konnte die Interessenvertretung das ganz verhindern, in kleineren, zum Beispiel kirchlichen Häusern ist die Dunkelziffer vermutlich hoch. Auch damit können Klinikträger die Lasten der Pandemie auf die Beschäftigten abwälzen.

Nun nehmen die Kliniken wieder mehr Patienten auf, weil die befürchtete große Anzahl an Covid-Patienten nicht kam. Die Regierung hat sie zwar verpflichtet, Intensivkapazitäten vorzuhalten. Die Kliniken sind aber gezwungen, Gewinn zu machen. Selbst die Chefärzte verdienen oft mehr, wenn sie vorher vereinbarte OP-Zahlen einhalten – auch sie haben also ein Interesse daran, die Patientenzahlen möglichst stark zu steigern.

Jetzt zum Regelbetrieb zurückzukehren wäre „grundfalsch“, warnt Sylvia Bühler, im ver.di-Bundesvorstand für das Gesundheitswesen zuständig. Es gebe keinen Grund für Entwarnung. „Auf gar keinen Fall dürfen betriebswirtschaftliche Überlegungen hierbei eine Rolle spielen. Es muss um die bestmögliche Gesundheitsversorgung gehen – um nichts anderes.“

Olaf Matthes



Foto: ©Bundeswehr/Sandra Herholt

„Wenn die Hygiene-Ärztin sagt, bei uns sind keine Tests erforderlich, sind wir als Betriebsrat raus“.

Der BR konnte noch nicht feststellen, wie viele Minusstunden die Kollegen machen mussten – dazu müssen die Dienstpläne für den April ausgewertet werden. Im zweiten Halbjahr des Jahres müssen diese Minusstunden nachgearbeitet werden, dann müssen die Kollegen also mehr arbeiten als tariflich vorgesehen. Der BR hat Hinweise darauf, dass die Geschäfts-

den auf, die Hilfskräfte sind billiger und werden deshalb eingesetzt“, sagt die Betriebsrätin. „Das zeigt, dass wir in einem kapitalistischen System unterwegs sind, in dem die Wirtschaftlichkeit vor dem Nutzen der Allgemeinheit steht.“

Das Robert-Koch-Institut hatte empfohlen, dass Klinikmitarbeiter weiter zur Arbeit gehen, wenn sie mit Infektion

Gesundheitsamt unter Quarantäne gestellt worden waren. Sie durften nicht einkaufen, mussten aber zur Arbeit. In dieser Sache konnte der BR sich gegen die Geschäftsführung durchsetzen.

In einer anderen Frage hat der BR überhaupt keine Möglichkeiten: Ob die Kolleginnen und Kollegen auf eine Infektion getestet werden, können sie nicht beeinflussen. „Wir können uns

„Du kommst nicht mehr nach“

Interview mit der Betriebsratsvorsitzenden einer Pflegeeinrichtung

Nadja K., die eigentlich anders heißt, ist Vorsitzende des Betriebsrates in einer Pflegeeinrichtung eines privaten Trägers.

UZ: Ist es in der Pandemie überhaupt noch möglich für den Betriebsrat (BR) einer Pflegeeinrichtung, die Interessen der Beschäftigten zu schützen?

Nadja K.: Das ist total schwierig. Natürlich sind die Kollegen für Betriebsratsarbeit freizustellen – aber wir müssen gucken, dass wir die normale Arbeit auf den Stationen auf die Kette kriegen. Da ist es schon schwierig, eine BR-Sitzung zu machen.

UZ: Bei euch gibt es noch keine Covid-19-Ansteckung. Sorgt dein Arbeitgeber dafür, dass die Beschäftigten sich selbst und die Patienten vor einer Infektion schützen können?

Nadja K.: Ja, es gibt ja auch Verordnungen der Gesundheitsämter. Die Leitung versucht, Schutzmaterial zu besorgen. Atemschutzmasken nähen wir selbst, die Versorgung ist dürftig. Die Leitung versucht, alles sinnvoll zu verteilen. Aber alle zu schützen bringt natürlich einen höheren Arbeitsaufwand mit sich. Zum Beispiel die Abstandsregeln – da kommen Verordnungen vom Gesundheitsamt, aber mit der Umsetzung ist das Team auf der Station alleine.

UZ: Durch die Pandemie habt ihr mehr Arbeit, aber nicht mehr Kolleginnen und Kollegen.

Nadja K.: Genau. Die Logistik ist aufwändig, die Kollegen stehen unter psychischem Stress. Es gibt einen Mangel an Handschuhen und Desinfektionsmitteln, auch das vergrößert den Stress. Wir haben eine Quarantänestation eingerichtet, die Leute dafür sind aus ihren Teams abgezogen worden. Sollten wir die erste Corona-Infektion haben, wird es noch viel stressiger. Und bald ist Urlaubszeit. Bisher sagt die Leitung, wir sollen unseren Urlaub nehmen, weil niemand weiß, was kommt.

UZ: Haben sich eure Arbeitszeiten verändert?

Nadja K.: Manche Einrichtungen haben auf Zwölf-Stunden-Schichten umgestellt, das steht bei uns nicht zur Debatte. Der Arbeitgeber wollte, dass wir Minusstunden machen, um anschließend mehr arbeiten zu können. Das hat er aber auf der Corona-Sondersitzung von Wohnbereichsleitungen und Therapeuten nicht durchbekommen. Da mussten wir als BR nichts machen. Bisher schickt die Leitung auch keine Leute ins Frei, damit sie ad hoc einspringen können. Wir vermuten aber, dass das bald kommt – auf unserer nächsten Sitzung beraten wir das.

UZ: Wenn Kollegen und Bewohner sich mit dem Virus anstecken, ist es dann überhaupt noch möglich, die Arbeitszeiten zu verteidigen?

Nadja K.: Bis zu einem gewissen Grad schon. Nur sind wir in der Pflege ja auch körperlich sehr nah am Bewohner. Wenn es einen Fall auf einer Station gibt, könnte die ganze Station sehr schnell befallen sein. Das könnte der Punkt sein, an dem Leute aus dem Frei geholt werden.

UZ: Gleichzeitig näht ihr in der Dienstzeit Masken.

Nadja K.: Eigentlich ist das eine Schande für ein Industrieland. Es ist doch absurd, dass wir in einer Pflegeeinrichtung selbst Stoffmasken nähen müssen. Der Arbeitgeber hat zwar auch externe Näherinnen beauftragt, die kommen aber nicht nach.

UZ: Was müsste passieren, um die Belastung zu verringern?

Nadja K.: Zusätzliche Kräfte wären super – Hauswirtschaftskräfte, Reinigungspersonal –, der Aufwand für Hygienemaßnahmen ist extrem gestiegen. Alle machen sauber und verteilen Sachen, aber du kommst mit der Arbeit nicht mehr nach. Aber der Arbeitgeber wird sich natürlich nicht darauf einlassen, mehr Leute einzustellen.

Interview: Olaf Matthes

Kaffeefilter und Wodka

Wie die Pandemie Mitarbeiterinnen einer Pflegeeinrichtung zusetzt



Foto: Thomas Brenner

In die Krisensitzung hat der Chef Kaffeefilter mitgebracht, drei Tünnen voll. Dazu einen Tacker und Gummibänder. Gummiband an Kaffeefilter, fertig ist der Mundschutz.

Mia L., deren Namen wir ändern mussten, arbeitet in derselben Einrichtung wie Nadja K. (siehe Interview). Nach der Krisensitzung ist sie zurück in ihre Station gekommen und hat dem Team erklärt, wie sie ab sofort die Bewohner vor einer Infektion schützen sollen. Ein paar richtige Masken hatte die Einrichtung, in der pflegebedürftige psychisch Kranke betreut werden, zwar noch vorrätig, die sollten aber gespart werden, falls Covid-19 tatsächlich ausbricht.

Anscheinend können Kaffeefilter tatsächlich Erreger aus der Atemluft abfangen, die getackerten Filter schließen recht gut. Nur: Sie reißen schnell. In der Teambesprechung sagt Mia: Ich bringe meine Nähmaschine mit, wir nähen selbst. Diese Masken sind zwar wiederverwendbar, trotzdem braucht jeder Mitarbeiter mehrere.

Auch einen Notvorrat an Einweg-Schutzkiteln hat die Einrichtung noch. In einer Pflegeeinrichtung gibt es neben Corona auch andere, teils multiresistente Keime. Um infizierte Bewohner zu pflegen, haben die Kollegen Krankenhaushemden bekommen, die am Rücken zugebunden werden, „Engelhemdchen“. Die Ärmel reichen bis zum Ellbogen und haben einen weiten Bund – „Wenn du jemanden pflegst, der sich eingekotet hat, hängst du mit dem Ärmel in der Scheiße“, erklärt Mia. Die Leitung bestellt Plastiküberzieher für die Arme nach, so funktioniert es halbwegs.

Die improvisierten Masken schützen die Bewohner, nicht die Mitarbeiter, die sie tragen. „Die Kollegen haben in den Teamsitzungen gefragt: Wir schützen die Bewohner, aber was ist denn mit unserer Gesundheit?“

Normalerweise können die Bewohner die Einrichtung selbstständig verlassen, im Moment bleiben die Türen geschlossen. Bewohner, die Kontakt zu Unbekannten hatten, müssen für zwei Wochen auf die Quarantänestation. Um so eine Station zu bilden, haben manche Einrichtungen die Bewohner zu viert in ein Zimmer verlegt. In Mias Einrichtung war es einfacher: Hier stand eine Station leer – wegen Personalmangels.

Manche der Bewohner sind Alkoholiker, sonst kaufen sie Schnaps bei Lidl. Die Einrichtung hat entschieden, dass an solche Bewohner Wodka ausgegeben wird – sonst würden die Hygienemaßnahmen diese Bewohner zu kaltem Entzug zwingen.

Abstand organisieren, Essen auf die Zimmer bringen, Masken nähen – gleichzeitig setzen die Schutzmaßnahmen die Bewohner unter Stress. „Die bräuchten jetzt mehr Zuwendung, das können wir aber nicht gewährleisten.“ Mia erzählt, wie eine demente Bewohnerin darunter leidet, dass sie die Gesichter der Pflegekräfte nicht mehr sieht – sie weint und weigert sich, sich versorgen zu lassen. Eine andere hat nicht gegessen und getrunken, weil ihre Tochter sie nicht mehr besuchen kam. Die Kollegen organisierten, dass die Tochter trotz Besuchsverbotes in Schutzkleidung und mit Abstand ihre Mutter sehen konnte. Manche Wohnheime lassen wieder Besuche zu. Die Angehörigen sagen: Ich kann überall einkaufen gehen, wieso kann ich meine Mutter nicht besuchen?

Material ist knapp, die Kollegen müssen improvisieren und nachbessern. Die Bewohner leiden unter den Hygienemaßnahmen, die Mitarbeiter müssen mehr Aufgaben erledigen. Dabei ist dieses Heim wegen seiner psychiatrischen Ausrichtung besser mit Personal ausgestattet als andere Pflegeheime. „Es gibt keinen Alltag mehr“, sagt Mia, „du kommst zur Arbeit und fragst dich: Was passiert heute? Was für eine Anordnung kommt?“ Nun steigt durch die von Landes- und Bundesregierung beschlossenen Lockerungen die Gefahr, dass das Virus in die Einrichtung getragen wird. Mias Kollegen macht das wütend – was sollen sie machen, wenn Covid-19 bei ihnen ausbricht?

OM

Saigon ist frei!

Vor 45 Jahren siegte Vietnam gegen die USA • Von Stefan Kühner



Am 30. April 1975 erreichten die Panzer der Befreiungsarmee den Präsidentenpalast in Saigon.

Überall auf der Welt wehte am 1. Mai 1975 neben den roten Fahnen der Arbeiterbewegung die rote Fahne mit dem gelben Stern Vietnams. „Alles auf die Straße, rot ist der Mai – alles auf die Straße, Saigon ist frei!“ sangen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mai-Kundgebungen in Dresden, Weimar und Berlin (DDR) sowie in Westberlin, Frankfurt, Karlsruhe, Essen und vielen anderen Städten. Die Nachricht, dass am 30. April 1975 morgens um 9:30 Uhr ein Panzer mit der Flagge der Befreiungsarmee das Tor des Präsidentenpalastes in Saigon niedergewalzt hatte, elektrisierte die Menschen im positiven Sinne überall auf der Welt. Es bedeutete endgültig Frieden in Vietnam nach insgesamt 30 Jahren Krieg, zuerst gegen französische Kolonialisten und dann gegen die Imperialisten der USA und ihre Marionetten in Südvietnam.

Vietnams Kampf gegen den Kolonialismus

1885 hatte Frankreichs Regierung Vietnam vollständig als Kolonie unter seine Macht gezwungen. Das Land wurde, wie andere Kolonien auch, systematisch ausgeplündert. Widerstand wurde von den französischen Kolonialtruppen mit brachialer Gewalt niedergeschlagen. Am 2. September 1945 aber proklamierte Ho Chi Minh in Hanoi vor tausenden jubelnden Menschen die Demokratische Republik Vietnam (DRV) und die Unabhängigkeit des Landes. Die antikonkoloniale Befreiungsbewegung hatte die Phase unmittelbar, nachdem auch in Asien der Zweite Weltkriegs zu Ende war, genutzt, um ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die Hoffnung, dass nach der Niederschlagung des Faschismus vor allem Britannien die Unabhängigkeit Vietnams schützen würde, wurde jäh zunichte gemacht. Die britischen Schiffe, die 1945 in Saigon landeten, öffneten die Tür für ein neues französisches Expeditionskorps. Ab 1950 tobte ein harter Kampf gegen die französischen Kolonialisten, die mit viel Geld und Waffen aus den USA unterstützt wurden. 1954 mussten die französischen Truppen aber in Dien Bien Phu kapitulieren – frei war das vietnamesische Volk damit aber noch nicht. Die USA hintertrieben die in Genf ausgehandelten Verträge, nach denen die Vietnamesen spätestens 1956 frei über ihre Zukunft entscheiden sollten. Sie teilten Vietnam und installierten in Saigon ein Regime, das voll und ganz nach ihrer Pfeife tanzte. Im Norden blieb die Demokratische Republik Vietnam (DRV) unter Führung von Ho Chi Minh und der Kommunistischen Partei Vietnams. Die Menschen in ganz Vietnam wollten keine Teilung, sondern Unabhängigkeit (Doc Lap) und Wiedervereinigung. Der Widerstand im

Süden wuchs von Monat zu Monat. Das Saigoner Regime unter Führung der USA antwortete mit Gewalt und griff schließlich militärisch ein – gegen die DRV.

Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg

Die Lüge von einem angeblichen Angriff auf den US-Zerstörer „Maddox“ musste im August 1964 für einen völkerrechtswidrigen Krieg und massive Bombenangriffe auf Vietnams Hauptstadt Hanoi herhalten. Im März 1965 begann mit einer Invasion von 3.500 amerikanischen Elitesoldaten bei Da Nang der Krieg gegen Vietnam mit Bodentruppen. Im April 1965 wurden weitere 82.000 Soldaten nach Südvietnam geschickt. Im Frühjahr 1968, auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen in Südvietnam, waren es zeitweise 550.000.

Terror gegen die Bevölkerung

Es gibt Historiker, nicht nur in den USA, die diesen Krieg als asymmetrischen Krieg bezeichnen, weil die Befreiungsfront aus dem Dschungel und dem Untergrund heraus ihren Kampf gegen die Invasoren führten. Die Asymmetrie ging allerdings von den US-Truppen aus. Sie führten einen Krieg gegen die Bevölkerung – das war nichts anderes als ein einziges Kriegsverbrechen!

Die US-Militärführung hatte dabei eine mörderische Taktik entwickelt: „Search and destroy“. Kleine und größere Gruppen von Kämpfern der Befreiungsfront sollten aufgespürt und auseinandergetrieben werden. Auseinanderreiben hieß nichts anderes als töten. Um den Erfolg der neuen Strategie unter Beweis zu stellen, mussten am Abend jedes Tages die getöteten Gegner gezählt und an das Pentagon gemeldet werden. Der sogenannte „Body count“ war der Leistungsnachweis der US-Soldaten und ihrer politischen Auftraggeber im Pentagon. Eine Unterscheidung von Kämpfern und Zivilisten wurde nicht gemacht – Vietnamesen waren Vietcong, wie die Angehörigen der Nationalen Befreiungsfront (FNL) herabsetzend bezeichnet wurden. Tausende Menschen in den Dörfern und kleinen Städten, egal ob jung oder alt, Männer, Frauen oder Kinder, verloren dabei ihr Leben. Zu einem der schrecklichsten Massaker im Kontext dieser Aktionen kam es am 16. März 1968 in dem mittelvietnamesischen Dorf My Lai. 504 unschuldige und unbewaffnete Zivilisten wurden von Soldaten der US-Armee niedergemetzelt.

Neben tausenden Massakern verübte die US-Armee durch die großflächige Versprühung von Pflanzentvertilgungsmitteln ein systematisches Kriegsverbrechen. Das berüchtigtste dieser Herbizide ist „Agent Orange“. Drei Zwecke

sollten damit erreicht werden. Erstens die Entlaubung des Urwaldes, um den Kämpfern der Befreiungsfront die Deckung zu nehmen. Zweitens die Vernichtung der Nahrungsgrundlage durch das Besprühen der Reisfelder und Gemüseäcker. Drittens sollten damit die familiären und dörflichen Strukturen zerstört werden, in denen die USA-Regierung die „Brutstätten“ der Befreiungsbewegung sah. Millionen Menschen leiden auch heute noch, in der dritten Nachkriegsgeneration, unter den Folgen von „Agent Orange“. Dazu gehören unter anderem Fehlbildungen, Krebserkrankungen und Immunschwächen.

Der Pfad zum Sieg

Trotz all dieser Verbrechen gelang es den Aggressoren nicht, den Willen zu Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit der Bevölkerung Vietnams zu brechen. Am Neujahrsfest (Tet Nguyen Dan) 1968 hatten die Befreiungskräfte den US-Truppen einige harte Niederlagen zugefügt. Zusätzlich wuchs in den USA und weltweit der Protest gegen die US-Kriegsverbrechen. Die US-Regierung begann zu erkennen, dass sie diesen Krieg nicht gewinnen konnte. Sie willigte in Friedensverhandlungen ein, die auf Betreiben der Befreiungsfront im November 1968 in Paris begannen. Es war die Zeit, zu der der Krieg am heftigsten tobte – und da Verhandlungen im fernen Paris. Die Führer der Befreiungsfront und der verbündeten Kräfte der DRV waren kluge Köpfe. Sie eröffneten mit den Verhandlungen eine dritte Front. Die erste Front, die militärische, war der Kampf auf dem Schlachtfeld, die zweite Front, die politische, war die Organisation der internationale Solidarität, und die dritte Front war die diplomatische Front, die der Verhandlungen mit allen am Konflikt beteiligten Gruppen. Der Verhandlungsort war wohl gewählt – Paris war in der Mitte des 20. Jahrhunderts der Ort, an dem sich Intellektuelle (wie Jean Paul Sartre), Journalisten und Politiker aus aller Welt trafen. Hier konnte die Befreiungsfront ein diplomatisches Netzwerk aufbauen. Außerdem lebten in Paris tausende Vietnamesen, die größtenteils patriotisch und links orientiert waren. Sie waren eine logistische Basis und „Familie“ für die Verhandlungsdelegationen. „Es wurden die längsten Friedensverhandlungen der Geschichte“, erzählt Nguyen Thi Binh in ihrer Autobiographie. Sie nahm vom ersten bis zum letzten Tag an den fast fünf Jahre dauernden Verhandlungen teil und unterzeichnete am 27. Januar 1973 das Pariser Friedensabkommen. Die heute 93-Jährige lebt in Hanoi und ist politisch immer noch aktiv. Zu den wei-

teren Unterzeichnern gehörten Henry Kissinger für die USA und Le Duc Tho für die DRV.

Die USA mussten ihre Truppen abziehen, aber der Krieg dauerte an, weil die USA ihre Marionetten in Saigon weiterhin benutzten, um ihre Interessen zu wahren. Unter Bruch des Pariser Friedensabkommens überließ das Pentagon der südvietnamesischen Armee Kriegsgüter in riesigen Mengen – darunter fast 700 Flugzeuge. Außerdem verblieben rund 25.000 Ausbilder und Berater als „Zivilisten“ in Südvietnam. Auch der Terror gegen die Anhänger der Befreiungsbewegung und die Befürworter des Friedensabkommens ging weiter. Statt, wie im Abkommen vorgesehen, die Gefangenen freizulassen, wurden zehntausende weitere eingesperrt, gefoltert und getötet. Zug um Zug gelang es den Befreiungskräften aber, das ganze Land zu befreien.



Die spätere Chefdiplomatin Nguyen Thi Binh im südvietnamesischen Untergrund in den 1960 Jahren

Auch die Zeit danach war hart. Das Land war durch die Bomber der USA und ihre Bodentruppen zerstört. Statt der im Pariser Friedensabkommen vertraglich zugesicherten Wiederaufbauhilfe belegten die US-Regierungen bis in die 1990er Jahre Vietnam mit einem gnadenlosen Boykott, dem sich auch die Regierungen der Bundesrepublik anschlossen. Erst nach 1990 wurden die Boykottmaßnahmen auch von der BRD gelockert und schließlich aufgehoben. Völlig anders sah es in den Beziehungen der DDR zu Vietnam aus. Die Regierung und die Menschen in der DDR halfen nach dem Krieg durch umfassende Unterstützung, die Folgen des Krieges zu lindern und den Wiederaufbau zu fördern.

Unser Autor ist Stellvertretender Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft Vietnam, www.fg-Vietnam.de Buchtipp: Günter Giesenfeld, **Kontext Vietnam: Historische Feinanalysen und politische Perspektiven** Argument Verlag mit Ariadne; Hamburg 2019; 22,- Euro

Die diplomatische Front

Auf Seiten Vietnams war „der General“ an der diplomatischen Front im Vietnamkrieg eine Frau. Sie sprach leise, ruhig, aber mit großem Nachdruck. Die Welt horchte auf, als eine Frau bei den Verhandlungen die Bühne betrat. Ihr Name war Nguyen Thi Binh.

Wer war diese Frau, Jahrgang 1927, Tochter einer patriotischen Familie? Der Großvater mütterlicherseits war ein bekannter Gelehrter, Patriot und Bekannter von Ai Quoc (wie sich Ho Chi Minh als junger Revolutionär nannte). Ihr Vater, auch er ein Patriot, stand im Dienst der französischen Kolonialverwaltung im Mekong-Delta. Er und die Familie lebten auf einem Boot. Später schickten ihn die französischen Behörden nach Kambodscha. Dort studierte die junge Binh an einer französischen Schule. Sie war eine gute Schülerin, vor allem in Mathematik und Sport, und sie war, wie Vater und Großvater, eine Patriotin.

Im April 1951 verhaftete die Saigoner Verwaltung die junge Frau. Sie wurde, wie Ihre Brüder, fürchterlich gefoltert. Drei Jahre musste sie in den berüchtigten Gefängnissen von Saigon verbringen. Die Zeit der Inhaftierung war aber auch eine Zeit, in der die politischen Gefangenen das Gefängnis zu einer Schule machten. Sie organisierten Stunden in chinesischer Literatur, Mathematik und Physik und in den Lehren von Marx, Lenin und Ho Chi Minh.

Nach ihrer Entlassung wurde sie von der Partei in die Pflicht genommen und Nguyen Thi Binh übernahm gefährliche und schwierige Aufträge. In den befreiten Gebieten in Südvietnam gehörte sie der „Provisorischen Revolutionären Regierung“ (PRG) an.

Als Außenministerin der PRG leitete sie dann auch die Verhandlungen mit den USA. Dies war keine leichte Arbeit, auch wenn sie nicht im Bombenhagel stattfand. Ihre Familie lebte in Hanoi. An einer Stelle in ihrer Biografie berichtet Nguyen Thi Binh über das Gefühl, in Europa die Verhandlungen zu leiten, während ihre Kinder in Vietnam waren: „Wir waren in Paris, aber wir kannten die Stellen, an denen der Feind seine Todesfracht abgeworfen hatte. Ich war außer mir vor Sorge, als ich hörte, dass der Amerikaner Hung Yen bombardiert hatte, eine Provinzhauptstadt etwa drei Kilometer von Hanoi entfernt. Dort hin waren meine Kinder evakuiert worden. Einige Tage später kam von den Genossen in Hanoi, dass meine Kinder in Sicherheit seien. Ich atmete vor Erleichterung tief durch!“

Nach dem Ende des Krieges im April 1975 trat im Juli 1976 die Nationalversammlung zusammen und beschloss die Wiedervereinigung des Landes zur Sozialistischen Republik Vietnam. Nguyen Thi Binh übernahm als Ministerin für Erziehung die komplizierte Aufgabe, zwei völlig unterschiedliche Erziehungssysteme zu vereinen.

1992 wurde sie in das Amt der Stellvertretenden Präsidentin ihres Landes berufen. Nach dem Verschwinden der sozialistischen Völkergemeinschaft musste sie das Bildungswesen erneut neu organisieren. Neben dem Gesundheitswesen vor allem das Bildungswesen durch die RGW-Länder finanziert worden.

Erst im Alter von 75 Jahren zog sie sich als Repräsentantin der staatlichen Politik zurück, was aber nicht bedeutete, dass sie sich gesellschaftlich und sozial nicht mehr engagierte.

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker



Unsere Genossin
Swetlana Ebert
15. Februar 1968 – 14. April 2020

ist viel zu früh von uns gegangen.
Ihre Arbeit in der internationalen Solidarität wird
schwer zu ersetzen zu sein.

Wir sprechen unserem Genossen Erik und seiner
Familie unsere herzliche Anteilnahme aus.

DKP-Gruppe Lichtenberg-Marzahn-Hellersdorf
Landesorganisation DKP-Berlin
Internationale Kommission der DKP

Wir trauern um Genossen
Horst Bergmann
3.2.1940 – 13.4.2020

Der Tod seines Vaters, der als Soldat in der Wehrmacht
hatte sterben müssen, hat Horst entscheidend geprägt
und ihn schon sehr früh zu einem leidenschaftlichen An-
tifaschisten und Antimilitaristen werden lassen

In den 1970ern trat er der DKP und IG Metall bei. 25 Jahre
hat er sich als Betriebsrat für die Interessen der Beleg-
schaft der Siemens-Hofmannstraße eingesetzt. Davon
20 Jahre freigestellt. Sein gemeinschaftlicher Kampf
um Tausende von Arbeitsplätzen gegen die Siemens-
Konzernspitze war beispielhaft. Horst war für mehrere
Jahrzehnte ein wichtiger und sehr bekannter Genosse
in München, der in vielen gesellschaftlichen Bereichen
aktiv war. Er war einige Zeit auch Mitglied im Vorstand
der DKP und Kandidat der DKP zur Wahl des Münchner
Oberbürgermeisters.

Auch nach seinem Umzug nach Raubling und seinem
Austritt blieb er politisch aktiv. So war es mit seine
Idee, 2011 in Rosenheim ein permanentes Bündnis fort-
schrittlicher und linker Menschen zu organisieren und
dafür eine feste Institution zu schaffen: Das „Z – Linkes
Zentrum in Selbstverwaltung“. Horst war ein gebildeter
Marxist mit einem umfassenden Verständnis der ge-
sellschaftlichen Verhältnisse, der immer sehr gern und
ausdauernd diskutierte und bei kaum einer Demo gegen
alte und neue Nazis fehlte.

Daneben liebte er lange Wanderungen in den bayrischen
Bergen, seinen Stammtisch mit seinen Freunden und
war begeisterter Schwammerlsucher.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

DKP Südbayern
DKP München

jW Spezial



Mittwoch, 6. Mai, in jW: 12 Seiten extra
Antifaschismus
75 Jahre Befreiung

»Warum besucht kein deutscher Politiker Gedenkstätten in
Russland?« Interview mit Iwan Rodionow, Chefredakteur
RT Deutsch | **Der Streit um den 8. Mai.** Von Ulrich Schneider | **Frauen**
im antifaschistischen Widerstand. Von Helga Hörz | **Antifaschisten**
über den Weg zu Hitler. Von Arnold Schölzel

Kauf am Kiosk!

Antifaschismus
junge Welt

FOTO: TASS/JEWGENI CHALDEI/ASS/DPA

HOTEL - RESTAURANT - CAFÉ
Gasthof Heimes
1591 - 1685 - 1759 - 1841
★★★ Superior
57392 Schmallenberg-Grafschaft
Tel.: 02972 97800 · Fax: 02972/978097
mail@gasthof-heimes.de · www.gasthof-heimes.de



Entschleunigung
Ruhe & Natur satt im
Müritz-Nationalpark
3 FeWo für je 2-3 Personen,
ganzjährig in Kratzburg-Granzin.
Tel: 039822/299488
joergtrinogga@web.de

Urlaub im Lotsenhaus
an der Ostsee
(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.
Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

Wo Ferien noch Ferien sind
- auf dem Hollerhof -
• Rundum Natur pur – viel
Ruhe • Kittners Bibliothek von
etwa 10 000 Büchern • 3 kom-
fortable Ferienwohnungen (63
bis 93 qm) für 2-5 Personen
Tel: +43 (0)3476 20525
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at
www: hollerhof.at

Toskana, nah am Meer
www.toskana-biohof.de | 0039. 0566. 81478
Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.

„Die erste Freiheit einer Presse
ist kein Gewerbe zu sein“
Karl Marx



Danke
allen Kolleginnen und Kollegen der ver.di-Ebene, der Deut-
schen Journalisten-Union (dju), aus den Pressestellen der
Einzelgewerkschaften und des DGB, den Redaktionen linker
Print- und Onlinemedien,
die mir zu meinem 70-jährigen Geburtstag gratuliert haben.
Herbert Schedlbauer



**GEGEN
DIE
KRIMINALISIERUNG
LINKER POLITIK!**
solidaritaet-verbindet.de
**SOLIDARITÄT
VERBINDET**
ROTE HILFE E.V.

Traktat über Logik und Sprache
Logik für Kommunisten
von Wilhelm Rettler. Könnert Verlag 2018. Jetzt 3,- Euro, zu
beziehen bei whrettler@web.de

Am Anfang steht die Aufforderung von Hans Heinz Holz, „Die
Kommunisten müssen auf äußerste Genauigkeit bei der Anwen-
dung der Begriffe achten“, die sich wie ein roter Faden durch das
Büchlein zieht. Schon Friedrich Engels rügte die sinnverdrehen-
den Wörter Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die heute leider nicht
zuletzt dank der deutschen Sozialdemokratie auf einen phänome-
nalen Siegeszug zurückschauen können. Der Autor schließt aus
dem relativ geringen Zuspruch, den die Kommunisten vorläufig
haben, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr in der Lage
ist, ihre eigenen objektiven Interessen zu erkennen. Dies habe
insbesondere auch mit Sprachmanipulationen und Trugschlüssen
zu tun. Die Broschüre füllt eine Lücke und gehört in die Hand je-
des Kommunisten, der sich vertieft mit ideologischem Klassen-
kampf auseinandersetzen möchte.
Dr. Martin Baraki

Neu im Neue Impulse Verlag: **75 Jahre Befreiung von Krieg und Faschismus**



Jack London
Die Eiserne Ferse
Roman
256 Seiten, 16,80 Euro
ISBN 978-3-96170-021-1

»Ich dachte, das Buch wäre
zeitgemäß, aber sie haben
alle Angst vor ihm. Selbst die
Sozialisten, meine eigenen
Leute, haben mich fallenge-
lassen – sie verleumdten das
Buch als eine düstere Prophe-
zeiung, und im anderen Lager
schmähen sie es natürlich, wie
sie alles, was ich als Sozialist
schreibe, schmähen, wo sie nur
können ... Ich habe »Die Eise-
rne Ferse« als eine Warnung
geschrieben, damit sie wissen,
was geschehen könnte, wenn
sie (die Arbeiter; R.R.) bei den
Wahlen nicht das Ihre tun.«
Jack London, 1908



Emil Carlebach
Hitler war kein Betriebsunfall
228 Seiten, 16,80 Euro
ISBN 978-3-96170-020-2

Der Einzug der AfD in den
Deutschen Bundestag und in
alle Landtage ist für alle er-
kennbar ein sichtbares Zeichen
für die politische Rechtsent-
wicklung in unserem Land.
Ohne falsche Analogien zu
ziehen, gewinnt vor diesem
Hintergrund die historische Er-
innerung an die Jahre 1932/33
neue Aktualität. Wo Antworten
auf Fragen zur Vorgeschichte
und Etablierung der faschisti-
schen Herrschaft in Deutsch-
land gesucht werden, da bieten
sich die Schriften von Emil
Carlebach an. Sie sind wieder
hochaktuell.« *Ulrich Sander*



Allan Merson
Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland
312 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-96170-011-0

»Ihr dürft nicht vergessen, dass
im Kampf gegen den Hitler-
faschismus die Kommunisten
die ersten Opfer waren und die
größten Teile jener, die am Wi-
derstandskampf beteiligt waren,
gestellt haben. Und wir dürfen
nicht vergessen, dass dann in
der ersten antikomunistischen
Phase der Bundesrepublik sehr
häufig die gleichen, die vorher
ein Jahrzehnt oder noch mehr
im KZ oder Zuchthaus gesessen
haben, abermals in den Ge-
fängnissen der Bundesrepublik
verschwinden sind.«
Wolfgang Abendroth



Rüdiger Bernhardt
Maßstab Humanismus
Die sowjetischen Kulturoffiziere
280 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-96170-033-2

Fasst man die Rolle der so-
wjetischen Kulturoffiziere in
einer These zusammen, so darf
festgestellt werden, dass 1945
diese Offiziere in der vorhande-
nen geistigen Desinteressiertheit
bzw. Desorientierung, wie sie im
Nachkriegsdeutschland vorhanden
waren und die von den wenigen
deutschen Antifaschisten nicht im
Alleingang beseitigt werden konn-
ten –, mit Takt und Konsequenz,
unaufdringlich und doch die reale
Macht ihrer Armee nutzend kultur-
politische und literarische, später
auch ästhetische Positionen zur
Diskussion stellten.

**MARXISTISCHE
BLÄTTER**
3_2020
www.marxistische-blaetter.de

8. Mai 1945
Keine Stunde Null

Marxistische Blätter 3_2020

Marxistische Blätter 3_2020

8. Mai 1945
Keine Stunde Null
138 Seiten, 9,50 Euro
978-3-96170-034-9



NEUE IMPULSE VERLAG

Neue Impulse Verlag,
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Tel.: -49 | 201 | 236757
info@neue-impulse-verlag.de
www.neue-impulse-verlag.de

Tag der Begegnung in Torgau

Trotz Corona erinnerten Kommunisten und Friedensfreunde an den Handschlag an der Elbe vor 75 Jahren



Foto: Christian Thiele

Rund 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am vergangenen Samstag in Torgau zum Denkmal mit der Inschrift „Ruhm dem Sowjetvolk – Dank für seine Befreiungstat!“ am Westufer der Elbe. Ursprünglich war für den 25. April eine große Friedensdemonstration über die Elbe geplant, um an den Tag der Begegnung zu erinnern.

Vor 75 Jahren trafen bei Torgau an der Elbe die sowjetische 5. Gardarmee und die US-amerikanische 1. Armee aufeinander. Es kam zu ergreifenden Begegnungen zwischen einfachen Soldaten, die das Zusammentreffen als eindeutiges Zeichen wahrnahmen, dass der deutsche Faschismus besiegt war. Herzlich waren die Umarmungen und echt war der Schwur: „Nie wieder!“ Er ist bis heute am Fahnenmonument am Ostufer der Elbe zu lesen.

Am Denkmal der Begegnung am Westufer ehrt die DKP seit einiger Zeit das Sowjetvolk mit Blumenschalen und Schriftzügen wie „Raus aus der NATO“, „Frieden mit Russland“ und „Drusch-

ba – Freundschaft“. Am 74. Jahrestag im vergangenen Jahr fand eine Demonstration mit etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. In diesem Jahr sollte der Mahngang auch angesichts des US-Manövers „Defender 2020“ ungleich größer werden. Als klar war, dass die Manifestation wegen der Corona-Pandemie nicht stattfinden kann, organisierten die Genossinnen und Genossen der DKP Torgau für jede Organisation, die zu der Demonstration aufgerufen hatte, eine Blumenschale mit Spruchband. So schmückten seit dem 25. April 25 Blumenschalen mit Friedensbotschaften das Mahnmal. Die Losungen kommen unter anderem von den Naturfreunden Berlin, dem Motorradclub Kuhle Wampe, „aufstehen“ Halle, dem „Rotfuchs“, der SDAJ sowie von der DKP Torgau und dem DKP-Parteivorstand.

Die Bündnisdemonstration über die Elbe ist nicht abgesagt, sondern verschoben auf den 3. Oktober.

Elke und Gerd Brucks

Leserbriefe@unsere-zeit.de

Fragen zur Krise

Zu „Die bisher schwerste Krise“, UZ vom 3. April

(...) Krise geht einher mit gewaltiger Kapitalvernichtung. Was Corona-Krise genannt wird, das fällt offenbar zusammen mit der längst sich entwickelnden Wirtschaftskrise. (...)

Woher kommen plötzlich die vielen Milliarden, wo es mitunter für Soziales an Mini-Beträgen fehlt? Welche realen Geldwerte stehen dahinter? Wo und bei wem nimmt Staat die Anleihen, Kredite auf, sind es auch Vorgriffe auf Steuereinnahmen, also Verschuldung? Wie gesellschaftlich dienlich sind Verschuldungen, die überwiegend dazu dienen, dem Großkapital entgangene Profite zu ersetzen? Haben die vielen Milliarden auch damit zu tun, dass Billionen an brachliegendem Kapital damit profitabel zu machen sind? Welchen Hintergrund hat der Streit um die Eurobonds und wie vergleichbar ist der Vorgang zum Beispiel mit dem Länderausgleich? Zeigt sich an dem Streit nicht letztlich, dass eine EU-Wertegemeinschaft undenkbar ist in einer Gemeinschaft von Räubern? Wie laufen die Anleihegeschäfte? Wie lassen sich die Erscheinungen in unser Verständnis von Krisen bringen und erklärbar machen?

Vielleicht können unsere Geldversteher das etwas verständlicher für jedermann machen in kommenden Kommentaren.

Roland Winkler, Aue

Geld oder Leben

Zu „Die Blödsinnigkeit der Regierung“, UZ vom 3. April

Tagtäglich wird man von allen Seiten mit neuen Hiobsbotschaften überschüttet, aber es wird in der einschlägigen Medienlandschaften kaum über die Ursachen und notwendigen Konsequenzen ernsthaft diskutiert, geschweige denn ernsthaft gesellschaftliche Perspektiven aufgezeigt.

Anhand der Corona- und auch Umweltkrise wird überdeutlich, dass der Bestand der Menschheit extrem gefährdet ist. Menschliche und materielle Ressourcen werden im Interesse eines ungebremsten Wachstums und der Gier einiger Weniger nach Maximalprofiten auf Teufel komm raus verbraucht.

Trotz vielfacher Warnungen und Protesten wurde die unselige Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene eingeführt und um der schwarzen Null willen nicht nur im Gesundheitswesen gespart – und das alles noch als Erfolg bejubelt. Damit wurde und wird unter anderem den jetzigen Helden ein auskömmliches Einkommen verwehrt und medizinische Kapazitäten wie Krankenhäuser heruntergefahren beziehungsweise sogar geschlossen.

Was ist zu tun? Man muss ein Gesellschaftsmodell jenseits vom Kapitalismus und Markt fetischismus denken und in die Tat umsetzen. Ein erster Schritt wäre die Vergesellschaftung der lebenswichtigsten Bereiche und die

Reprivatisierung des Gesundheitswesens, der Wohnungswirtschaft, der Verkehrs-, Abfall- und Wasserwirtschaft ... Alle dem Gemeinwohl dienenden Entscheidungen müssen wesentlich stärker einer wirksamen demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Raimon Brete, Chemnitz

Keine Orientierung

Zu „Petition der Vernunft“, UZ vom 13. März

„Stellt die Zwangsmaßnahmen gegen Iran, Syrien, Russland, Kuba und Venezuela ein!“ schreibt Wera Richter auf Seite 1 und stellt damit eine von der DKP initiierte Petition vor. Die aber, abgedruckt auf Seite 14, erweist sich als kümmerlich. Sie nimmt nicht die weltweite Seuche zum Anlass, um die Aufhebung der von den USA und deren Verbündeten (wie Deutschland) erhobenen Sanktionen gegen diese Länder zu fordern, sondern sie beschränkt sich vielmehr auf die Forderung, alle Sanktionen aufzuheben, „die den Kampf gegen die Pandemie behindern“. Noch schlimmer ist freilich, dass die von Wera richtigerweise an erster Stelle genannten Länder Iran und Syrien in der Petition nicht auftauchen. Sie sind aktuell schließlich das erste Aggressionsziel der Imperialisten, Syrien wurde darüber hinaus auch noch mit Krieg überzogen.

In der jetzigen Form ist die Petition keine Orientierung auf den Skandal,

dass die deutsche Regierung mit Sanktionen gegen die von Wera genannten Länder Gesundheit und Überleben der Menschen dort bekämpft, sondern nur ein Beitrag zur allgemeinen Corona-Debatte.

Lucas Zeise, Frankfurt/M.

Nur noch Partner

Zu „Für eine engere internationale Zusammenarbeit gegen Covid-19“, veröffentlicht auf „blog.unsere-zeit.de“ am 3. April

Die UZ hat eine Erklärung veröffentlicht. Im Angesicht des Virus kennt diese Erklärung keine Imperialisten mehr, sie kennt nur noch Partner: Die Pandemie könne „den internationalen Austausch (...) ernsthaft beeinträchtigen“, weshalb „alle Länder die Aussicht auf ein gemeinsames Wachstum durch Gespräche und Zusammenarbeit weiter fördern“ müssen. Ist es das Virus, das eine bisher harmonische Weltordnung bedroht oder versuchen die Imperialisten, selbst aus der Pandemie ihre Vorteile zu ziehen? Jedenfalls scheint nicht mehr der Imperialismus die Hauptgefahr für den Frieden zu sein, denn: „Heute (...) stellt es (das Virus) die dringendste und ernsthafteste Herausforderung (...) für den Weltfrieden (...) dar.“

„Wir wenden uns entschieden gegen die Politisierung von Fragen der öffentlichen Gesundheit und die Stigmatisierung anderer Länder unter dem Vorwand von Covid-19.“ Unterfinanzierung

und Personalmangel gefährden in den Kliniken Menschenleben – aber „politisieren“ sollen wir das nicht? Die Erklärung fordert die Regierungen auf, „die Stabilität der globalen Finanzmärkte sowie der Industrie- und Lieferketten zu erhalten und Zölle zur Erleichterung des Handels zu senken oder zu streichen, um eine weltweite wirtschaftliche Rezession zu verhindern“. Wir sind normalerweise keine Unterstützer des Freihandels und jetzt Finanzmarktstabilität zu fordern, heißt Scholz um mehr Milliarden für die Monopole zu bitten. Die Krise können wir nicht verhindern, wir können nur dafür kämpfen, dass die arbeitenden Menschen möglichst wenig von den Lasten der Krise zu tragen haben. Interessant ist auch, was in der Erklärung nicht vorkommt: die Klassen, die kapitalistische Krise, die Corona verstärkt und wie viele Regierungen der Welt das nutzen, um die Werktätigen und Völker der Erde für die Profite Weniger bezahlen zu lassen.

DKP-Gruppen Frankfurt-Süd und Frankfurt-Nordost

Anmerkung der Redaktion: Die Stellungnahme der DKP-Gruppen Frankfurt-Süd und Frankfurt-Nordost bezieht sich auf einen Offenen Brief auf Initiative der Kommunistischen Partei Chinas für eine engere internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen COVID-19, den die DKP unterzeichnet hat.

Bildnachweise für die Seite 1:

Krankenschwester 1: Prodnis / wikipedia / CC BY-SA 3.0; Altenpflegerin: DRK FSA-Bochum / wikipedia / pflegewiki; Müllabfuhr: Kora 27 / wikipedia / CC BY-SA 4.0; Postbotin: Deutsche Post DHL / flickr / CC BY-ND 2.0; Gewerkschafter: DIE LINKE Nordrhein-Westfalen / flickr / CC BY-SA 2.0; Call Center (Frau): Kellie Walenciak / wikipedia / CC BY-SA 4.0; Call Center (Mann): Alexandra Lehmann / flickr / CC BY 2.0; Krankenschwester 2: Department of Foreign Affairs and Trade / flickr / CC BY 2.0; Müllmann: holding graz / wikipedia / CC BY 2.0; Frau / Gelbweste: Bernd Schwabe in Hannover / wikipedia / CC BY-SA 3.0

UZ – UNSERE ZEIT – JETZT ABONNIEREN UND SCHON BALD KAFFEE AUS ZWEI ROTEN BRECHT-TASSEN GENIEßEN!

Prämie: 2 Kaffeebecher rot, Aufdruck schwarz und weiß, Inhalt ca. 300 ml



☐ Wochenzeitung-Abo (Nur Print-Ausgabe)

Preis pro Monat: ☐ 6,50 € (ermäßigt) ☐ 13,00 € (Normalabo) ☐ 20,00 € (Förderabo)

☐ Online-Abo (Nur Online-Ausgabe)

Preis pro Monat: ☐ 4,50 € (ermäßigt) ☐ 9,00 € (Normalabo) ☐ 14,00 € (Förderabo)

☐ Kombi-Abo (Wochenzeitung & Online-Ausgabe)

Preis pro Monat: ☐ 7,50 € (ermäßigt) ☐ 15,00 € (Normalabo) ☐ 23,00 € (Förderabo)

Ausland auf Anfrage. Zeitung im Umschlag/Streifband plus 24,- Euro jährlich. Das Abo wird automatisch um ein Jahr verlängert, sofern es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird oder uns eine andere Preisstufe mitgeteilt wird.

Ich abonniere die UZ für mindestens ein Jahr und zahle ☐ monatlich* ☐ vierteljährlich* ☐ halbjährlich ☐ jährlich

* Nur bei SEPA-Einzug möglich: ☐ Ich erteile eine Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Name, Vorname

Telefon

Straße, Nr.

IBAN

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen • Tel.: 0201 17788923 • E-Mail: info@unsere-zeit.de

Impressum

UZ – unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

Herausgeber:
Parteivorstand der DKP
Erscheint wöchentlich
ISSN 0943-4216

Redaktion:
Lars Mörking (Chefredakteur, v.i.S.d.P.)
lars.moerking@unsere-zeit.de
Herbert Becker
herbert.becker@unsere-zeit.de
Björn Blach
bjoern.blach@unsere-zeit.de
Melina Deymann
melina.deymann@unsere-zeit.de
Christoph Hentschel
christoph.hentschel@unsere-zeit.de
Manfred Idler
manfred.idler@unsere-zeit.de
Werner Sarbok
werner.sarbok@unsere-zeit.de
Thomas Brenner (Bildredaktion)
thomas.brenner@unsere-zeit.de

Telefon: 0201/177889-90
Internet: www.unsere-zeit.de
E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de
facebook.com/UnsereZeit_UZ
twitter.com/UnsereZeit_UZ
Verlag: CommPress Verlag GmbH
Geschäftsführer:
August Ballin (vertrieb@unsere-zeit.de)
Klaus Leger (verlag@unsere-zeit.de)
Druck: Union Druckerei Berlin GmbH
Aboservice:
Carol Schröder
Telefon: 0201/177889-15, Fax: -28
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Anzeigenservice:
Ben Richter / Walter Herbst
Telefon: 0201/177889-23, Fax: -28
E-Mail: info@unsere-zeit.de
Anzeigenschluss:
Jeweils Montag, 12.00 Uhr
Anschrift Redaktion und Verlag:
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Bankverbindung:
Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Spendenkonto DKP-Parteivorstand

GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Da staunste

Meine Corona-Woche (6)



Das pure Glück, so ein Schrebergarten

Man hat doch das Gefühl, man kommt den Menschen näher in diesen Zeiten. Da klopft ein Gartennachbar an, der Althippie des Vereins sozusagen. Wir setzen uns abstandhaltend auf einen Espresso hin und er erzählt mir seine Gartengeschichte. Da, wo nun ein Teich ist, war die Laube seiner Eltern. Etwa 1964 – er war 10 Jahre alt – haben sie den Garten abgegeben und Jahre später wurde alles abgerissen wegen Verfalls. Er hat sich Jahrzehnte später dann selber einen Garten im Verein zugelegt. Die nächsten Tage bringt er mir Bilder mit aus den früheren Zeiten. Spannend. Ich hatte mich immer gefragt, warum Garten Nr. 1 ein Teich ist. Wir sind nämlich Garten Nr. 2. Da staunste.

Ansonsten ist so ein Garten Gold. Und in Corona-Zeiten Gold-Platin-Diamant-und-Aktien. Wir bekommen deutlich mehr Besuch als wir dürften und, nachdem wir uns zu sechst (!) im Garten verteilt hatten, war klar, es müssen Regulierungen her. Ab jetzt also mit Termin oder Nummern ziehen, wie beim Arbeitsamt. Nur in Schön. Gartenbro A. explodiert derweil. Also mit Ideen. Legt neue Umrundungen an, baut Hochbeete, siebt Berge von Erde, begrünt das Dach, bastelt an skurrilen Skulpturen. Warum da ein Stuhl samt Hexenbesen

im Baum hängt? „Weil er’s kann?“ Stimmt auch wieder. Da staunste.

Donald Trump will währenddessen Menschen Desinfektionsmittel spritzen lassen, weil „das ist interessant“. Und den menschlichen Körper mit „einfach starkem Licht“ bestrahlen. „Das ist ziemlich gewaltig“, so seine Meinung. Mein lieber Scholli, ist der Typ kaputt. Und eines Tages wird er sich die Maske runterreißen, ein Mitglied der Monty-Python-Truppe kommt zum Vorschein und verkündet, er hätte jetzt keine Lust mehr auf den schlechten Witz und die bescheuerte Frisur. Da staunste.

Kontaktverbot bedeutet, seine Kontakte zu pflegen, aber auch, mal durchzuschauen, mit wem man denn wirklich was zu tun hat. Und zack, keine 53 Minuten später ist die Liste bei Whatsapp um die Hälfte geschrumpft. P., der mir 2017 zum Geburtstag gratuliert hat? Raus. L., die mich Weihnachten 2018 gefragt hat, wie es mir geht, die Antwort aber nie gelesen hat? Raus. R., der mir ausnahmslos blöde Witze und Videos schickt? Raus. Usw. ... Das Glas vom Weizen trennen, nennt man das wohl. Oder so ähnlich.

Wenn ich nicht für die UZ gearbeitet und nicht den Garten verunstaltet habe, war ich mit der Broschüre „20 Jahre Bündnis Dortmund ge-

gen Rechts“ beschäftigt. Fotoordner durchsuchen, alte Zeitungsausschnitte scannen, Reden bearbeiten, Flugblätter sortieren. Und dann alles in eine schöne Druckform bringen. Was – zumindest für mich – als kleines Projekt begann, überschreitet gerade die Seite 100. Da staunste.

Dienstag durchbrach ich mal das einsame Home-Office und fuhr nach Essen. Seltsames Gefühl nach über fünf Wochen. Finde ich die richtige Abfahrt noch? Sind noch alle Kolleginnen und Kollegen da? Schmeckt der Kaffee so schlimm wie früher? Ist Butch, der Firmenhund, weiter auf Mäusejagd im Hof? Haben die Flure unten immer noch diese wundervolle Farbe irgendwo zwischen kräftigem Bundeswehrgrau und zartem Fußnagelumbra? Halten sich die Kolleginnen und Kollegen halbwegs an die Corona-Regeln? Alles ja. Bis auf den letzten Punkt. Ohne Scheiß? Da staunste.

Liebe Leser und -innen: Bleibt gesund. Und tut mir einen weiteren Gefallen: Wenn ihr wieder im Büro anruft, mit dem Handy, mitten aus dem Nirgendwo mit einer Verbindung aus der Hölle: Dreht wenigstens das Einheitsfrontlied ein klein wenig leiser. Weil: Dann versteht man sich besser. Wirklich: Da staunste.

Karl Rehnagel

Das Heim für gefallene Mädchen

Wie ein NSDAP-Mitglied für eine Egon-Erwin-Kisch-Geschichte geehrt wurde

Zu den Schriftstellern, die während des Faschismus „Unter fremden Himmeln“ im Exil weilten, gehörte auch Egon Erwin Kisch (1885 bis 1948). Der gebürtige Prager war 1933 in Berlin verhaftet worden, konnte aber noch im gleichen Jahr in seine Heimatstadt emigrieren. Sein Weg führte unter anderem nach Paris, in den Spanienkrieg, nach New York und von 1940 bis 1946 nach Mexiko, von wo er schließlich nach Prag zurückkehrte.

In seinen autobiographischen Skizzen „Marktplatz der Sensationen“ (Mexiko 1942) erinnert Kisch an ein kurioses Ereignis, auf das auch der Schriftsteller Franz Carl Weiskopf in seinem Abriss der deutschen Exilliteratur hinweist. Hans ut Hamm, Redakteur, Humorist und NSDAP-Mitglied, erhielt für die Egon-Erwin-Kisch-Geschichte „Magdalenenheim“ 1935 den Preis der Stadt Hamburg. Hans ut Hamm hatte die Geschichte Wort für Wort abgeschrieben – allerdings auf Platt über- setzt und den Namen Egon in Hans geändert.

Kisch berichtet: „Die Stadt Hamburg schrieb einen Preis von tausend Mark für diejenige Kurzgeschichte aus, die den bodenständigen Humor und Witz der deutschen Wasserkante am Besten zum Ausdruck bringt. Bisher waren fünfzig oder hundert Mark das Maximum gewesen – tausend Mark für eine Kurzgeschichte war für Deutschland eine erstaunlich hohe Summe. Einige Wochen später las man, dass die gekrönte Geschichte den Titel ‚Magdalenenheim‘ trage; der Preisträger war der Humorist des ‚Hamburger Fremdenblatt‘, Hans ut Hamm. An sich ist ein Magdalenenheim, eine Anstalt zur Besserung gefallener Mädchen, kaum eine Quelle für bodenständigen Humor und Witz, am allerwenigsten aber für die Nazis, deren Kulturprogramm ganz auf dem Glauben an die Wunderwirkung solcher Heime fußt. Umschulungslager, Erziehungslager, Konzentrationslager. Wie kann ein Heim, wenn auch gefallener, so doch deutscher Mädchen, Gegenstand einer Satire sein?“

Kisch berichtet weiter: „Einen Augenblick lang dachte ich, Hans ut Hamm’s Schöpfung könnte in irgendeiner Weise von meinem Erlebnis (aus dem Jahr 1913, d. Verf.) beeinflusst sein, aber sofort wies ich den Gedanken zurück, denn was auch immer man aus

meiner seinerzeitigen Schilderung herauslesen konnte, keinesfalls den bodenständigen Humor und Witz der deutschen Wasserkante.

Nachdem dem Preisträger im Festsaal des Hamburger Senats das Diplom der Nazi-Jury und die tausend Mark mit vielen schönen Reden überreicht und die Meisterhumoreske unter dröhnender Heiterkeit verlesen worden war, erschien ‚diese köstliche, an Fritz Reuter erinnernde und noch etwas derbere Probe unverfälschtesten Volkshumors von der Wasserkante‘ in den Zeitungen Hitlerdeutschlands. Freunde, ich traute meinen Augen nicht. Es war wörtlich mein Prager Magdalenenheim. Hans ut Hamm hatte es nur nach Hamburg und ins Plattdeutsche verlegt und eine kleine, allerdings effektvolle Änderung meines Textes vorgenommen: statt mit ‚Egon‘ lässt er sich nämlich von den gefallenen Engeln mit ‚Hans‘ begrüßen.“

Erst Jahre später entdeckte das „Schwarze Korps“, Organ der SS, Hans ut Hamm’s unverfrostene Schummelei. Kisch schreibt: „Es hatte die Quelle entdeckt und tobte. Beileibe nicht die Tatsache des literarischen Diebstahls war es, was das Blut des ‚Schwarzen Korps‘ am 6. Mai 1939 in Wallung brachte, sondern die ‚schamlose Einschmuggelung von typisch volksfremden Gedankengängen in das nationalsozialistische Volks- und Brauchtum‘. Die Vorstellung, dass sich nationalsozialistische Führer feierlich versammeln, um das Produkt eines Asphaltliteraten zu krönen, dessen Bücher mit Recht schon auf unserem ersten Scheiterhaufen verbrannt wurden, erfüllte das Blatt mit dem eingestandenem Gefühl tiefster Beschämung. Es verlangte, dass der neue Verfasser meines alten Berichts sofort verhaftet werde, ‚damit Hans ut Hamm ein für allemal erfährt, was es kostet, wenn man in Egon Erwin Kisch’s ausgelatschte Stiefel schlüpft und beginnt, auf Plattdeutsch zu jüdeln ...‘.“

Hinter Hans ut Hamm verbirgt sich, der Vollständigkeit halber gesagt, Hans Reimer Steffen (1897 bis 1950), geboren und gestorben in Hamburg. Er musste nicht emigrieren. Neben Büchern wie „Hamborg lacht“ verfasste er auch „Hier lacht die Front. Lustiges von der Front und aus der Heimat.“

Paul Sielaff

Unterstützt den Förderkreis „Erhaltet die KLS!“

Helft bei den Sanierungsarbeiten in der Karl-Liebknecht-Schule der DKP

Die Sanierung der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen kommt – trotz der Corona-Krise – gut voran. Die Arbeiten sollen in weniger als einem Jahr abgeschlossen sein. Damit das klappt, wird tatkräftige Unterstützung benötigt. Es steht eine breite Palette von Arbeiten an, in dieser Phase können alle helfen! Fachkräfte aus allen Gewerken werden dringend gesucht, aber auch Helferinnen und Helfer, die schleifen, malen, anstreichen, aufräumen, schleppen, gärtnern, putzen oder kochen können.

Bitte meldet euch, wenn ihr Zeit habt. Ganz gleich, ob für wenige Tage oder für einen längeren Zeitraum, ob einmalig oder häufiger. In den nächsten Monaten ist die Baustelle nonstop in Betrieb. Damit Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen wirksam umgesetzt werden können, müssen wir die Subbotniks gut planen und eventuelle persönliche Einschränkungen kennen. Für Unterbringung und Verpflegung ist gesorgt.

Ohne finanzielle Zuwendungen ist weder die Sanierung noch der laufende Betrieb unserer Parteischule denkbar. Daher spendet bitte auf das Konto des Parteivorstands der DKP. Verwendungszweck: Erhaltet die KLS.
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01.
BIC: GENODEM1GLS
Oder – noch besser – werdet Mitglied im Förderkreis „Erhaltet die KLS!“



Der Zollstock „Karl Liebkecht Schule erhalten“ ist in einer limitierten Auflage verfügbar und kann per Mail oder über uzshop.de bestellt werden. Soli-Preis 5,00 Euro zzgl. Porto

Anmeldung und weitere Informationen:
DKP-Parteivorstand, klaus.leger@dkp.de, kls.dkp.de,
Telefon 0201 1778890